

Siebente Sitzung – Septième séance

Dienstag, 29. September 1992, Vormittag
Mardi 29 septembre 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

92.038

Bundeshaushalt. Sanierungsmassnahmen 1992

Finances fédérales. Mesures d'assainissement 1992

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1783 hiervor – Voir page 1783 ci-devant

Präsident: Ich gratuliere Herrn Steffen zum Geburtstag und wünsche ihm alles Gute.

Jaeger: Interessanterweise ist in der bisherigen Debatte sehr viel über das Sanierungsprogramm diskutiert worden und darüber, ob man ihm als Ganzes und den einzelnen Teilprogrammen im speziellen zustimmen soll oder nicht. Ausser vielleicht von den Kommissionssprechern ist überraschend wenig davon gesprochen worden, weshalb wir dieses Programm umsetzen wollen und müssen. Ich möchte jetzt zu diesem Punkt Stellung beziehen.

Sie werden nicht überrascht sein, dass ich als Finanzpolitiker dem Sanierungsprogramm, so wie es der Bundesrat vorschlägt, zustimme und dass ich weiter gehenden Anträgen zur Sanierung des Bundeshaushaltes ebenfalls zustimme, und zwar ganz konsequent, auf welcher Seite Sie auch Abstriche vornehmen, weil die Situation wirklich dramatisch ist.

Man soll nicht unnötigerweise eine Katastrophenstimmung aufkommen lassen. Aber man muss sehen, dass es nicht nur um die Sanierung des Budgets 1993 geht; das können wir mit diesem Sanierungsprogramm gar nicht zustande bringen. Es geht auch nicht darum, dass wir in den nächsten 4 Jahren (Finanzplanungsperiode) an irgend etwas herumbasteln – auch diese Situation ist bereits sehr besorgniserregend –, sondern es geht darum, dass wir uns mit längerfristigen Perspektiven befassen.

An unserem Institut hatten wir den Auftrag, uns mit den nächsten 13 bis 15 Jahren zu befassen, und zwar mit der Frage, wie es herauskommen könnte, wenn die Sanierung nicht zu stande käme. Ich muss Sie in diesem Zusammenhang mit einigen Zahlen belästigen. Wir kommen nämlich nicht darum herum, uns zu fragen, welches denn die Alternativen wären, wenn wir nicht oder nur halbherzig sanierten.

Einige Fakten dazu: Wir haben errechnet, dass das durchschnittliche Bundeshaushaltdefizit ohne Sanierung in den nächsten 13 Jahren zwischen 4 und 5 Milliarden Franken betrüge. Das bedeutet nach 13 Jahren nicht mehr und nicht weniger als 40 Milliarden Franken Neuverschuldung für den Bundeshaushalt, 40 Milliarden!

Ich muss Sie jedoch darauf aufmerksam machen, dass die verwendeten Zahlen durch die neuesten Entwicklungen bereits völlig überholt sind. Die Defizite haben sich jährlich bereits um zusätzlich 2,5 Milliarden – ohne Sanierung – verschlechtert. Sie werden die neuen Zahlen in Bälde aus dem Finanzministerium zu hören bekommen. Wenn wir diese Zahlen

noch hinzuzählen, müssen wir allein in den nächsten 15 Jahren beim Bundeshaushalt mit einer Neuverschuldung von bis zu 90 Milliarden Franken rechnen.

Das sind dramatische Zustände; wir können nicht daran vorbeisehen. Wir müssen etwas dagegen unternehmen. Dieses erste Sanierungspaket kann überhaupt nicht ausreichen. Aufgrund der alten Daten würden Sie mit diesem Sanierungspaket ungefähr im Jahre 1999 wieder in die schwarzen Zahlen kommen, aber mit den neuen, korrigierten Daten werden wir mit diesem Sanierungspaket überhaupt nie mehr – überhaupt nie mehr – in die schwarzen Zahlen kommen. Wir werden also bis weit ins 21. Jahrhundert immer in den roten Zahlen bleiben, und dies mit furchterregenden Konsequenzen.

Wir werden belgische – ich sage nicht italienische, aber belgische – Verhältnisse haben, auch hier in der Schweiz, denn zu diesen Zahlen gesellen sich noch die kantonalen und die kommunalen Defizite. Man sollte das alles einmal zusammenrechnen; dann kann man sich vorstellen, wie sich die gesamte öffentliche Schuld im Verhältnis zum Bruttonsozialprodukt entwickeln würde!

Mit anderen Worten: Wir haben gar keine Alternative, als das Sanierungsprogramm durchzuführen, weiterzugehen, ein zweites Paket in Angriff zu nehmen, wenn wir nicht in den Strudel von Inflation und Zinserhöhungen geraten wollen. Eines ist nämlich sicher: Wenn wir das laufenlassen, hat das mit dem EWR nichts zu tun: Es werden in der Schweiz die Zinsen hochgehen, die Schweiz wird ihren Stabilitätsbonus verlieren, und wir werden nur noch eine Möglichkeit haben, aus der «Zinsfalle» herauszufinden: dass wir bereit sind, den Geldhahn zu öffnen. Das bedeutet wiederum Inflation, und zwar Inflation in einem Ausmaße, wie wir es bisher noch nie erlebt haben.

Wir haben gar keine andere Chance, als dieser Sanierung zuzustimmen und alle weiter gehenden Anträge, sowohl auf der Einnahmeseite wie auf der Ausgabenseite, abzulehnen. Wie gesagt, einen anderen Ausweg als den hier vorgesehenen gibt es überhaupt nicht.

Marti Werner: In der Analyse der Situation sind wir uns – so meine ich – alle einig. Die Situation ist prekär, und wenn wir nicht handeln, werden die Milliardendefizite nicht anwachsen, sondern anschwellen. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, die Auswirkungen dieser finanziellen Misere an die Wand zu malen. Mein Vorredner hat das bereits gemacht.

Es hat meines Erachtens auch keinen Sinn, nach den Schulden für diese Misere zu suchen. Selbst wenn wir sie finden würden, würden diese ja nicht persönlich haften, und Rückforderungsansprüche könnten wir auch nicht geltend machen. Es ist viel sinnvoller, aus diesem Verhalten unsere Lehre zu ziehen.

Ich habe aber gleichwohl mit Interesse die Zusammenstellung der Eidgenössischen Finanzverwaltung, welche als eigentliches Sündenregister des Parlamentes dargestellt war, gelesen. Diese Zusammenstellung der Ausgabenbeschlüsse umfasst 33 Fälle und reicht vom Schweizer Feuilleton-Dienst über das Freilichtmuseum Ballenberg bis zu den 700-Jahr-Festivitäten. Praktisch alle Fälle des Lobbyismus sind dort abgedeckt.

Es hat aber auch keinen Sinn, der abgelehnten Finanzordnung nachzutrauen oder die Lösung in der neuen Finanzordnung zu suchen. Das vorliegende Sanierungsprogramm dient der Vorbereitung der neuen Finanzordnung. Wenn wir diesem Sanierungsprogramm nicht zustimmen, können wir auch die neue Finanzordnung nicht in der vorgesehenen Form verwirklichen.

Wir stehen – finanzpolitisch gesehen – heute im Regen. Wenn man im Regen steht, dann muss man zumindest einen Schirm aufspannen. Man kann sich nicht damit trösten, dass man in zwei oder drei Stunden oder in zwei oder drei Tagen ins Trockene kommt.

Ich stimme deshalb dem vorliegenden Programm grundsätzlich zu, dies aber unter zwei Voraussetzungen. Für mich basiert dieses Programm auf zwei Säulen, nämlich einerseits auf zusätzlichen Einnahmen und andererseits auf zusätzlichen Sparanstrengungen.

Im Namen der SP-Fraktion rede ich nun schwergewichtig zu den linearen Kürzungen, denen wir auch grundsätzlich zustimmen, aber wiederum unter der Voraussetzung, dass der Gegenposition, der Treibstoffzollerhöhung, zugestimmt wird. Mit Worten sind wir ja alle grosse Sparer. Wenn es dann aber ans Konkretisieren geht, muss man sich fragen, wo dieser Sparwillke bleibt. Bemerkenswert ist ja die Flut der Anträge, die wiederum auf unsere Pulte geflattert sind. Von zusätzlichen Sparanstrengungen ist dort wenig zu sehen, viel eher vom Gegen teil.

Typisch für diese Haltung ist meines Erachtens, dass wir heute die Lösung in einer 10prozentigen Kürzung suchen, wobei wir uns sehr wohl bewusst sind, dass diese 10prozentige Kürzung eine undifferenzierte Lösung ist. Gleichwohl wird sie in der Botschaft als gewichtigste Sparmassnahme dargestellt, obwohl anerkannt ist, dass eine solche Guillotine völlig unbefriedigend ist. Das können Sie bereits in der Botschaft zu den Sparmassnahmen 1980 nachlesen.

Wer nämlich bisher genügend Mittel zur Verfügung gehabt hat, wird auch nachher mehr oder weniger genügend Mittel zur Verfügung haben, und wer zuwenig gehabt hat, für den wird die Situation noch prekärer. Bestehende Strukturschwächen werden nicht behoben, sondern verschärft. Die Einigung auf die lineare Kürzung ist meines Erachtens auch ein Armutzeugnis, nicht nur für den Bundesrat, sondern auch für das Parlament. Diese lineare Kürzung ist gleichzeitig ein Eingeständnis, dass wir trotz der schiefen Lage unseres Finanzaushaltes nicht in der Lage sind, Schwergewichte zu setzen: Wir nehmen lieber allen etwas weniges weg, damit alle gleichermaßen unzufrieden sind. Wir sollten aber – auch als Parlament – in der Lage sein, Prioritäten zu setzen.

Mit der Motion der Kommission («Zusätzliches Sparprogramm»), mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, eine zusätzliche Milliarde Franken jährlich zu sparen, gehen wir grundsätzlich in die gleiche Richtung. Auch diese ist an und für sich eine billige Lösung und nicht originell, denn eine entsprechende Motion wurde bereits 1980 vorgeschlagen.

Von Seiten der SP-Fraktion haben wir konkrete Sparvorschläge eingereicht. Diese liegen vor. Wir stimmen aber der zweigleisigen Haushaltsanierung zu, einerseits den Sparmassnahmen und anderseits den zusätzlichen Einnahmen. Wir sind deshalb für Eintreten auf die Vorlage betreffend die lineare Beitragskürzung, ersuchen Sie aber im Sinne der Schwergewichtsbildung, zumindest bei der AHV und bei der Berufsbildung die Kürzung auszuschliessen, dafür aber die Strassenausgaben zusätzlich dieser linearen Kürzung zu unterstellen.

M. Cotti: Je me réfère à l'article 35 de la constitution et à l'arrêté F. Il ne faut bien évidemment pas répéter le débat qui a eu lieu en février de cette année, où une forte majorité de ce conseil ainsi que la quasi-unanimité du Conseil des Etats ont décidé d'adopter ma motion qui vous propose de libéraliser les salles de jeux dans la mesure où la législation le déterminera, donc de supprimer dans la constitution l'interdiction des salles de jeux.

Rien n'a été modifié ces derniers mois. Il n'y a aucune raison de refuser au ministre des finances ce que vous avez accepté à la suite d'une motion. Je me bornerai à vous soumettre quelques considérations relatives au fond du problème, c'est-à-dire la question morale.

Les salles de jeux ne sont, en elles-mêmes, ni morales, ni amorales, ni immorales. Le jeu en tant que tel n'est pas un péché. Aujourd'hui, c'est la constitution qui détermine les limites de la licéité, la mise maximale de 5 francs. Arbitraire, cette limite n'est pas de portée morale. Il y a d'autres jeux de hasard, tels le Loto ou le Sport Toto, et bien d'autres formes de jeux qui ne sont soumises à aucune limitation constitutionnelle ou légale et avec lesquelles on peut perdre des fortunes – je pense au «Zahlenlotto» où les Suisses ont dépensé 500 millions de francs en 1990, une somme à peine inférieure à celle qu'ils ont dépensée dans les casinos étrangers. Cette forme de jeu n'est pas plus innocente que celle pratiquée dans les salles disséminées autour de notre pays. Il faut penser qu'on peut rester aujourd'hui tranquillement à la maison et risquer, par télé-

phone ou par correspondance, des sommes importantes. Il n'y a aucune raison de discriminer un jeu plutôt qu'un autre. Nous sommes d'ailleurs les derniers en Europe, avec les Néerlandais, à ne pas avoir légalisé les salles de jeux. La plupart des pays les ont libéralisées au cours de la dernière décennie. Qu'on le veuille ou non, il y a une évolution dans la mentalité des Européens et des Suisses et ce n'est pas avec des interdictions qu'on affirme la morale.

Certains parmi nous craignent que l'on exploite, dans les salles de jeux, la faiblesse, que l'on favorise la prostitution, la criminalité, et en particulier le crime organisé et le blanchiment d'argent. Je ferai deux observations à ce propos. Tout d'abord, en ce qui concerne la faiblesse humaine, l'Etat n'a pas à protéger les citoyens capables de prendre leurs responsabilités, qui choisissent librement et qui, souvent, sont appelés à prendre des décisions bien plus importantes que celles dont on parle. Pour rester dans le domaine de l'usage de l'argent, ils sont appelés à investir leur épargne, à acheter des maisons familiales ou de vacances, leur(s) voiture(s), leurs voyages, ou encore des actions ou des obligations. Nous ne pensons aucunement à les priver de ces droits qui impliquent des risques qui peuvent évidemment s'étendre à leur famille et hypothéquer leur solvabilité et leur futur. Ce n'est pas de ces citoyens-là que l'Etat doit s'occuper, mais bien des citoyens incapables de prendre leurs responsabilités, notamment les jeunes et les personnes faibles de caractère. Seuls ceux qui ont besoin de protection doivent être frappés d'une interdiction.

En ce qui concerne le crime, il prospère surtout là où règne la clandestinité. Wir wissen, dass das Fehlen von Spielbanken in der Schweiz vor allem die Spieler aus den Grenzkantonen in die illegalen Klubs im Ausland lockt. Ein Bericht der Kriminalpolizei von Baden-Württemberg beziffert den Einsatz der Schweizer Spieler auf jährlich 300 Millionen Franken. Ermittelt wurden diese Zahlen in den Jahren 1990/91 aufgrund von Razien. So kann man sicher behaupten, dass ein Verbot des kontrollierten Spiels das Spiel im Hintergrund fördert. Wo keine Kontrolle stattfindet, findet die Kriminalität fruchtbaren Boden, nicht aber dort, wo bei der Erteilung einer Bewilligung Regeln festgelegt werden, wo die sorgfältige Wahl des Managements eine Voraussetzung ist, wo die regelmässigen Polizeikontrollen stattfinden können, wo also Missbräuche verhindert werden.

In dieser Situation sind die Mittäterschaft des Managements und damit die Gefahr der Geldwäsche und der Kriminalität auszuschliessen.

En somme, c'est en sachant où les dangers pourraient se cacher que l'Etat peut accomplir sa tâche, soit en protégeant les citoyens faibles, incapables de s'assumer, soit en empêchant la criminalité.

Bührer Gerold: Nach dem unrühmlichen Defizitrekord des letzten Jahres und in Anbetracht der Tatsache, dass die konjunkturelle Lage nach wie vor als äusserst schwierig bezeichnet werden muss, müssen wir heute von einer äusserst ernsten Lage der Bundesfinanzen sprechen.

Diese Tatsache wird dadurch unterstrichen, dass die Misere der Bundesfinanzen nicht nur auf konjunkturzyklische Faktoren zurückzuführen ist, sondern darüber hinaus erhebliche Strukturschwächen beinhaltet. Es gibt verschiedene Strukturelemente, wie die demographische Entwicklung, einen hohen Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich und einen höheren Zinssockel. Diese Elemente weisen klar darauf hin, dass die schlechten Bundesfinanzen bei weitem nicht nur konjunkturell bedingt sind.

Die Zeiten des Hin- und Herschiebens des Schwarzen Peters sind endgültig vorbei. Was die Stimmberichtigten, was wir finanziell brauchen, ist ein klarer Tatbeweis von Parlament und Bundesrat – ein Tatbeweis zugunsten einschneidender Sparmassnahmen.

1. Die freisinnig-demokratische Fraktion ist daher mit sämtlichen vorgeschlagenen Massnahmen bezüglich Abbau der Finanzbeihilfen und linearen Beitragskürzungen einverstanden. Wir dürfen jetzt nicht – so schmerzlich das auch sein mag – die einen oder anderen Teile aus diesem Paket herausreissen.

Wenn wir das tun, gefährden wir diesen Willensbeweis zugunsten eindrücklicher Sparmassnahmen.

2. Die FDP-Fraktion ist ebenfalls der Auffassung, dass wir trotz staatspolitischer Nachteile, die nicht wegzudiskutieren sind, um die Ausgabenbremse nicht herumkommen. Wir brauchen eine klare Willenskundgebung in Richtung zurückhaltendere Ausgabenpolitik; daher scheint uns in dieser Güterabwägung zwischen den staatspolitischen Nachteilen und den gegenwärtigen finanzpolitischen Notwendigkeiten die Ausgabenbremse vertretbar.

3. Es war bereits einige Wochen nach der Publikation des Sanierungspaketes mehr oder weniger klar, dass dieses Programm nicht ausreichen würde. Die Konjunkturentwicklung der letzten Monate und die wahrscheinliche Entwicklung im nächsten Jahr machen deutlich – was bereits erwähnt worden ist –, dass zusätzlich massive Massnahmen auf der Ausgabenseite notwendig sein werden.

Deshalb stimmen wir der Kommissionsmotion einhellig zu. Wir verlangen dort vor allem Reduktionsmassnahmen in jenen Bereichen, die stark gestiegen sind oder noch stark steigen werden. Ich begrüsse daher grundsätzlich die Stossrichtung der Verlautbarung von gestern, gemäss welcher der Bundesrat vor allem in den Bereichen Beziehungen zum Ausland, Bildung und Grundlagenforschung sowie Soziales – Bereiche mit überdurchschnittlich starken Zuwachsraten – reduzieren möchte.

4. Es ist klar, dass in diesen Zusatzprogrammen strukturelle Aspekte – wie ich sie erwähnt habe – unbedingt angegangen werden müssen. In diesem Zusammenhang möchten wir Klar- text reden: Da kann der Personalbereich nicht ausgenommen werden. In Anbetracht des weit überdurchschnittlichen Personalwachstums der Bundesverwaltung schliessen wir das EMD und den Schulbereich aus, von gegen 20 Prozent seit 1980. Es ist unseres Erachtens klar, dass es nicht angehen kann, die 800 einzusparenden EMD-Stellen einfach in die anderen Departemente hinüberzunehmen. Wir fordern daher, dass diese Stellen effektiv eingespart werden. Im weiteren fordern wir den Bundesrat auf, in Anbetracht der ausserordentlichen Lage für 1993 vom automatischen Teuerungsausgleich, insbesondere bei höheren Einkommen, abzusehen.

5. Auch wir verschliessen uns nicht der Notwendigkeit, subsidiär Mehreinnahmen zu beschaffen. Doch wir meinen: In einer direkten Demokratie, mit der Möglichkeit des Referendums, ist nicht dasjenige Rezept das beste, das heute die höchsten Steuererhöhungen verlangt, sondern dasjenige, das Aussicht hat, bei den Stimmberechtigten durchgesetzt werden zu können. Deshalb werden wir wie die Finanzkommission beantragen, beim Benzinzzoll bei 20 Rappen zu bleiben, in der festen Ueberzeugung, dass es besser ist, den Spatz in der Hand zu haben als die Taube auf dem Dach.

Die Entwicklung des Bundesdefizits ist eindeutig mehrheitlich eine Folge des ungezügelten Ausgabenwachstums. 1990, 1991 und 1992 zusammengezählt hatten wir ein Ausgabenwachstum von sage und schreibe über 30 Prozent. Das heisst, in einer Periode, in der die Wirtschaft real nicht mehr gewachsen ist und nominell nicht einmal um die Hälfte dieser Rate wachsen konnte. Diese gefährliche Schere zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Zunahme der Bundesausgaben führt zur massiven Verschuldung oder zu massiven Steuererhöhungen. Beides können wir im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Schweiz und im Hinblick auf unsere Bürgerinnen und Bürger nicht akzeptieren.

Wenn wir jetzt nicht einschneidende, zusätzliche Massnahmen durchbringen – da bin ich mit Kollega Jaeger einig –, werden wir Defizite von deutlich über 5 Milliarden Franken pro Jahr einfahren, und wir werden zusätzlich einen Zinsaufwand haben, der zusammengezählt bald einmal gegen 10 Prozent der Bundesausgaben ausmachen dürfte. Wenn wir die notwendigen Schritte heute nicht durchführen, werden wir den finanzpolitischen Handlungsfreiraum einbüßen. Wir werden dann die Anstrengungen im Hinblick auf die Teuerungsbekämpfung und die Wettbewerbskraft unseres Landes erheblich tangieren. Und wenn wir heute zu viele Ausgabenbereiche zu Tabus erklären, schwächen wir langfristig das finanzielle Fundament, auf das wir, auch mit Blick auf die sozialen Verpflichtungen in diesem Land, angewiesen sind.

Wenn wir – im Dialog mit den Stimmberechtigten – jetzt den Mut für einschneidende Sparmassnahmen nicht aufbringen, werden wir übermorgen zu weit dramatischeren Sanierungsmaßnahmen, ja zu einer eigentlichen Rosskur, wie wir sie von Schweden her kennen, greifen müssen. Das darf, das kann nicht unsere Absicht sein.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, auf die Vorschläge der Finanzkommission einzutreten und den Ordnungsantrag Leuenberger Ernst abzulehnen.

Frau Leemann: Zur Finanzlage brauche ich nicht zu wiederholen, was bereits gesagt worden ist. Ich bin der Ueberzeugung, dass wir rigoros sparen müssen, dass wir deshalb auf die Vorlagen eintreten sollen, mit Ausnahme der Vorlage G; dass wir die höheren Einnahmen brauchen, dass wir also auch auf die Vorlage D eintreten müssen.

Herr Oehler, es ist einfach so, dass da, wo wir die Steuerquoten vergleichen, Zahlen aller drei politischen Ebenen inbegripen sind. Es bleibt dabei, dass unsere Steuerquote wesentlich tiefer ist als in den vergleichbaren europäischen Ländern und dass wir deshalb ganz klar auch auf der Einnahmeseite etwas unternehmen müssen.

Was das Sparen anbetrifft, glaube ich, dass es richtig ist, wenn wir uns bestimmte Prinzipien überlegen, Prinzipien, die wir nicht einfach ungestraft vernachlässigen können.

Es gibt selbstverständlich die Opfersymmetrie, d. h., wir müssen Lösungen suchen, die für alle in diesem Land irgendwie tragbar sind. Wichtig bei den Aufgaben bleiben nach wie vor – in der Vergangenheit wie heute und in der Zukunft – die Sozialaufgaben. Wenn wir den sozialen Frieden nicht sichern, dann wird uns der Verlust der Stabilität sehr grosse Schwierigkeiten bereiten. Es lohnt sich nicht, um des Sparsen willen hier etwas aufs Spiel zu setzen.

Andererseits gibt es Aufgaben, die in den letzten Jahren immer wichtiger geworden sind, Aufgaben, die die Generation unserer Eltern überhaupt noch nicht beschäftigt haben, die aber im Gesamten unsere Zukunft sehr wesentlich mitbestimmen werden. Wenn Sie genau hier den Rotstift zum Kürzen ansetzen, in der Meinung, dass hier zu hohe Wachstumsraten vorliegen, dann ist das im Grunde genommen ein Schildbürgerstreich. Ich denke hier an Aufgaben im Zusammenhang mit der Aussen- und der Dritt Weltpolitik, aber auch an Aufgaben im Bereich von Umwelt und Naturschutz, die früher gar nicht in diesem Masse aufgetreten sind.

Es gibt auf der anderen Seite natürlich die Aufgaben, die im Verhältnis weniger wichtig geworden sind. Ueber das Militär habe ich ja gestern bereits gesprochen. Es gibt aber noch andere Gesichtspunkte. Es gibt in unserem Voranschlag Staatsaufgaben, die wir zwar durchaus lösen wollen, bei denen aber die zeitliche Verschiebung kaum eine wesentliche Rolle spielt. Wir können sie hinausschieben und in zehn oder fünfzehn Jahren immer noch realisieren, ohne dass da sehr grosse Unterschiede bestünden. Ich denke an gewisse Infrastrukturaufgaben, primär an den Strassenbau. Es ist da durchaus möglich, in den nächsten Jahren Kosten einzusparen.

In anderen Fällen wird sich aber das Aufschieben sehr stark rächen, dort nämlich, wo wir im nachhinein mehr bezahlen müssen, und – noch schlimmer – da, wo wir das Verpasste überhaupt nicht mehr nachholen können, weil nämlich inzwischen etwas zerstört worden ist. Ein solcher Aufschub wird sich beispielsweise im Bereich des Bildungswesens rächen, wo uns nachher einfach ein entsprechend höherer Nachholbedarf einholen wird und wo uns entsprechend ausgebildete Leute fehlen werden.

Ich halte es für falsch, wenn wir AHV-Beiträge, von denen wir zwar wissen, dass wir sie brauchen, heute nicht bezahlen wollen und sagen, dass wir sie dann in fünf oder zehn Jahren bezahlen. Wir schieben etwas auf die spätere Generation ab, was wir eigentlich nicht tun dürfen. Sparen ist hier eben kein Sparen; es ist unecht.

Zum unechten Sparen möchte ich auch die vielen Deklarationen zählen, beispielsweise diese Absichtserklärung, die Sie mit der Ausgabenbremse vorhaben, etwas, das oberflächlich nach Sparen tönt, es aber tatsächlich nicht ist.

Ich bitte Sie deshalb nochmals, auf alle Vorlagen einzutreten, mit Ausnahme der Vorlage G.

Frey Walter: Die finanzielle Situation des Bundes scheint schlechter zu sein, als wir dies bis heute angenommen haben. Anders ist es ja nicht zu erklären, dass der Bundesrat ausge rechnet gestern, zu Beginn unserer Sanierungsdebatte, ein zweites Sanierungspaket – ohne selbstverständlich vorher das Parlament zu informieren – der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Er hat Grund, dies nicht zu tun. – Ich habe den Zwischenruf von Herrn Bundesrat Stich empfangen. Er hat auch Grund, der Situation realistisch ins Auge zu schauen.

Die Wirtschaft ist – sprechen wir es aus – in einer Rezession. Das Bruttoinlandprodukt ist im ersten halben Jahr 1992 nicht gewachsen, sondern gesunken. Die Finanzerträge in den Jahren 1993, 1994 und 1995 werden dieses Minuswachstum widerspiegeln. Was also tun, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen?

Die erste und wichtigste Aufgabe, die wir haben, ist das Sparen. Mit Sparen meine ich nicht nur das Bremsen des Ausgabenwachstums, wie wir das hier miteinander zelebrieren, sondern ich meine effektiv Kosten sparen. Wenn Sie die Budgetzahlen 1993 anschauen und sie mit dem Budget 1992 vergleichen, dann sehen Sie, dass trotz der sogenannten Sparbemühungen die Aufwendungen immer noch um 6,8 Prozent und die Einnahmen auf der anderen Seite nur um 4 Prozent steigen. Das ist eine Schere, die uns ein höheres Defizit bringen wird.

Es fällt auch auf, dass in verschiedenen Bereichen der Verwaltung die Rate der Ausgabensteigerung ganz besonders hoch ist. Stellvertretend für andere möchte ich hier nur die Beziehungen zum Ausland erwähnen, wo im Vergleich mit dem Budget 1992/1993 mit einer Ausgabenerhöhung von 15,5 Prozent (auf 2,2 Milliarden Franken) gerechnet wird.

Sparen wir wirklich! Versuchen wir es! Das können wir nur tun, indem wir alle zusammensetzen und alle ihre eigenen Interessen für einmal hinter die Interessen der Bundesrechnung stellen – und nicht die Eigeninteressen vor die Bundesinteressen.

In bezug auf die Einnahmen mögen Sie sagen: Hier sollten wir auch etwas tun. Das ist möglich. Ich möchte aber die Einnahmenseite der neuen Finanzordnung überlassen, deren Einführung dringend ansteht. Hier erwarte ich vom Bundesrat, dass er nicht die Wust ausbaut, wie das gestern in seiner Absichtserklärung zum Ausdruck gekommen ist, sondern noch einmal ausspricht, dass wir zu einer Mehrwertsteuer übergehen. Dort können wir dann miteinander die Einnahmenseite durchgehen.

Die Einnahmenseite aufstocken bedeutet eigentlich nichts anderes als höhere Steuern. Höhere Steuern helfen der Wirtschaft ganz sicher nicht, aus dem Rezessionstal herauszukommen. Das ist etwas, das jeder in diesem Rat versteht.

Ich möchte Ihnen abschliessend einen Rat mitgeben, den mir mein Vater mitgegeben hat, den ich zu beherzigen versuche und den zu beherzigen ich auch Sie bitte. Manchmal haben alte Sprichworte etwas für sich – und das trifft ganz besonders für die Einnahmenseite zu. In bezug auf die Einnahmenseite möchte ich Ihnen sagen: Du sollst dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden.

Aregger: Mit der Abstimmung vom vergangenen Wochenende haben wir einen klaren Auftrag erhalten, nämlich effizienter zu arbeiten und wirksam zu sparen. Die Zufälligkeit der Sessionsplanung will es, dass wir schon jetzt den Beweis antreten können, ob wir dieses Zeichen verstanden und den Zustand des Bundeshaushaltes erkannt haben.

Die neunziger Jahre werden von defizitären öffentlichen Haushalten auf allen Stufen geprägt sein. Die Wirtschaft wird eher stagnieren, der Inlandmarkt weist einen hohen Sättigungsgrad und eine geringe Nachfrage auf, und die Arbeitslosenzahlen werden auch in unserem Land vorläufig eher zunehmen.

Vor diesem Hintergrund wird die Fraktion der FDP in ihrer grossen Mehrheit die Vorschläge des Bundesrates vollständig unterstützen. Bei den Treibstoffzöllen hält sie sich an

den Rahmen des Kommissionsantrages, und sie unterstützt auch die Kommissionsmotion für eine zweite Sparrunde, die hoffentlich das Budget 1993 nachhaltig beeinflussen wird.

Wir stellen fest, dass es sich beim vorliegenden Geschäft in erster Linie um undifferenzierte, lineare Kürzungen im Transferbereich handelt, der zwar zugegebenermassen einen grossen Anteil des Bundeshaushaltes ausmacht, dass aber der eigene Bereich des Bundes mit Ausnahme des EMD weitgehend verschont wurde. Ich habe sogar den Eindruck, dass viele Zweige der Bundesverwaltung noch gar nicht erkannt haben, wie es um die Finanzen steht. Ich sage das aufgrund der einzelnen Erfahrungen, die ich im Zusammenhang mit meiner speziellen parlamentarischen Aufgabe sammeln konnte. In vielen Fällen geht es zwar nicht um sehr grosse Beträge, aber fast immer geht es um die Einstellung, um die Philosophie. Ich erwarte mehr Seriosität und weniger Nonchalance in finanziellen Dingen.

So habe ich grosse Mühe zu begreifen, dass das EMD wohl 600 oder mehr Stellen abbaut, dass die übrigen Departemente aber gleichzeitig 800 Stellen zulegen wollen – und dies in einer Zeit, in der die Fluktuation beim Bundespersonal wegen der schlechten Lage der Privatwirtschaft so stark abgenommen hat, dass wir wegen Personalüberbestand einen Nachtragskredit von gegen 100 Millionen Franken für nichtbudgetierte Personalkosten beschliessen müssen.

Ich stelle auch fest, dass die Bundesausgaben zwischen 1975 und 1992 von 14 Milliarden auf 38 Milliarden Franken oder um das 2,7fache zugenommen haben. Dabei gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Departementen. Am meisten – nämlich um das 4,5fache – haben in diesem Zeitraum die Kosten für die Beziehungen zum Ausland zugenommen. Die kleine Eidgenossenschaft läuft offenbar mit der Übernahme immer neuer Auslandverpflichtungen Gefahr, einem finanzpolitischen Marignano entgegenzusteuern.

Ich finde es an der Zeit, dass wir uns einmal gewissen Tabubereichen zuwenden. Die heutige Situation zwingt uns, auch Tabus zu hinterfragen und sie einer kritischen Prüfung zu unterziehen. In solchen Bereichen könnten sich eigentliche Wirtschaftszweige entwickeln, beispielsweise im Flüchtlingsbereich.

Von den 750 Millionen Franken für das Flüchtlingswesen wird der weitaus grösste Teil für Betreuungspersonalkosten und für Immobiliengeschäfte ausgegeben. Die Eigendynamik dieses Wirtschaftszweiges führt dazu, dass er trotz massivem Rückgang der Asylgesuche weiterleben, florieren und expandieren will. Nur so lässt sich erklären, dass Hilfswerke Asylbewerber auch in aussichtslosen Fällen zur Ausschöpfung aller Rechtsmöglichkeiten gegen den Bund animieren und erst noch deren Anwaltskosten dem Bund als Fürsorgeauslagen in Rechnung stellen.

Ein anderes Beispiel ist der Bereich der Entwicklungszusammenarbeit: Von den vielen 100 Millionen Franken wird ein zu grosser Anteil an schweizerischen Firmen, Organisationen, Experten und Berater ausgegeben. Auch dieser Wirtschaftszweig will weiterleben, florieren und expandieren. Nur so lässt sich erklären, dass mindestens zwölf verschiedene Schweizer Organisationen auf Kosten des Bundes in Indien tätig sind und der Bund damit gezwungen ist, in Indien zwei reichlich dotierte Koordinationsbüros zu unterhalten.

Ein weiteres Beispiel ist der Bereich des öffentlichen Verkehrs: Über 2 Milliarden Franken fliessen unter dem Titel «Förderung des öffentlichen Verkehrs» als Abgeltungen, Infrastrukturleistungen, Tariferleichterungen und Defizitdeckungen in diesen Bereich. Auch dieser Wirtschaftszweig will seinen Besitzstand wahren. Nur so lässt sich erklären, dass trotz vorhandenen Linienertragsrechnungen seit Jahren schwer defizitäre Leistungen, für die praktisch keine Nachfrage besteht, angeboten und mit Steuergeldern finanziert werden. Nur so lässt sich erklären, dass politische Preise für Fehlinvestitionen bezahlt werden.

Die Liste von Bereichen mit hohem Sparpotential liesse sich noch lange fortsetzen. Beim Budget 1993 wird sich Gelegenheit geben, darauf zurückzukommen.

Ich wiederhole: Ich erwarte von allen Verantwortlichen mehr Seriosität, mehr Kostenbewusstsein und weniger Nonchalance.

lance beim Geldausgeben. Wenn das Parlament dem aktuellen Volkswillen entsprechen soll, dann muss es jetzt bei den Sparmassnahmen und im Dezember beim Budget 1993 die Ausgabenbremse energisch anziehen. Die halbseitigen Inserate von Hilfswerken und die vielen Zuschriften von Direktinteressierten, es sei gerade ihr Bereich zu schonen, sind das eine; das andere aber ist die jüngste Abstimmung. Das Volk will sparen. Auch wir wollen sparen, und zwar so, dass alle ein Opfer bringen müssen.

M. Aguet: L'augmentation des droits sur la benzine pour équilibrer les finances fédérales n'est pas une proposition très populaire. Je ne crois pas que l'ouverture des casinos, où il sera possible de dépenser des sommes folles en une seule soirée, soit une solution plus populaire que la première, au moment où la Suisse enregistre quelque cent mille chômeurs. Dès l'instant où un gouvernement perd le sens de l'éthique, il n'y a pas de raison qu'il s'arrête!

Tout comme M. Cotti, je pense que le jeu n'est pas un péché en soi. Notre conception de la liberté individuelle ne nous permet pas de juger s'il est moral ou non d'aller jouer son argent dans les casinos. Il est vrai que l'Etat n'a pas à se substituer à la conscience individuelle. Par contre, les autorités ont la responsabilité de faire en sorte qu'il y ait un minimum d'éthique dans les choix, dans les lois, dans l'organisation et le développement des activités humaines. Il n'est pas exact que tout argent est bon à prendre, ni que l'argent n'a pas d'odeur. «Du pain et des jeux» demandaient les Romains de la décadence. Il n'est pas recommandé de développer les jeux quand le pain commence à manquer. Cent mille chômeurs, avons-nous dit, et combien d'entreprises fermées? Et combien de faillites? Les Suisses jouent beaucoup en période de haute conjoncture: au Loto, au Sport Toto, à la loterie. Il est parfaitement justifié que cette passion fasse l'objet d'un prélèvement de la part de l'Etat. Mais l'Etat ne doit pas l'encourager. Selon les promoteurs de cette triste idée, des centaines de millions de francs suisses seraient dépensés à l'étranger dans divers jeux de hasard, dont une bonne part dans les casinos qui se situent à nos frontières. Parce qu'ils sont à l'étranger, les casinos sont dissuasifs; dans nos villes, ils sont attractifs.

En trois minutes, on ne peut pas dire grand-chose. D'autres, dans ce débat évoqueront la dépendance engendrée par l'enfer du jeu, les conséquences sociales, le développement de la prostitution, le rôle de pôle d'attraction des casinos pour la mafia et le grand banditisme international, la facilité offerte au blanchissage d'argent sale. Toutes les propositions qui nous éviteront les mises illimitées dans nos casinos suisses auront mon appui le plus déterminé. Assainissons les finances fédérales, oui, mais pas en faisant n'importe quoi.

On. Maspoli: Dunque, come ci ha testé insegnato il collega Aguet, pecunia olet. C'è però una pecunia, ci sono dei soldi che sicuramente non puzzano e sono quelli che si prelevano dalle tasche degli automobilisti. L'automobilista in Svizzera è penalizzato quando sempre si tratta di sanare checchessia: se si costruiscono le strade paga l'automobilista; si costruisce la Neat, e paga l'automobilista; si spendono i soldi del contribuente ributtandoli dalla finestra, tanto - prima o poi - ci sarà l'automobilista che li rimetterà nelle casse. E dire che non sono certo gli automobilisti la causa di tutti i mali del nostro Paese. E soprattutto non sono certo stati gli automobilisti a svuotare le casse federali.

L'aumento del prezzo della benzina – tanto per citare un po' di cifre – farà salire l'inflazione, del resto è già stato detto dal collega Frey Walter, nella misura tra lo 0,7 e l'1 per cento.

Nel mio Cantone – non sottolineo che è il Ticino, perché penso che si sappia – questo aumento creerà nuovi disoccupati, rischia di paralizzare intere regioni, penso a quella di Chiasso, una regione che vive proprio con il turismo della benzina, piaccia o non piaccia, ma così è. Aumentando inoltre il prezzo della benzina, tutti i trasporti diventeranno più cari e questo si ripercuterà soprattutto sui ceti meno abbienti. Una volta di più si ha l'impressione che, invece di combattere il male alla radice, Signor Consigliere federale, si faccia la terapia dei sintomi.

Il male – dicevo – in questo preciso contesto è un male diver-

sificato e si compone – secondo il mio modesto modo di vedere – di quattro elementi principali: il rincaro, lo sperpero, la poca disponibilità a risparmiare e la politica monetaria praticata dalla Banca Nazionale. L'impressione è che si siano lasciate andare le cose nei periodi di vacche grasse per ridursi oggi a proporre tagli lineari e procedimenti poco ortodossi e soprattutto poco popolari.

L'altro ieri le cittadine ed i cittadini elvetici hanno dimostrato di sapere ragionare in modo molto e assai differenziato, e lo hanno fatto accettando un terzo, solo un terzo della riforma parlamentare, e più precisamente quel terzo che non comprendeva spese supplementari. Il popolo ha dunque dato un chiaro segno, indicando che non è inteso a sopportare spese supplementari.

Veniamo brevemente a parlare dei casinò che sembrano suscitare grosse reazioni e grossi contrasti in questa sala, per dire che quasi tutti qui dentro siete europeisti, e a me risulta che l'Europa si giochi più o meno in tutti i Paesi. Ma allora l'europeismo va fino a un certo punto, poi, quando tocca determinati tabù, determinate vacche sacre, allora si riventa svizzeri. Come sapete, io non sono europeista e dunque potrebbe starmi benissimo di non aprire i casinò, ma perché lasciare che questa pecunia puzzolente, questa pecunia dannata, lo sterco del demonio, vada ad ingrassare le casse di altri Stati e non quelle del nostro?

Veniamo rapidamente all'urgenza. Quale urgenza?, bisogna chiederci. Quella di riempire le casse svuotate da una politica spendacciona, basata sul sistema dell'annaffiatoio? O l'urgenza di evitare il referendum sacrosanto che verrà lanciato immediatamente? Perché – e su questo non ci piove – esso otterrà un risultato brillante e un successo grandioso. Ecco perché – secondo me – l'urgenza del Consiglio federale è soprattutto l'urgenza di voler evitare il referendum e non già quella di sanare le casse.

Frau Robert: Natürlich müssen wir den Bundeshaushalt sanieren, und natürlich kann es nicht nur darum gehen, dass wir bei den Ausgaben ansetzen, denn man muss es immer wieder sagen: Der Staat hat auch unverzichtbare Aufgaben, die zu unverzichtbaren Ausgaben führen, und je mehr Probleme eine Gesellschaft hat, um so grösser werden diese Aufgaben des Staates. In einer solchen Situation sind wir heute. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen im Bereich Umwelt, im Bereich der Zusammenarbeit mit den Oststaaten und mit der sogenannten Dritten Welt, um das katastrophale Armutsgefälle zu verringern. Wir befinden uns aber auch vor gewaltigen Aufgaben im Bildungswesen, diesem Fundament jeder nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung.

Hier hat der Staat Aufgaben, die noch wachsen werden; das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir wollen deshalb dieses Sanierungsprogramm nicht so punktuell anschauen, wie das hier zum Teil gemacht worden ist, sondern wollen es längerfristig und im grösseren Zusammenhang sehen.

Darum wollen wir auch etwas mehr differenzieren, als das Kollege Jaeger getan hat, der uns schlicht gesagt hat, es gebe überhaupt keine Alternative zu diesem Paket. Es gibt Alternativen – es muss sie geben. Dieser Mangel an Vorstellungskraft, Herr Jaeger, findet genau seine Parallele in der grobschlächtigen Phantasielosigkeit der linearen Kürzungen, die sich einfach nicht für jedes Gebiet eignen.

Es gibt notwendige Kürzungen, es gibt intelligente Kürzungen und fragwürdige Kürzungen; es gibt Kürzungen, die wir nicht mitverantworten wollen, und es gibt tödliche Kürzungen. Wenn Sie einem Verhungerten seine winzige und einem Übergewichtigen seine grosszügige Essration genau gleich kürzen, dann hat das nichts mit Gleichheit und nichts mit Gerechtigkeit zu tun, sondern das genau gleiche ist für den einen heilsam und für den anderen tödlich.

Für uns zählt in erster Linie die Entwicklungszusammenarbeit zu den Bereichen, welche Kürzungen, wie sie in diesem Sanierungsprogramm angelegt sind, nicht ertragen. Hier entstehen wachsende Schäden, die wir oder unsere Kinder mit Zins und Zinseszinsen teuer zurückzahlen.

Wir haben noch Spielräume. Wir sind immer noch das reichste Land der Welt. Im Vergleich haben wir immer noch eine kleine

Staatsquote – auch das muss gesagt sein –, und wir können immer noch mit gutem Gewissen 35 Milliarden Franken im Jahr ausgeben. Wir haben nicht einfach kein Geld, aber wir müssen differenzieren und die längerfristigen Wirkungen unseres Tuns betrachten.

Es ist ja aufschlussreich, worüber gestern die hitzigste Debatte geführt wurde: überhaupt nicht bei den existentiellen Fragen wie Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit oder Bildung, sondern auf einem völlig nebensächlichen Schauplatz. Es ging um die Frage, ob das Benzin im Paradies der Autofahrer – das ist die Schweiz, weil das Benzin hier so billig ist – nun 20 oder 25 Rappen teurer werden solle und wann die Schmerzgrenze erreicht sei.

Wenn ich in der Botschaft des Bundesrates lese, dass der Treibstoffgrundzoll seit dem Jahr meiner Geburt – und das ist wahrhaftig schon lange her – unverändert geblieben ist, obwohl die allgemeine Teuerung seither um 600 Prozent zugenommen hat, dann ist es doch völlig absurd und irrational, hier ein Lamento über Schmerzgrenzen der Autofahrer loszulassen und von Milchkühen zu reden, anstatt möglichst rasch und ohne Aufhebens die längst überfällige Anpassung vorzunehmen.

Zu den Referendumsdrohungen: Wir auf der anderen Seite haben auch eine «Schmerzgrenze». Es gefällt uns zum Beispiel gar nicht, dass die Hälfte der Einnahmen in den Strassenbau fliesst und nur die Hälfte in die Bundeskasse. Wir möchten das anders haben. Und wir werden deshalb jedem Versuch hier drinnen opponieren, dieses Sanierungsprogramm noch mehr in ein Strassenbauförderungsprogramm umzufunktionieren. Dieser Punkt ist die Nagelprobe dafür, ob wir überhaupt noch fähig sind zu sehen, wo die echten Probleme, die Schicksalsfragen, liegen, die wir heute und in Zukunft zu lösen haben. Wir unterstützen deshalb den Ordnungsantrag Leuenberger Ernst.

Keine Lösung ist für uns auch, Geld über Spielkasinos einzunehmen – das hat schon Rudolf Hafner gesagt. Die anständigste Art, heute zu Geld zu kommen, ist tatsächlich die Erhöhung des Treibstoffgrundzolls. Ueber Spielkasinos zu Geld zu kommen, ist keine anständige Art; der Zweck heiligt für uns nicht jedes Mittel.

Ich möchte noch ein Wort zum Bereich Bildung und Kultur sagen. Nationale und internationale Untersuchungen zeigen, dass der Denk- und Forschungsplatz Schweiz heute in einer sehr kritischen Phase ist. Die Schweiz hat sich stets in extremem Masse auf die Forschung der Privatindustrie verlassen und eine extrem bescheidene Forschungsförderung durch die öffentliche Hand betrieben. Das rächt sich heute. Der Denk- und Forschungsplatz Schweiz ist gefährlich von der Privatindustrie abhängig und dadurch gefährlich einseitig. OECD-Experten haben der Schweiz kürzlich dringend nahegelegt, die öffentliche Forschungsförderung ganz massiv zu verstärken – wir machen das Gegenteil: Wir kürzen, und das ist kurzsichtig.

Die Schweiz hat eine schmale Akademikerbasis und einen extrem kleinen Frauenanteil bei den Akademikern. Statt gefördert soll hier nun auch noch gekürzt werden. Die Kantone sollen bei den Grundbeiträgen noch weniger Geld kriegen als bisher. Das bedeutet weniger Nachwuchsförderung, es bedeutet Numerus clausus an den Universitäten und – das Gravierendste – Verlust an Innovationsfähigkeit. Das ist verhängnisvoll.

Wir werden darauf zurückkommen; wir werden auch zu den Kürzungen im Bereich der Kultur (Vorlage B, Ziff. 1) bzw. zum Minderheitsantrag Bäumlin noch etwas sagen. Wir denken, dass auch hier nicht der Ort und nicht die Zeit für Rosskuren ist.

Ich möchte Sie bitten, beim Sanieren etwas mehr zu differenzieren, sonst ist am Ende die Katastrophe, die wir durch das Sanieren anrichten, grösser als die Katastrophe, die von denen an die Wand gemalt wird, die möchten, dass wir unserem «Guten Hirten» Otto Stich wie die Schafe nachfolgen. Das ist nicht unsere Aufgabe hier drin.

Jenni Peter: Ich spreche – wer wird es mir verübeln? – nur über die Treibstoffzollerhöhung.

Herr Bundesrat, ist Ihnen bewusst, dass nicht das Gewerbe die Schuld am Loch in der Bundeskasse trägt, dass aber gerade das Gewerbe mit der Treibstoffzollerhöhung zur Kasse gebeten wird, und das in einer Zeit, in der wir mitten in einer Rezession stehen? Eine Rezession, deren Ende nicht in Sicht ist. Wie sollte es auch, solange nur darüber lamentiert wird?

Es geht hier nicht um die Sonntagsfahrer, sondern um Personen, die täglich für Sie alle hier im Saal unterwegs sind und ihrer Arbeit nachgehen. Herr Stich, Sie provozieren das Todesurteil vieler Betriebe, welche diese Erhöhung ganz einfach nicht mehr verkraften können.

Herr Hafner Rudolf bringt sogar die sozialen Kosten des Strassenverkehrs ins Spiel, aber so lange er den sozialen Nutzen nicht einmal erwähnt, hat er seine Hausaufgaben nicht gemacht.

Das gilt auch für Herrn Oehler und seine CVP – er ist nicht im Saal –, welche über diese Massnahme nicht glücklich sind, ihr aber trotzdem zustimmen. Es hilft dem Gewerbe überhaupt nicht, wenn Sie unglücklich zustimmen! Das wirkt eher lächerlich. Man sieht aber einmal mehr, dass die CVP eine wirtschaftspolitisch höchst fragwürdige Massnahme unterstützt.

Die Kaufkraft der Konsumenten wird damit nochmals zusätzlich geschwächt und die Teuerung angeheizt. Jemand mit einem Bundesratsgehalt wird dies ohne weiteres verkraften können; für die arbeitende Bevölkerung jedoch bringt es das Fass an Steueraufgaben langsam zum Ueberlaufen.

Auf über 300 Millionen Franken Zoll und Wust aus dem Benzinotourismus müssten wir jährlich auch noch verzichten. Herr Bundesrat, die Auto-Partei fordert Sie auf, endlich zu sagen, wo Sie nebst den vom Parlament vorgeschlagenen Sparmassnahmen noch sparen wollen. Sagen Sie uns endlich, wo Sie außer beim EMD noch Stellen einsparen wollen. Ihrerseits werden vor allem Mehreinnahmen gefordert. Die Auto-Partei ist nicht bereit, über Mehreinnahmen zu diskutieren, solange die Ausgaben nicht gekürzt werden, wie dies in der Privatwirtschaft praktiziert wird.

Langsam, aber sicher trifft auf alle, die in der Schweiz arbeiten oder ein Gewerbe betreiben, wohl folgendes Zitat zu: «Wenn du fleissig bist wie eine Biene, stark bist wie ein Bär, arbeitest wie ein Pferd und nach Hause kommst und müde bist wie ein Hund, solltest du einmal zum Tierarzt gehen – vielleicht bist du ein Kamel.»

Ich bitte Sie, auf den dringlichen Bundesbeschluss nicht einzutreten.

Blatter: Der grosse englische Politiker Anthony Eden hat es einmal so formuliert: «Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im allgemeinen und Freigebigkeit im besonderen.» In diesem Widerspruch liegt heute bei unserer harten Sparübung die ganze Problematik. Ohne Zweifel, wir müssen sparen, dürfen uns nicht weiter verschulden, kurz: Wir müssen uns nach der Decke strecken. So einfach ist die Zielvorgabe: Kürzen wir die Höhe der Ausgaben bis auf das Niveau der Einnahmen. Die Mitglieder der Finanzkommission haben mit ihren Forderungen recht. Ich kann einer solchen Politik zustimmen, auch wenn sie sehr schmerzlich ist.

Wir dürfen uns diese Aufgabe jedoch nicht zu einfach machen. Es gibt Bereiche, die sorgfältig geprüft werden müssen. Vergessen wir eines nicht: Eine lineare Beitragssenkung kann für eine finanzschwache Randregion weit schlimmere Auswirkungen haben als für eine gut erschlossene, finanzstarke Agglomeration. Für die Forstwirtschaft im Kanton Obwalden sind z. B. Kürzungen von 100 000 Franken wesentlich mehr Geld als für einen finanzstarken Kanton. Es gilt somit, bei dieser notwendigen Sparübung die Auswirkungen zu prüfen und klar und deutlich Schwerpunkte zu setzen.

Ich bitte Sie aus diesem Grund, bei der Detailberatung die Beitragssenkungen in den folgenden Bereichen sorgfältig zu prüfen und, wenn immer möglich, den Beschlüssen des Ständerates zuzustimmen: Die Bedeutung des Schutzwaldes ist bekannt. Die Gebirgskantone sind in diesem Bereich finanziell ganz eindeutig überfordert. Noch bevor das neue Waldgesetz in Kraft treten konnte, sollten die Beitragssätze drastisch ge-

kürzt werden. Wir erinnern uns: Das Gesetz ist ein hart errungenener Kompromiss und wurde vom Nationalrat mit 157 zu 0 Stimmen angenommen.

Ich bin jedoch bereit, der Not gehorchend, die Kürzungen bis 1995 anzunehmen. Es ist jedoch eindeutig abzulehnen, dass das Notrecht auch nach 1995 unbefristet weiter gelten soll.

Eine ähnliche Situation haben wir bei den Hotel- und Kurortkrediten sowie bei den Viehausmerzaktionen im Berggebiet. Diese Kürzungen treffen die Berggebiete sehr hart. Es sind ausgerechnet jene Regionen unseres Landes, die im Vergleich zu den Stadt- und Industriegebieten bisher schon benachteiligt gewesen sind. Die Sparmassnahmen treffen die Berg- und Randregionen weit härter und schmerzlicher als andere Gebiete unseres Landes. Ich appelliere hier an Ihre Solidarität.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der eine sorgfältige Beurteilung verdient, ist der Benzinzzoll. Der Bundesrat will den Benzinpreis um 25 Rappen erhöhen. Dies ergibt einen jährlichen Mehrertrag von rund 1,7 Milliarden Franken, die vom Bürger bezahlt werden müssen. Es handelt sich um eine Notsituation, da nur so das Nationalstrassennetz fertiggebaut und der vorgesehene Beitrag an die Neat geleistet werden kann.

Hätte es nun Herr Bundesrat Stich bei diesem happigen Mehrertrag bewenden lassen, so müsste man der Vorlage zustimmen. Ihm genügen nun aber die 1,7 Milliarden Franken nicht, sondern er beantragt, zusätzlich die Beiträge an die Kantone zu kürzen. Erinnern wir uns: Der Bund konnte bis heute seine Nationalstrassen zu 100 Prozent aus den Einnahmen des Benzinzzolls finanzieren. Es bestehen immer noch Rückstellungen. Die Kantone haben hier wesentlich mehr Mühe, und den Gemeinden fehlen sogar jedes Jahr rund 1,3 Milliarden Franken, die aus den allgemeinen Gemeindesteuern gedeckt werden müssen. Man weiss es: Das Referendum zur Benzinpreiserhöhung wird kommen. Der Stimmbürger wird das letzte Wort haben.

Ich stelle fest, dass der Bund beim Strassenbau nicht spart, im Gegenteil: Er will vom Bürger mehr Geld, und zwar recht viel. Eine solche Finanzpolitik widerspricht jeder Vernunft, und ich bitte Sie, bei Artikel 2bis des Bundesgesetzes über die Erhöhung des Treibstoffzolles der Version des Ständerates respektive dem Antrag von Kollege Joseph Iten zuzustimmen. Man kann nicht mehr Geld einnehmen, vom Bürger Opfer verlangen und gleichzeitig die Beiträge an die Kantone kürzen.

Als Vertreter des Berggebietes ersuche ich Sie, in den Bereichen Ausmerzaktionen im Berggebiet, Hotel- und Kurortkredite, Waldwirtschaft sowie Benzinzzoll den Beschlüssen des Ständerates zuzustimmen.

M. Comby: M. Chevallaz s'exprimera sur le lancinant problème de l'achèvement du réseau autoroutier en Suisse romande. Quant à moi, je me bornerai aux trois remarques suivantes.

Premièrement, la dégradation des finances de la Confédération est la démonstration éloquente de la nécessité d'adopter un programme d'assainissement des finances fédérales en agissant sur tous les paramètres, à savoir les dépenses et les recettes. Je salue donc l'effort du Conseil fédéral, et de M. Stich, en particulier, pour rechercher des solutions à cette délicate problématique des finances publiques. Je constate toutefois que le programme présenté se traduit dans bien des domaines par un pur transfert des dépenses de la Confédération sur le dos des cantons, des communes et des privés. En outre, la linéarité des réductions proposées offre un certain confort à l'esprit, car elle constitue une solution apparemment équitable, simple, voire simpliste, mais elle n'obéit à aucun ordre sérieux de priorités. Cet exercice de pompiers a montré ses limites et ses contradictions. Si la situation des finances de la Confédération n'était pas aussi préoccupante, il faudrait retourner la copie à l'expéditeur.

Deuxièmement, je voudrais faire deux observations en guise de préambule, qui s'adressent à M. Eggly. Tout d'abord, il vaut mieux être pauvre à Genève que riche ailleurs. Ensuite, si l'on suivait le curieux raisonnement de M. Eggly, en décidant de jeter aux orties la solidarité confédérale, il faudrait alors aussi mettre le programme financier à la poubelle. Contraire-

ment à ce que laisse entendre M. Eggly, les disparités régionales ont plutôt tendance à croître dans notre pays. Le bilan établi en 1991, Monsieur Eggly, par l'Administration fédérale sur la péréquation financière intercantonale souligne la gravité de la situation financière des cantons faibles. Or, ce programme d'assainissement des finances fédérales aura des conséquences plus fâcheuses encore dans ces cantons-là que dans les cantons forts, d'où la nécessité de renforcer la péréquation financière fédérale. Le Conseil fédéral semble l'avoir compris. C'est pourquoi j'appuie personnellement la solution de compromis retenue par la majorité de la Commission des finances du Conseil national et qui consiste à répartir les 400 millions de francs provenant des bénéfices de la Banque nationale selon les critères suivants: 50 pour cent en fonction de la population et 50 pour cent en fonction de la capacité financière des cantons.

Troisième et dernière remarque: je rappellerai tout d'abord un brin d'histoire. Ce fut la polémique déclenchée en relation avec le casino de Saxon qui engendra une modification de la Constitution suisse, au siècle passé, dans le sens de l'interdiction des jeux de hasard. Permettez à un conseiller national de Saxon, village qui, avant de devenir la cité des abricots, était surtout connu pour son casino, ses bains et ses jeux, de saluer la libéralisation des maisons de jeux proposée par le Conseil fédéral. Mais, détail intéressant, à l'époque, les gens du pays n'avaient pas le droit de jouer à la roulette. Malgré mes origines, je dois vous avouer que je ne suis pas un partisan inconditionnel des jeux de hasard. Toutefois, il est utile de rappeler ici le concept de l'Etat face aux individus dans une société libre. Précisément dans une société libérale, le rôle de l'Etat ne consiste pas à placer les citoyens et les citoyennes sous tutelle. Il faut intensifier les efforts de prévention et d'éducation, tout particulièrement en faveur de la jeunesse. Quant aux adultes, ils doivent notamment pouvoir choisir librement leurs loisirs. Il est sans doute paradoxal d'interdire les maisons de jeux en Suisse et d'assister en même temps à des flux d'Helvétiques en mal de sensations ludiques vers les casinos européens situés à la proximité de nos frontières.

Le groupe radical votera en faveur de cette libéralisation eurocompatible qui est d'ailleurs conforme à la motion Cotti votée récemment par une très forte majorité de notre Parlement.

Quant à la part excessive pouvant atteindre 80 pour cent qui reviendrait à la Confédération, nous demandons de réduire la voracité du fisc fédéral et d'offrir une partie de cette manne bienvenue aux cantons et communes concernés.

En conclusion, la situation critique des finances fédérales impose un programme d'économies immédiat et efficace ainsi qu'une réforme profonde du système financier helvétique comportant des mesures vigoureuses au chapitre des recettes et des dépenses à moyen et à long terme, mais l'élaboration d'un tel dispositif ne devrait pas être incompatible avec la clairvoyance, la lucidité et l'intelligence.

Bühler Simeon: Bei den gezielten Kürzungen wird recht einseitig gespart. Der Bundesrat sagt in der Botschaft auf Seite 9 selbst: «Es handelt sich insbesondere um Ausgaben aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Eisenbahn- und Strassenverkehr.» Natürlich werden dann bei den linearen Kürzungen auch noch andere Bereiche erfasst. Aber wenn man die Unterlagen im Detail studiert, stellt man fest, dass der Bundesrat die Sparübung tatsächlich sehr einseitig angelegt hat.

Bei den Positionen der Landwirtschaft wird echt gespart, indem die entsprechenden Beiträge unter den heutigen Stand herabgesetzt werden, zum Teil sogar sehr beträchtlich. Teilweise werden sogar direkt einkommenswirksame Positionen innerhalb zweier bis drei Jahren ganz aufgehoben.

Nicht so bei vielen anderen Kürzungen: Dort werden nämlich steigende Finanzplanzahlen der linearen Kürzung von 10 Prozent unterstellt. Damit werden die einzelnen Ausgabenposten in den kommenden Jahren gegenüber dem heutigen Stand sogar noch beträchtlich anwachsen.

Ich bin erstaunt und enttäuscht, dass uns der Bundesrat nicht eine ausgewogene Vorlage unterbreitet hat.

Wenn die Motion der Finanzkommission angenommen wird, wonach zusätzlich eine Milliarde Franken jährlich eingespart werden soll, erwarte ich vom Bundesrat, dass er für die zweite Runde die Sparmassnahmen, die in der jetzt zur Diskussion stehenden ersten Runde beschlossen werden, gebührend berücksichtigt: So kommt es wenigstens insgesamt zu einer ausglichenen Uebung!

In diesem Sinne bin ich für Eintreten.

Frau Spoerry: Ich spreche ausschliesslich zum Bundesbeschluss G, mit welchem der Bundesrat verdienstvollerweise eine institutionelle Ausgabenbremse einführen will. Die heute desolate Finanzlage des Bundes ist nicht nur – aber ohne Zweifel auch – durch die Ausgabenfreudigkeit des Parlaments verursacht. Allein in der letzten Legislaturperiode haben wir die Kreditanträge des Bundesrates so häufig überschritten, dass die von uns beschlossenen Aufstockungen den Bundeshaushalt 1991 mit einem zusätzlichen Betrag von 1,5 Milliarden Franken belastet haben! Es ist daher ein Gebot der Stunde, unser sorgloses Finanzgebaren besser unter Kontrolle zu bringen. Dafür ist die institutionelle Ausgabenbremse ein gutes Instrument.

Die Summen, welche die Anträge des Bundesrates übersteigen, sollen in Zukunft von beiden Kammern mit einem qualifizierten Mehr bewilligt werden müssen. Eine solche Massnahme zwingt das Parlament, die dringend notwendigen Prioritäten zu setzen. Eine institutionelle Ausgabenbremse wird uns immer daran erinnern, dass wir nicht nur Ausgaben beschliessen können, sondern dass wir uns auch bewusst sein müssen, wie und woher wir die Mittel nehmen, um diese Ausgaben ohne Defizite des Bundeshaushaltes langfristig zu finanzieren.

Der Bundesrat seinerseits stützt seine Kreditanträge auf den Finanzplan ab, also auf ein Gesamtkonzept, das eben nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen des Bundes berücksichtigt. Wenn wir von diesem Gesamtkonzept abweichen wollen, was möglich bleibt und durchaus auch einmal nötig sein kann, darf dies nicht bei einer schlechten Präsenz in diesem Rat mit Zufallsentscheiden geschehen. Das entspricht klar nicht dem Willen des Souveräns.

Ich erinnere Sie daran, dass die Ausgabenbremse bereits zweimal von unserem Souverän gutgeheissen worden ist. Zum ersten Mal im Jahre 1974: Damals hat der Souverän (67 Prozent der Stimmenden und 22 Stände) die institutionelle Ausgabenbremse gutgeheissen. Ihr Inkrafttreten war aber mit einer Finanzvorlage gekoppelt, welche die Hürde der Volksabstimmung nicht nahm. Weil die Willensäusserung des Souveräns in diesem Punkt so klar war, legte das Parlament dem Souverän die gleiche Ausgabenbremse ein Jahr später erneut vor, worauf die Zustimmung noch überwältigender ausfiel. Sämtliche Stände stimmten ihr zu. Es handelte sich aber um eine befristete Ausgabenbremse, weshalb sie nach vier Jahren ausser Abschied und Traktanden fiel.

Seither gab es verschiedene Vorstösse im Parlament, welche forderten, es sei eine unbefristete Ausgabenbremse einzuführen. Ich erinnere an die entsprechenden Motionen beider Finanzkommissionen im Jahre 1983. Offensichtlich brauchte es aber für den Bundesrat die schlechten Erfahrungen der letzten Jahre, um ihn von der Notwendigkeit, die Ausgabenbremse wieder vorzulegen, zu überzeugen. Wir unterstützen diesen Entscheid sehr.

Wir fragen Sie: Wie wollen Sie vor den Souverän treten und von diesem Souverän Mehreinnahmen verlangen, wenn Sie nicht gleichzeitig den guten Willen bekunden, mit den uns vom Steuerzahler anvertrauten Mitteln haushälterisch und bewusst umzugehen?

In diesem Sinne ist für unsere Fraktion die Ausgabenbremse eine wichtige Massnahme zum Gelingen des gesamten Sanierungspakets.

M. Deiss: Ce projet d'assainissement est lui-même malade. Mes craintes, pour ne pas dire mon hostilité, se fondent sur trois carences essentielles que je traduis aussi en questions à l'intention de M. Stich, conseiller fédéral.

Premièrement, ce n'est pas un programme d'économies, mais un exercice de report de charges. Il est vrai que le ménage fédéral est en grande partie formé par des transferts. Beaucoup d'argent ne fait que transiter par la caisse centrale; si l'on n'y touche pas, le champ des économies possibles est fortement restreint. Néanmoins, qui veut contraindre cantons et communes à la parcimonie devrait commencer par donner le bon exemple. Or, je ne vois pas, dans le paquet soumis, un revirement de tendances, des cas où la Confédération s'imposerait des limitations sévères dans ses propres activités. Ne citois que le domaine du personnel de l'Administration fédérale qui, en 1991, a augmenté plus que proportionnellement, avec 800 postes nouveaux, soit 2,2 pour cent.

Je pourrais rompre une lance en faveur des cantons financièrement faibles, Monsieur Eggly, pour démontrer à quel point leur assiette fiscale est maigre. Je me borne à rappeler la situation des communes, qui a été peu souvent évoquée ici. Ce sont elles les stations ultimes de la cascade que nous allons déclencher. Et il est cynique d'affirmer qu'elles n'ont qu'à économiser, sachant que 70 pour cent de leurs dépenses sont commandées par des lois fédérales ou cantonales. Il est en tout cas illusoire de croire que cantons et communes pourront prendre le relais des réductions que nous leur imposons, d'où ma première question: quel est, dans ce paquet de mesures, le pourcentage des économies réelles réalisées directement dans le ménage fédéral, et quelle est la proportion des économies de transferts?

Deuxièmement, le programme d'assainissement ne fixe pas de priorités. La commission l'a bien compris: il faut davantage d'économies et elle en demande un milliard supplémentaire. Mais elle se garde bien de fixer des priorités, tout comme le Conseil fédéral d'ailleurs, et s'accroche au principe sacro-saint de la linéarité. Or, une situation de crise se gère en fixant des priorités. Chaque mère, chaque père de famille sait que, face à l'impasse, il faut choisir entre l'indispensable et le superflu. En refusant de procéder à de tels choix, on crée l'apparence d'une justice, tout le monde étant appelé à se serrer la ceinture de la même manière. Si, au moins, la règle de la symétrie était générale! Il n'en est rien, puisque les sacrifices demandés ne sont pas les mêmes partout. C'est ainsi que l'on nous propose la suppression pure et simple de certaines subventions sans argumentation valable. Je pense au remaniement parcellaire des forêts où l'on ne veut pas une réduction, mais une suppression des aides fédérales avant même que la nouvelle loi sur les forêts ne soit entrée en vigueur. Pire, le refus de poser la question des priorités nous conduit aux incohérences les plus graves. Il m'est par exemple impossible de comprendre comment on peut économiser avec la même ardeur en matière de formation et d'enseignement, dépenses qui sont porteuses d'avenir et dont dépendra aussi l'état de nos finances de demain. D'où ma deuxième question au Conseil fédéral: y a-t-il, dans le programme gouvernemental d'économies, une réflexion quant aux priorités qui dépasse le seul souci de l'équilibre financier?

Troisièmement, nous ne sommes pas en face d'un programme d'économies, mais de recherche de recettes additionnelles. Avec un tiers pour les économies et deux tiers pour les recettes nouvelles, le paquet est sérieusement déséquilibré. A défaut de véritables économies, on ne se prive donc pas d'accroître la charge fiscale. J'exprime ici mon inquiétude face à l'extension sournoise de la quote-part de l'Etat. Après avoir conféré à l'Etat des tâches nouvelles ou plus importantes dans de nombreux domaines, Parlement et gouvernement s'apprécient à franchir le pas corollaire du financement supplémentaire, non seulement au niveau de la Confédération d'ailleurs, car des augmentations d'impôts suivront dans les cantons et les communes. D'où ma troisième question: sait-on de combien va augmenter la quote-part de l'Etat consécutivement aux hausses d'impôts de cet automne?

Je vous remercie d'avance des réponses que vous donnerez à ces questions, sachant aussi, à la suite des déclarations du rapporteur de la commission, que le seul argument qui puisse nous inciter à accepter ce programme insatisfaisant est celui de l'urgence. Il est pour le moins frustrant de faire de la politique financière avec une argumentation aussi maigre.

M. Chevallaz: Certains de mes collègues ayant déjà fait part des considérations du Parti radical sur le programme d'assainissement, permettez-moi de me concentrer sur la surtaxe relative aux carburants.

A la suite du rejet particulièrement net des initiatives anti-routes nationales le 1er avril 1990 par les régions directement touchées tout spécialement, des membres du Parlement, à l'appui de la motion Kohler Raoul du 19 juin 1990, exprimaient l'avis que, suite à ce scrutin populaire, mandat avait été ainsi dûment donné au Conseil fédéral d'achever le réseau des routes nationales dans les plus brefs délais possibles. Bien sûr, le Conseil fédéral ne manquera pas d'attacher une importance toute particulière à la définition du terme «possibles».

Monsieur le Conseiller fédéral, si les Suisses, et en priorité ceux des régions particulièrement touchées, ont rejeté à l'époque de manière aussi nette les textes proposés par les initiateurs, ils avaient certainement lu avec attention les explications d'alors du Conseil fédéral. Ces explications, j'ai pris intérêt, mais surtout peut-être curiosité, à les relire le week-end dernier. Les Romands, mais aussi nos compatriotes de la Suisse tout entière, avaient été convaincus par les arguments du Conseil fédéral que je ne saurais manquer de vous rappeler très brièvement. «Créer des routes, une nécessité: elles permettent de desservir des régions, de détourner le trafic de transit des localités, elles sont les principales voies de communication, elles rapprochent les différentes parties du pays et contribuent ainsi à leur intégration.» Ou encore: «Le réseau des routes nationales doit être considéré comme un tout: il s'agit d'ouvrages d'importance nationale. La N 1 est la principale liaison avec la Suisse alémanique. Son achèvement est impératif. La N 4 a une importance suprarégionale: elle est la solution à une situation intenable. La N 5 n'est pas une voie de transit, elle doit servir de liaison. Sans parler naturellement de la N 9 et de ses retombées en Valais.» Autant d'arguments excellents certainement puisqu'ils émanaient du Conseil fédéral et qui, à l'époque, avaient convaincu les électeurs suisses, et en particulier ceux de Suisse romande. Une partie importante de la Suisse romande, à laquelle M. Ogi, conseiller fédéral, a voulu rendre hommage en ce dernier dimanche électoral, souhaiterait certainement apporter une fois encore une contribution au redressement des finances fédérales. Mais, Monsieur le Conseiller fédéral, pas sur le compte des routes nationales dans la proportion que vous préconisez avant que le réseau soit enfin achevé!

Les déclarations ne suffisent plus, des engagements doivent être pris et des promesses formelles tenues pour que nous puissions soutenir votre programme sur ce point. Nous sommes prêts, en définitive, à accepter une certaine augmentation de la taxe sur les carburants – certains d'entre nous à 25 centimes, d'autres à 20 centimes – mais surtout nous soutiendrons l'affectation prioritaire de cette surtaxe au compte routier afin de terminer au plus vite le réseau des routes nationales et d'améliorer aussi la fluidité du trafic d'agglomération, autant de promesses et de tâches confédérales qui doivent aujourd'hui être remplies.

Votre déclaration, Monsieur le Conseiller fédéral, dans la *Handels-Zeitung* du 25 septembre 1992, à savoir: «Wenn wir uns nur auf Ausgabenkürzungen beschränken wollten, müssten wir nicht nur den Nationalstrassenbau, sondern auch andere Aufgabengebiete massiv redimensionieren.» Cette déclaration nous inquiète et, pour répondre à cette inquiétude, nous souhaitons certains engagements, certaines assurances, et non plus de vagues promesses. D'avance, je vous remercie.

Fischer-Seengen: Ich spreche nur zum Benzinollbeschluss. Die Dringlichkeit scheint vom Tisch zu sein, weitere Worte dazu erübrigen sich offensichtlich.

Herr Bührer Gerold erwähnte, dass man eine Lösung suchen sollte, bei welcher man den Spatz in der Hand und nicht die Taube auf dem Dach hat. Ich teile seine Auffassung. Mit 10 Rappen Grundzoll und 10 Rappen Zollzuschlag in der Hand – oder in der Kasse – werden wir etwas haben; die 25 Rappen Grundzoll hingegen können wir zum voraus abschreiben, weil sie mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Volksabstimmung nicht überstehen würden.

Ich bin mir bewusst, dass die Auto-Partei so oder so das Referendum ergreifen wird. Bedeutungsvoll ist jedoch, dass die Strassenverkehrsverbände differenziert urteilen, und ich kann Ihnen eine begründete Prognose stellen: Bei einer Lösung 10 Rappen und 10 Rappen, gemäss dem Minderheitsantrag Bührer Gerold, wird das Referendum von den grossen Verkehrsverbänden nicht unterstützt werden. Wenn Sie aber die Lösung mit 25 Rappen Grundzoll wählen, dann wird das Referendum mit Sicherheit ergriffen und erhält Unterstützung. Ob die Verbände ein solches Referendum unterstützen, ist meines Erachtens von entscheidender Bedeutung.

Zwar ist es grundsätzlich falsch, die allgemeine Bundeskasse über den Benzinoll zu finanzieren. Dagegen ist unbestritten, dass der Strassenbau – vor allem die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes – aus dieser Ressource finanziert werden. Hier sind zusätzliche 10 bis 15 Rappen nötig. Wir sind bereit, diese zusätzlichen Mittel bereitzustellen: Sofern diese tatsächlich für diesen Zweck eingesetzt werden; sofern den Kantonen die für den Strassenbau notwendigen Mittel zufließen und diese Mittel nicht einfach in der allgemeinen Bundeskasse gehortet werden (wo sie nicht einmal zugunsten des Strassenbaus verzinst werden).

Ich gehe sogar noch weiter: Es besteht sogar die Bereitschaft, 5 Rappen in die allgemeine Bundeskasse fließen zu lassen. Aber zwei Dinge gehen nicht: dass der Strassenbenutzer schwergewichtig die allgemeine Bundeskasse saniert und dass das Strassenbaubudget gekürzt wird, obwohl die Mittel vorhanden sind – von den Automobilisten bereitgestellt – und obwohl Aufträge an das Baugewerbe in der heutigen Zeit konjunkturpolitisch dringend notwendig sind.

Herr Leuenberger Ernst hat einen Konsens gefordert. Die Minderheit II (Bührer Gerold) ermöglicht diesen Konsens. Wer dagegen für 25 Rappen Grundzoll stimmt, nimmt das Scheitern der Vorlage bewusst in Kauf. Er trägt die Verantwortung dafür, dass der Bund am Schluss sowohl bezüglich Strassenbau als auch bezüglich allgemeiner Bundeskasse mit leeren Händen dasteht.

Wir wollen die gemäss den Worten von Frau Robert offenbar zustande gekommene unheilige Allianz zwischen Auto-Partei und Grünen nicht noch mit vernünftigen politischen Elementen anreichern.

Ich bitte Sie, beim Benzinollbeschluss der Minderheit II (Bührer Gerold) zuzustimmen.

Frau Bäumlin: Mein Einstieg in die ehrwürdige Finanzkommission fiel zusammen mit dem Wetterumschlag beim Bundeshaushalt. Kleine Hausfrau, was nun? Statt zu jammern, fand ich es besser, Fragen zu stellen, das heißt auf das Geschäft als Ganzes einzutreten.

Die erste, vielleicht naive Frage: Wo sind eigentlich die Bundesgelder der fetten Jahre geblieben? Die Antwort des Bundesrates gliedert sich in drei Punkte:

1. Das Ausgabenwachstum war zu hoch;
2. die traditionellen strukturellen Schwächen der Finanzordnung auf der Einnahmeseite;
3. der Konjunktureinbruch.

Das sind die sicher richtigen, aber doch reichlich generellen Antworten. Wenn wir Ausgaben drosseln, d. h. sparen müssen, dann bitte genau hinsehen, wo! Das ist die Grundlage für meine Bewertung der Minderheitsanträge geworden.

Zweite Frage: Ist kein Fragezeichen zu setzen hinter die Aussage in der Botschaft, Seite 6, der Bundeshaushalt sei «möglichst strukturell zu entlasten, durch Abwerfen von Ballast, durch den vollständigen und definitiven Verzicht auf Bundesleistungen»; die Investitionsseite sei zu schonen? Auch hier bitte genau hinsehen! Soziale Bundesleistungen im weitesten Sinn dürfen nicht als Ballast bewertet werden, sonst ziehen sie gegenüber der wirtschaftlichen Investitionsseite hoffnungslos und mit langfristig schlimmen Folgen den kürzeren. Ich persönlich zähle kulturelle Leistungen auch dazu.

Drittens stellte ich die Frage, wer bei dieser Sanierungsübung wohl das Rennen gewinne. Die Antwort fällt nicht schwer. Sieger sind schon vorher die Banken mit ihrem ersatzlosen Raub der Stempelabgaben gewesen; die ehrenwerte Strassen- und

Autogesellschaft wird sich vermutlich auch durchsetzen und schadlos halten. Bei den linearen Kürzungen hat die Exportrisikogarantie die Kurve geritzt und sich mit einer gezielten Kürzung nach einer massiven Aufstockung aus dem Bundesbeschluss C abgemeldet. Der kleine Kredit für die Menschenrechtspolitik wird dagegen über Jahre hinaus brav linear gekürzt. Verlierer ist letztlich auch das Parlament, das noch verstärkt zum lächerlichen Verein wird, wenn ihm die Arbeitshilfen verweigert werden. Diese Aufzählung ist sehr beschränkt und nicht abschliessend, aber signifikant.

Viertens sollte beim Sparen immer zwischen Luxus- und notwendigen Grundbeiträgen unterschieden werden. Im Bereich Hochschul- und Berufsschulförderung sind die Grundbeiträge betroffen, weshalb ich dieser Kürzung einfach nicht zustimmen kann.

Aus diesem andeutungsweise vorgetragenen Frage- und Antwortspiel hat sich für mich ein Wegweisernetz für die Kommissionsberatungen und auch für die Abstimmungen im Rat ergeben. Damit konnte ich meine Verantwortung wahrnehmen, obwohl ich keine Finanzfachfrau bin.

M. Ziegler Jean: Je m'exprime uniquement à propos de la réouverture des casinos et des salles de jeu, qui est un problème fondamental et tout à fait significatif dans le débat fleuve de ce matin. C'est totalement indécent et inadmissible que la Confédération, pour boucher le trou de son déficit, fasse appel à la passion du jeu et souhaite faire sauter la limite maximale des mises dans les 17 casinos de Suisse et réintroduire les grands jeux d'argent. C'est absurde, inadmissible, moralement indécent et surtout contradictoire à la politique fédérale elle-même.

Le Conseil fédéral a travaillé, par l'intermédiaire du directeur de la Commission fédérale des banques, dans le groupe de recherche de lutte contre le crime organisé (GAFI). M. Zuberbühler a accompli un travail magnifique en tant qu'expert suisse dans ce groupe européen d'experts qui devait présenter des propositions pour lutter contre le recyclage de l'argent du crime. En février 1990, 47 propositions ont été présentées. La première suggère la fermeture, si possible, des maisons de jeu en Europe. La France a répondu à cette proposition en fermant quatre maisons de jeu en deux ans. Maintenant, le Conseil fédéral, qui a souscrit aux propositions du GAFI, veut rouvrir des casinos qui sont le lieu même où se recycle l'argent de la grande criminalité internationale. Là, le Conseil fédéral commet une très mauvaise action.

Je remercie Me André Brönimann de l'Union contre les grands jeux d'argent qui a alerté l'opinion publique par des publications autrement plus sérieuses que le rapport de l'ancien chef de la police fédérale, M. Huber, qui a servi de base à la proposition du Conseil fédéral. C'est tout de même un comble qu'un ancien chef de la police fédérale demande qu'on installe en Suisse les appareils et les maisons de recyclage de l'argent du crime organisé! Je ne sais pas ce que M. Huber a dans la tête, mais en tout cas il y a là quelque chose qui pourrait intéresser les psychiatres!

Quand M. Comby me parle de son village de Saxon où se trouve un magnifique casino qu'il veut réactiver, je lui rappelle que l'écrivain Fiodor Dostoïevski y a écrit son *Joueur*. En lisant ce roman, vous verrez la misère et la destruction engendrées par la passion du jeu chez l'individu, dans les familles et dans la société. Il est probable que les ancêtres de M. Comby figurent parmi les victimes de cette passion.

Quant à MM. Maspoli et Cotti, qui veulent transférer Campione à Lugano, à Bellinzona et à Locarno, je leur rappelle le rapport de la Guardia di finanza, de mars 1983, qui est à disposition et qui montre comment Campione – d'ailleurs fermé durant quatre mois – a servi au recyclage de milliards de lires de la mafia sicilienne. Si vous voulez cela en Suisse, dites-le, mais alors clairement! N'essayez pas de passer par la porte étroite d'un débat d'entrée en matière sur de multiples mesures d'assainissement des finances fédérales.

Non à la réouverture des maisons où l'on peut jouer aux grands jeux d'argent, oui à l'entrée en matière sur les autres mesures.

Leu Josef: Die gesamte Volkswirtschaft und damit auch die Landwirtschaft sind mehr als bisher auf einen ausgeglichenen Bundeshaushalt angewiesen. Allzu grosse Staatsdefizite mit entsprechender Beanspruchung der Kapitalmärkte haben einen nachhaltigen negativen Einfluss auf die allgemeine Zinsentwicklung. Diese Zinsentwicklung schlägt sich auch in der Kostenstruktur unserer Landwirtschaftsbetriebe massiv nieder; dies in einer Zeit, in welcher der internationale Anpassungsdruck überall Kostensenkungen verlangt.

Die Landwirtschaft hat daher ein grosses Interesse an einer raschen Verbesserung der Einnahmeseite in unserem Bundeshaushalt. Sie stellt sich positiv zur vorgesehenen Treibstoffzollerhöhung. Aus den gleichen Überlegungen hat der Schweizerische Bauernverband die damalige Bundesfinanzordnung mit dem wichtigen Element der Mehrwertsteuer unterstützt. Leider fand diese Vorlage bei Volk und Ständen keine Mehrheit. Auf diesen Umstand hinzuweisen scheint mir wichtig, damit im Bereich der Sparmassnahmen von der Landwirtschaft keine unverhältnismässig grossen Opfer verlangt werden.

Im vorgesehenen Massnahmenpaket wird die Landwirtschaft hart betroffen. Sie hat einen grossen Anteil zu tragen. In diesem Zusammenhang weise ich auf zwei Punkte hin:

1. Die Landwirtschaft fällt unter die 10prozentige allgemeine Beitragskürzung, obwohl eine Differenz von 55 Franken zwischen Lohnanspruch und Arbeitsverdienst pro Tag ausgewiesen ist.
2. In allen anderen Bereichen wird auf der Basis von Finanzplanzahlen gekürzt. Bei der Landwirtschaft trifft das nicht zu. Hier wird auf der Basis des Ist-Zustandes gekürzt. Im Rahmen der Internationalisierung unserer Märkte und der veränderten Erwartungshaltung unserer Gesellschaft wird unsere Landwirtschaftspolitik neu geregelt. Die damit verbundenen Einnahmenausfälle sollen durch Direktzahlungen ausgeglichen werden. Die rechtliche Grundlage dafür bilden die neu geschaffenen Artikel 31a und 31b des Landwirtschaftsgesetzes. Alle politischen Kräfte unseres Landes haben diesen Systemwechsel in der Agrarpolitik unterstützt und gefordert. Jährlange Versprechungen müssen nun im Interesse der Glaubwürdigkeit und ganz besonders im Interesse der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes eingelöst werden. Im Rahmen allzu einseitiger Sparmassnahmen dürfen jetzt keine gegenteiligen Zeichen gesetzt werden.

Sofordere ich Sie u. a. auf, beim Viehabsatzgesetz der Minderheit Bühler Simeon zu folgen, damit die Institution der Ausmerzaktion auch in Zukunft zur Erhaltung der Markttransparenz im Schlachtviehhandel erhalten bleibt. Fällt dieses Instrument weg, wird vor allem die Berglandwirtschaft ein undurchsichtiges Handelssystem in Kauf nehmen müssen. Das wird unsere Bergbauernfamilien arg belasten.

Was den erwähnten Systemwechsel betrifft, so weise ich bereits jetzt auf die kommende Budgetdebatte hin, wo Sie beim Budgetposten für Direktzahlungen den Tatbeweis erbringen müssen: Einkommensausfälle in der Landwirtschaft sind – wie versprochen – auszugleichen. Denn die im 7. Landwirtschaftsbericht vom Bundesrat als notwendig erachtete Anpassungsstrategie verlangt hohe Aufwendungen seitens der öffentlichen Hand.

Die bisherige Landwirtschaftspolitik konnte in guten Treuen dahingehend ausgelegt werden, dass ein allfälliger Abbau des Agrarschutzes so durchgeführt wird, dass Investitionen nicht vernichtet werden, sondern mindestens noch angemessen amortisiert werden können. Wir Bauern durften uns darauf einstellen und mussten nicht damit rechnen, dass uns dieser Schutz ohne Einhaltung angemessener Übergangsfristen in substantieller Weise entzogen wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die richtigen Zeichen zu setzen und auf die Vorlagen einzutreten.

Stalder: Die Zeichen bei der Finanzlage des Bundes stehen wirklich auf Sturm. Diese Tatsache wird hier von niemandem bestritten.

Viele Wege führen nach Rom. Es führen also auch viele Wege zum Ziel, die Bundesfinanzen wieder ins Lot zu bringen. An uns liegt es, die richtigen Wege aufzuzeigen und auch einzuschlagen.

Was ich als sehr wichtig bewerte, ist, dass wir die Ursachen für die heutige Situation endlich erkennen. Für mich liegt der Hauptgrund bei der Teuerung. Der Kaufkraftverlust des Schweizerfrankens hat gravierende Nachteile. Dieser Kaufkraftverlust wirkt sich natürlich auch auf die heutigen Finanzen der öffentlichen Hand aus. Der Mechanismus mit seinen Folgen ist aus Erfahrung ja längst bekannt, aber er wird nicht in die nötigen Ergebnisse umgesetzt.

Die fatale Manipulation der Nationalbank von 1988 hatte nicht die Bekämpfung der Teuerung zum Ziel, sondern war eine Vorwegnahme der Anpassung der Zinssätze an europäische Normen. Welcher Schaden der Schweiz damit zugefügt wurde, war ohne prophetische Zukunftsvisionen gut feststellbar. Die unerhörte Teuerungswelle muss endlich zum Abklingen gebracht werden, bevor noch grösserer Schaden angerichtet wird.

Dass die europäischen Zinssätze nicht wirtschaftskompatibel sind, wurde in jüngster Zeit drastisch sichtbar. Das Pfund und die Lira mit ihren Substanzverlusten sind der Beweis dafür. Hohe Zinssätze waren für die Wirtschaft noch nie von Vorteil. Das gilt übrigens auch für Deutschland. Die Teuerung ist nicht einfach da; die Teuerung wird gemacht. Alle Sanierungsanstrengungen können also nur Erfolg haben, wenn die Teuerung endlich ernsthaft bekämpft und zum Verschwinden gebracht wird.

M. Epiney: Qu'il faille prévenir une dégradation des finances fédérales et trouver un dosage équitable entre réduction des dépenses et augmentation des recettes sont autant d'intentions louables susceptibles d'entrainer l'adhésion de principe de tout parlementaire avisé. On ne saurait en effet s'accompagner, à moyen et à long terme, d'un système qui génère déficits et injustices criantes. Les divergences apparaissent cependant rapidement dès qu'il s'agit d'analyser les causes de cette détérioration, ainsi que les mesures pour maîtriser son aggravation. La paternité de ce dérapage abrupt incombe prioritairement au Conseil fédéral et aux Chambres fédérales, et non pas aux facteurs connus ou prévisibles que sont la diminution des recettes, le renchérissement, le taux d'intérêt élevé, etc., comme le prétend essentiellement le message du Conseil fédéral.

A force de confier à l'Etat central des compétences et des obligations dans tous les domaines, l'exécutif et le législatif ont fait de ce pays un pays jacobin et centralisateur qui n'aura dorénavant que les finances qu'il mérite. Je n'éprouve aucune inquiétude pour la situation présente, dans la mesure cependant où le Parlement a le courage avec le Conseil fédéral de s'attaquer à la seule cause que nous pouvons infléchir véritablement, à savoir l'appétit démesuré de l'Etat central pour un système tutélaire ruineux pour lui.

Il n'y a donc pas d'affolement ni d'urgence à évoquer aujourd'hui. Prenons d'une part un exemple. On a évoqué celui de la Suède, je prendrai celui de l'Allemagne, dont chacun sait que la dette est quatre fois supérieure à la notre par tête d'habitant. D'autre part, il suffit, si on veut assainir les finances fédérales, de revenir à la conception traditionnelle du fédéralisme de l'après-guerre qui consistait en particulier à n'octroyer à la Confédération que des compétences relevant de l'intérêt vital du pays, ainsi que le soin de veiller au bien-être de tous ses membres par l'adoption d'un système de peréquation équitable et la mise en place d'une politique sociale et régionale appropriée et solidaire. Or, ce pays n'a plus de fédéraliste que le nom, sauf encore dans les domaines où les barrières linguistiques empêchent le centralisme de sévir. Et le peuple l'a bien compris. Pas seulement lorsqu'il élit les porte-parole de partis minoritaires et marginaux, mais également lorsqu'il inflige, comme ce fut le cas le week-end passé, un camouflet au Parlement. Or, la Suisse souffre du syndrome de l'uniformisation, de la mise en vigueur de lois qui devraient s'appliquer de manière uniforme quels que soient les cantons, quelles que soient les régions. Elle souffre du syndrome de la réglementation, du perfectionnisme et surtout de la non-décision. Le déséquilibre de nos finances est l'expression de ce malaise. Nonobstant ces réserves, nous sommes prêts malgré tout, dans l'intérêt du pays, à consentir même à des dépenses qui

pénalisent fortement les régions déjà défavorisées, comme par exemple la taxe sur les carburants qui, comme vous le savez, affecte particulièrement les régions de montagne et les personnes qui ont obligatoirement besoin des véhicules pour leurs déplacements professionnels. Nous sommes prêts également à consentir à certaines réductions linéaires, même si elles sont absurdes et injustes dans leur principe, parce qu'elles touchent proportionnellement plus fortement les bénéficiaires, donc celles et ceux qui en ont le plus besoin. En revanche, il n'est pas question pour nous de défendre ces mesures d'assainissement devant le peuple si elles ne s'accompagnent pas d'une véritable politique sociale et régionale ciblée à mettre en place, d'un programme d'aide supplémentaire à la formation et à la recherche, ainsi que d'un projet de déréglementation avec nouvelle distribution des compétences entre la Confédération et les cantons. Et surtout il n'est pas question pour nous de défendre ces mesures d'assainissement si elles ne s'accompagnent pas d'un programme législatif spécifique consacré aux principaux dossiers qui préoccupent les citoyens, à savoir notamment la révision de l'AVS, la loi sur l'assurance-maladie, la révision de la constitution, le régime financier et l'aide à l'agriculture. Notre pays est entré, qu'on le veuille ou non, en phase d'appauvrissement et il n'aura plus, jusqu'à la fin du siècle, les moyens de sa politique tatillonne. Par conséquent, il faut revenir à cette saine conception du fédéralisme et nous aurons de la sorte résolu le problème des finances fédérales.

Frau **Misteli:** Die grüne Fraktion wehrt sich ganz vehement dagegen, dass die Sanierung unserer Bundesfinanzen bei den Aermsten unserer Welt, bei unserem Beitrag für Entwicklungs zusammenarbeit beginnen soll, einem Beitrag, der uns ohnehin bis heute nicht gerade als grosszügig bekannt machte. Immerhin versuchte unsere bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, das humanitaire Image der Schweiz aufrechtzuerhalten. Aber die Taten sprechen eine andere Sprache:

Seit Jahren verspricht der Bundesrat, die Schweiz werde sich wenigstens dem Durchschnitt der OECD-Länder annähern – diese reservieren heute etwa 0,35 Prozent des Bruttosozialproduktes dafür. In den Beratungen im Nationalrat über den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen wurde beteuert, dass die Zahlungen an den IWF und an die Weltbank nicht zu Lasten der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit gehen würden. An der Gipfelkonferenz von Rio wurde von zwei Bundesräten eine substantielle Erhöhung unserer Hilfe angekündigt.

Die Taten sprechen eine andere Sprache: Seit Jahren verharzt die Schweiz in der Rangliste der OECD-Länder in den hintersten Positionen. Von einer Annäherung an den Durchschnitt der EG-Länder von 0,5 Prozent können wir nur träumen. Und die Zukunft sieht noch weit grauer aus.

In den nächsten Jahren stehen der Eidgenossenschaft Milliardendefizite ins Haus. Wir haben es gehört. Gespart wird vor allem dort, wo es uns nicht weh tut. In der Entwicklungszusammenarbeit soll in den nächsten drei Jahren etwa eine halbe Milliarde Franken gespart werden. In der Entwicklungszusammenarbeit soll linear und auch gezielt gekürzt werden, und vor allem in den Bereichen Umwelt und Entschuldung noch mehr. Hier müssen endlich die Prioritäten anders gesetzt werden. Wir stehen vor grossen Migrationsproblemen. Die Gefahr eines globalen Umweltkollapses ist real. Der Graben zwischen reich und arm, zwischen Nord und Süd wird immer tiefer. In Afrika verhungern Millionen von Menschen. Ganze Staaten brechen wegen der Spätfolgen des Ost-West-Konfliktes und mangelnder Perspektiven für die nachkommenden Generationen zusammen.

Als Illustration dazu: Das jährliche Einkommen des Schweizers und der Schweizerin ist inzwischen auf ungefähr 50 000 Franken angewachsen. Das sind etwa 4000 Franken im Monat. In Afrika, südlich der Sahara, muss der grösste Teil der Bevölkerung mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 100 Franken im Monat durchkommen.

In Moçambique hat eine Person genau 10 Franken Einkommen im Monat. Moçambique ist ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Durch die

vorgesehene Kürzung ist die Kontinuität bei den schon bestehenden Projekten gefährdet, und ein Ausbau der Zusammenarbeit wird verunmöglicht. Für diesen Neuaufbau würde Moçambique dringend Unterstützung brauchen. Sie können sich vorstellen, dass ein Land wie Moçambique die Begründung für diese Kürzung, wir, die reiche Schweiz, hätten kein Geld mehr, als nackten Hohn empfinden wird.

Die jetzt vorgeschlagenen Kürzungen zeigen die Arroganz der reichen Schweiz dem Süden gegenüber. Diese Politik wird uns alle in Zukunft teuer zu stehen kommen. Es ist mir zu billig, die Gefahr von Massenmigrationen weiter zu unterstreichen. Humanitäre Verpflichtungen und Selbstrespekt sollten uns eigentlich als Argumente genügen, um unsere Solidarität mit der Welt zu wahren. Und das heißtt in der heutigen Situation, die Entwicklungszusammenarbeit von den Kürzungen auszunehmen.

Wir hier, in der Schweiz, brauchen ein Strukturangepassungsprogramm. Die Schweiz muss weltverträglicher werden. Was wir brauchen, ist nichts weniger als ein neues Wirtschafts- und Konsummodell, welches auf einer gerechteren Verteilung der Ressourcen beruht und welches allen Menschen – den Schweizerinnen und Schweizern wie den Ausländerinnen und Ausländern – ein Leben in Würde erlaubt. Dazu verlangen wir mehr Kostenwahrheit und ein Setzen von Prioritäten, welche dem zentralsten Problem der Welt – und damit auch unserer Welt –, dem Nord-Süd-Konflikt, mehr Rechnung trägt.

Wir unterstützen ganz klar die Erhöhung des Benzinpreises um 25 Rappen. Für mich persönlich ist das viel zu wenig. Unsere Mobilität, vor allem der motorisierte Privatverkehr, ist doch viel zu billig. Der wahre Preis liegt zwischen 3 und 5 Franken, je nach Berechnungsgrundlage. Ich finde es zynisch, wenn sozusagen Mitleid mit den schweizerischen «Autofahrer-Milchkühen» erweckt wird – ein Mitleid oder besser gesagt Mitgefühl, das wir doch eher gegenüber Menschen aus der Dritten Welt demonstrieren sollten, welche heute aus Verzweiflung in bestimmten Hungerregionen selbst ihre Kleider aufessen, wie es vor kurzem in einer grossen Tageszeitung geschrieben stand.

Auch bei den Militärausgaben kann ohne weiteres noch mehr gespart werden, als es vom Bundesrat vorgeschlagen worden ist. Wir unterstützen diesbezüglich sämtliche Kürzungsanträge.

Ich finde es absurd, wenn es heißtt – wie einer meiner Vorförder sagte –, auch die Hilfswerke müssten sparen, wenn alle anderen sparen müssten. Diese Kürzungen betreffen doch nicht die Hilfswerke. Wenn Sie an der Arbeit der Hilfswerke oder an jener der DEH etwas zu kritisieren haben, müssen Sie das vortragen; dann kann es diskutiert werden. Aber mit Kürzungen entziehen wir den Aermsten dieser Welt ein klein wenig Hoffnung, jenen Menschen nämlich, die ihren Teil an die sogenannte Opfersymmetrie schon seit Jahren leisten.

Im Suchen nach alternativen Finanzquellen, um den Verpflichtungen gegenüber der armen Welt nachzukommen, könnten wir ohne weiteres ein wenig mehr Phantasie walten lassen. Eine afrikanische Frau mit einem monatlichen Budget von 100 Franken für eine ganze Familie muss sich auch etwas einfallen lassen. Wir können ja, da wir nun beim IWF Mitglied sind, z. B. einen Kredit aufnehmen, bis wir unseren Haushalt saniert haben, und damit unseren Verpflichtungen der Dritten Welt gegenüber nachkommen. Es sind Verpflichtungen, Herr Stich! Und bis wir umstrukturiert haben, können wir die Zinsen bezahlen. Im Gegensatz zu anderen Ländern können wir die Zinsen bezahlen.

Ich möchte Ihnen also beantragen, die Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit nicht zu unterstützen, jedoch die diesbezüglichen Gegenanträge sowie die vorliegenden Anträge zur Kürzung des Militärhaushaltes mit zu unterstützen.

Giezendanner: Die marode Finanzlage des Bundes ist keinesfalls mit neuen Einnahmen zu korrigieren. Diese Art des kurzfristigen Denkens hilft nicht mit, in Zukunft eine andere Finanzpolitik zu betreiben. Der Bund ist dank diesem Parlament, dank diesem Bundesrat zu einem Fass ohne Boden geworden. Herr Jaeger hat von 40 Milliarden Franken Verschuldung gesprochen, von italienischen oder sogar belgischen Verhält-

nissen. Das ist richtig; aber diese Verhältnisse kommen nicht erst in Zukunft – in der Einnahmenpolitik haben wir sie bereits. Wer mit offenen Augen durch das Leben geht, hat längst festgestellt, dass in der Privatwirtschaft echte Signale gesetzt wurden. In Klein- oder Grossbetrieben wird umstrukturiert, wird rationalisiert, werden unnötige Arbeitsplätze gestrichen. So bleiben die Betriebe in Zukunft am Leben und erfüllen ihren volkswirtschaftlichen Auftrag.

Nicht so beim Bund! Herr Bundesrat Stich ist bekanntlich nicht bereit zu sparen. Herr Bundesrat, hören Sie ruhig zu; Sie müssten jetzt sparen oder es lernen! Nur der Bund setzt bis heute keine Signale, aber auch gar keine. Beim Bund ist ein riesiges Sparpotential vorhanden – darüber sind wir uns wahrscheinlich einig, ob grün oder rot –, das vorsätzlich nicht genutzt wird.

Es hat in diesem Parlament einige Unternehmer; wenige echte. Herr Bundesrat, fragen Sie die wenigen echten Unternehmer doch einfach um Rat, wie Sie das Loch stopfen sollen. Sie kennen die Antwort natürlich, deshalb gehen Sie nicht zu ihnen hin. Deshalb fragen Sie nicht.

Man braucht kein Finanzexperte zu sein, um zu wissen, dass nur Sparen angesagt ist. In der Privatwirtschaft wird bei roten Zahlen sofort die Ausgabenbremse gezogen. Wie wollen Sie heute als Unternehmer in Ihrem Betrieb neue Einnahmequellen erschliessen? Das ist doch eine Utopie. Das ist gar nicht möglich. In der Privatwirtschaft wird in der guten Zeit Speck angesetzt; im Gegensatz zum Staat wird aber in harten Zeiten dann wirklich gespart.

Ich bin auch sehr erstaunt, dass in diesem Saal noch immer – leider auf bürgerlicher Seite – einige Leute sind, die gar nicht sparen wollen. Die wollen nicht vom Sparen sprechen. Der Bund und übrigens auch die Kantone können nicht sparen mit ihrer Mentalität; die Begehrlichkeiten sind ganz einfach zu hoch. Haben Sie es z. B. gestern gelesen? Hier im Kanton Bern – das schlägt dem Fass den Boden aus! – sollen die Lehrer in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit bis zu 16 Prozent mehr Lohn erhalten! Eine Kindergärtnerin bringt 111 000 Franken nach Hause. Wenn meine Leute so arbeiten könnten, wären sie glücklich!

Aber die Lehrer usw. werden von Regierungen und Politikern noch unterstützt! Ich frage Sie: Werden sogenannte Neuzeit-Parasiten mit solchen Beschlüssen nicht geradezu gefördert? Der gleiche Bundesrat, der auf der einen Seite nach neuen Mitteln ruft, ist auf der anderen Seite bereit, eine Motion von Feten als Postulat entgegenzunehmen: eine Motion, die vom 6-Stunden-Tag, vom Überzeitverbot für Betreuungspflichtige und vom Krankenurlaub bei Krankheit von Angehörigen usw. spricht. Beim EMD – ich hatte grosse Freude – sollen 800 Stellen gestrichen werden. Aber nein, nicht gestrichen – sie sollen verlagert werden, selbstverständlich, in ein anderes Departement. Für das neue Bundesstatistikgesetz wollen wir 170 neue Stellen schaffen: 170 neue Stellen! Ist das eine glaubwürdige Sparpolitik? Und Sie glauben allen Ernstes daran, dass die Bundeskasse mit neuen Ausnahmen mittelfristig ins Lot gebracht werden kann! Da kann ich nur noch lachen! Das sind Wirtschaftsromantiker, die so etwas sagen, das sind Traumvisionisten.

Ich weiss natürlich, dass man meine direkte Sprache in der Presse wieder mit Buhrufen quittieren wird; das stört mich aber überhaupt nicht. Es ist für mich eine grosse Ehre, wenn ich in der «Schweizer Illustrierten» einen Kaktus bekomme oder in der «Weltwoche» verrissen werde.

Ein anerkannter Finanzexperte, ein ehemaliger Ständerat, hat mir gesagt, und zwar unmissverständlich, dass er aus langjähriger Erfahrung die Mehreinnahmenpolitik aufs schärfste verurteilt. Das ist ein echter Experte! Es sind hier Ostblockmentalitäten eingezogen, die diesen Staat zum Konkurs führen werden. Die Auto-Partei wird sich mit allen demokratischen Mitteln – Herr Fischer-Seengen ist jetzt nicht im Saal – zu wehren wissen. Und ich verspreche Ihnen: Es gibt einige grosse Verbände, die uns – Herr Fischer – unterstützen werden.

Schwab: Ich erlaube mir vorab, im Zusammenhang mit dem Votum meines Vorförderers eine persönliche Erklärung als Berner abzugeben: Man sollte sich nicht in die Angelegenheiten

eines Kantons einmischen, bevor man sich über die Zahlen und die effektiven Tatsachen richtig ins Bild gesetzt hat – dies im Zusammenhang mit den Löhnen der Kindergärtnerinnen. Die Entwicklung der Bundeseinnahmen und -ausgaben ist tatsächlich beängstigend. Etwas anderes zu behaupten wäre Schönfärberei. Ein Land, das sich ohne Rohstoffe und ohne Anschlüsse an die Weltmeere behaupten muss, ist auf Stabilität, auf ein ungetrübtes Vertrauen in seine Wirtschaft und in seinen Staatshaushalt angewiesen. Wir wollen und können nicht in eine Schuldenwirtschaft hineinschlittern wie z. B. die USA. Ich teile die Auffassung des Bundesrates, dass erstens das Ausgabenwachstum gebremst werden muss und zweitens neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Richtig ist, dass die Staatsquote in den letzten Jahren gestiegen ist. Aber es ist auch richtig, dass unser Land im internationalen Vergleich noch sehr gut dasteht.

Zum Sparpaket bin ich der Meinung, dass alle Kostenrubriken des Bundes unter die Lupe genommen werden müssen. Dabei sind die Ausgabenentwicklungen der letzten Jahre genau anzuschauen.

Für mich als Agrarpolitiker steht die Ausgabenentwicklung in diesem Bereich im Mittelpunkt des Interesses. Absolut gesehen ist die Landwirtschaft, für die die Ausgaben im Jahre 1990 2,4 Milliarden Franken ausgemacht haben, teurer geworden; das ist richtig. Anteilmässig sind das 8 Prozent der Bundesausgaben. Man muss aber wissen, dass im Jahr 1960 die Ausgaben gemessen am Bundeshaushalt 13,8 Prozent ausmachten. Wir stellen also eindeutig eine abnehmende Tendenz fest. Das ist in dieser Sparrunde mitzuberücksichtigen, da des Bauern Lohn mit der neuen Agrarpolitik tendenziell ohnehin weg vom Konsumentenfranken und hin zum Steuerzahlerfranken verlagert werden soll. Der Bauer wird so unweigerlich an zwei Fronten geschröpf. Entsprechende Anträge zur Korrektur des vorliegenden Vorschlages werden wir in der Detailberatung noch begründen. Auf dem Gebiet der Waldwirtschaft werden wir nicht darum herumkommen, der momentanen Situation, z. B. der starken Borkenkäferinvasion mit all ihren Folgekosten, ebenfalls Rechnung zu tragen.

Abschliessend stelle ich fest, dass der Bundesrat in Sachen Ausgabenbremse im Bereich der Bundesverwaltung kein Konzept hat. Hier erwarte ich eine Stellungnahme von unserem Finanzminister.

M. Gros Jean-Michel: L'exercice que nous propose aujourd'hui le Conseil fédéral a quelque chose de tout à fait insatisfaisant pour des parlementaires, notamment au chapitre des réductions d'aides financières et d'indemnités.

Oui, nous préférions nettement avoir l'occasion, dans notre fonction, de définir des priorités ou d'indiquer des orientations politiques. Au lieu de cela, l'inquiétante situation financière de la Confédération nous contraint à des coupes sombres, abruptes et forcément injustes et arbitraires. A tous ceux qu'il faut bien nommer «les victimes» du programme d'assainissement, car dans la plupart des cas des promesses ont été faites, des lois en leur faveur ont été votées, nous devons dire que ces mesures sont effectivement arbitraires et qu'elles doivent demeurer exceptionnelles.

Après l'intervention de M. Narbel, je voudrais, au nom du groupe libéral, insister sur l'importance de respecter entièrement ce programme d'assainissement. Une multitude de propositions visent à rétablir tel ou tel crédit. Hélas, aucune d'elles ne propose d'alternative qui permettrait néanmoins de réaliser les économies souhaitables pour retrouver, à terme, un équilibre des finances fédérales.

Il en va de la crédibilité de ce Parlement. Il faut tenir. Nous avons tous reçu un courrier abondant, des appels téléphoniques pressants des milieux concernés par le train d'économies proposé. Les arguments de chacun de ces milieux sont très souvent justifiés. Mais si, au cours de ce débat, nous donnons suite aux propositions de la minorité qui veut se rallier au Conseil des Etats, ou à celles des amis des sylviculteurs, des défenseurs de la culture, des amis de l'environnement, bref, de tous ceux qui souhaitent que tel ou tel secteur soit préservé, nous n'aurons pas fait la démonstration que nous sommes capables d'envisager le rétablissement de l'équilibre des finan-

ces fédérales. Il sera alors impensable de demander, à l'arrêté D, un effort supplémentaire au consommateur contribuable, au titre d'une augmentation des droits de douane sur les carburants. Car comment lui expliquer que nous lui demandons cet effort, alors que nous-mêmes sommes incapables de le faire en limitant les dépenses? C'est pourquoi la proposition de M. Leuenberger Ernst, visant à voter un impôt nouveau avant d'envisager des économies, est inacceptable. La situation, sans être catastrophique, devrait pourtant apparaître suffisamment grave pour nous faire renoncer à toute tentation clientelliste et, plus cyniquement dit, les échéances électorales sont suffisamment éloignées pour nous permettre une certaine fermeté.

Cette fermeté, à laquelle le groupe libéral vous demande de vous tenir, a cependant son corollaire. Le Conseil fédéral doit rapidement définir des priorités et renoncer à l'avenir à nous proposer un programme aussi linéaire. Lors de l'élaboration du programme d'économies supplémentaires, demandé par la motion de la Commission des finances, il ne sera en effet plus envisageable de couper arbitrairement dans des tâches sans avoir au préalable proposé un plan de redimensionnement des interventions de la Confédération. Des choix politiques devront donc impérativement être soumis au Parlement. Il conviendra que le gouvernement propose des économies également dans la gestion même de l'Etat, et que le Parlement réfléchisse aux conséquences néfastes sur les finances fédérales, qu'a aujourd'hui son vote malheureux accordant la pleine compensation du renchérissement aux fonctionnaires de la Confédération.

Le Conseil fédéral doit aussi être conscient, à l'avenir, que le simple transfert de charges sur les cantons ne constitue pas une économie. Les difficultés financières que connaissent les cantons, notamment ceux dits à forte capacité financière, ne permettent plus ce report. Bien au contraire, ces cantons attendent impatiemment du Conseil fédéral, et plus spécialement de vous, Monsieur le Conseiller fédéral, une réforme de notre système fiscal qui leur assure à terme des ressources solides. Mais comme il ne m'écoute pas, rien ne se passera, bien entendu! Il s'agit, vous m'avez sans doute compris, d'un système de TVA qui permette la restitution de l'impôt direct aux cantons. Or, rien n'est prévu à cet égard dans le projet de réforme des finances fédérales.

Le groupe libéral attend du Conseil fédéral une réponse urgente à toutes ces questions. Pour l'heure, il vous demande de rester fermes sur les propositions d'économies formulées et de refuser toutes celles visant à préférer encore davantage la situation financière de la Confédération.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Giezendanner: Frau Bühlmann hat mich auf einen Fehler hingewiesen, den ich hier korrigiere: Eine Kindergärtnerin verdient also nur 84 000 Franken jährlich, ein Gymnasiallehrer verdient jene 111 000 Franken. Ich lege Wert darauf, dass das richtiggestellt wird.

Züger: Wenn Sie immer noch glauben, wir hätten mit diesem Geschäft quasi als Sanierer die Fehlleistungen anderer auszubügeln, so liegen Sie total daneben. Denn diese Uebung haben wir mit einer kollektiven Mea-culpa-Stimmung und dem dringend nötigen Verantwortungsbewusstsein hinter uns zu bringen. Auch gegenseitige Schuldzuweisungen bringen nichts und sind nicht angebracht. Hier hängen wir nun alle gemeinsam drin.

Wir haben in den letzten Jahren tüchtig übermacht, im Wahn über unsere Verhältnisse gelebt, und nun wird uns die Rechnung präsentiert. Passen wir auf, dass wir neben Schuldenmäichern nicht auch noch zu Zechprellern werden. Ehrlich – das sage ich vor allem nach dem Votum von Herrn Giezendanner –: eigentlich trifft nur einen einzigen in diesem Saal keine Schuld; das ist Finanzminister Otto Stich. Er hat uns gewarnt, er hat uns getadelt, und wir haben uns jahrelang darum foutiert.

Ich bin Mitglied der Finanzdelegation. Dort sehe ich Hunderte von Mitberichten, die das Finanzdepartement zu Ausgaben

schreibt. Aber ich muss Ihnen sagen: Auch im Bundesrat gibt es so eine Koalition von Mehrausgebenden, nicht nur hier im Saal. Nun kommt Herr Stich mit einem Sanierungsprogramm und erhält von allen Seiten Prügel. Für die einen spart er am falschen Ort, für die anderen holt er es am falschen Ort – und er hat die Prügel bestimmt nicht verdient. Wenn Herr Giezendanner sagt, Herr Stich könnte nicht sparen, dann ist das die Dummheit des Tages! Ich hoffe, dass es wenigstens so in die Zeitungen kommt!

Dabei gilt es nun, in einer gemeinsamen Anstrengung gemachte Fehler auszubügeln und Rechnungen für gehabte Freuden zu begleichen. Hüten wir uns auch davor, aus egoistischem Partikularinteresse die ganze Vorlage zu zerzausen und Stück für Stück herauszubrechen, denn das zu erreichende Ziel ist für alle genau gleich, nämlich ein ausgeglichener Finanzhaushalt! Das fordert Opfer, ich weiss es, und zwar von allen! Sie wissen auch, dass es keinesfalls bei dieser einmaligen Sanierungsübung bleiben wird: Die «Fortsetzungsnummer» ist schon in der Pipeline und wird uns mit dem Budget 1993 serviert werden. Also, vermasseln wir heute und morgen nicht schon den ersten Akt!

Kurz noch ein paar Worte zu zwei Teilaспектen: Bei der Aenderung des Nationalbankgesetzes (Vorlage E) geht es um Mehreinnahmen. Nur zuverständlich, dass hier das Gerangel einigermassen gemässigt ausfällt. Selbstverständlich ist es nicht die primäre Aufgabe unseres Notenbankinstitutes, öffentliche Haushalte zu alimentieren. Allerdings hat es dies, wenn auch in äusserst bescheidenem Rahmen, bisher schon getan. Ueberdies wird auch künftig nur ein Bruchteil des effektiv erwirtschafteten Gewinnes ausgeschüttet. Jedenfalls ist sicher, dass dadurch die ureigenste Aufgabe der Nationalbank in keiner Weise behindert oder gar verunmöglicht wird. Dass mit dieser Gewinnanteilausschüttung unser Sanierungspaket für die finanziell ebenfalls stark gebeutelten Kantone kostenneutral ausgestaltet werden kann, ist doch der Haupttrumpf dieser Vorlage. Ich kann die Kollegen Comby und Blatter nicht begreifen, wenn sie jetzt in diesem Zusammenhang die Kantone als die grossen Leidtragenden darstellen. Sie kommen diesmal so ziemlich ungeschoren weg.

Noch zum Nichteintretensantrag von Herrn Eggy (Vorlage E): Herr Eggy, ich verstehe Ihren Antrag überhaupt nicht. Sie wollen ja auch eintreten, nur wollen Sie einen anderen Verteiler. Auch sonst meinen Sie ganz etwas anderes als das, was Sie hier am Pult gesagt haben. Sie seien für Solidarität, sagten Sie gestern. Gleichzeitig rufen Sie aber alle Zuger, Zürcher und Basler im Saale auf, in der Sache unsolidarisch zu sein. Entschuldigung: Mir bleibt nichts anderes übrig, als alle anderen Kantone – vom Thurgau bis zum Tessin und von St. Gallen bis zum Wallis – dazu aufzurufen, in diesem Falle und bei diesem Verteiler wirklich echte Solidarität zu leben. Denn niemand erhält weniger – das stimmt nicht! Die einen erhalten ein bisschen mehr und die anderen ein bisschen weniger mehr. Abschliessend noch ein Wort zur Motion 1 der Finanzkommission, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, ein zusätzliches Sparprogramm für die Jahre 1993–1995 im Betrage von jährlich 1 Milliarde Franken vorzulegen. Sie wissen es. Gleichzeitig hat die Finanzkommission mit einer Erklärung verlangt, dass das Budgetdefizit 1993 nicht über 2,5 Milliarden Franken hinausgeht, was dem Bundesrat wieder recht unsaft die Sparhosen anzieht! Sparen ist also wirklich auf breiter Linie angesagt! Dementsprechend ist auch das Heulen und Wehklagen aus Briefen in unserer Parlamentarierpost! Ich habe zwar dafür Verständnis, erwarte aber von den Briefschreibern ebenfalls Verständnis für unsere nicht eben einfache Ausgangslage.

Eines garantire ich: Bei allem und gutem Sparwillen geht es nicht ohne Mehreinnahmen. Diese sind zwar nicht beliebt, aber notwendig. Der Weg zur echten Gesundung unserer Staatsfinanzen führt über diese siamesischen Zwillinge.

Hess Peter: Es ist uns heute bereits mehrfach drastisch vor Augen geführt worden, dass der Bundeshaushalt rasch und nachhaltig saniert werden muss, wenn wir verhindern wollen, dass wir angesichts der bedrohlich steigenden Verschuldung mit der hohen Zinsenlast jede Handlungsfreiheit verlieren.

Die CVP-Fraktion hat sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt auf ein dreistufiges Vorgehen festgelegt:

- Sparen;
 - Uebergang zur Mehrwertsteuer;
 - kurzfristige Beschaffung von Mehreinnahmen.
1. Zum Sparen: Die CVP-Fraktion unterstützt das Sparprogramm, auch wenn wir uns bewusst sind, dass wir mit linearen Beitragskürzungen im Einzelfall zum Teil schmerzhafte Eingriffe vornehmen. Halten wir uns aber vor Augen, dass wir mit diesen Kürzungen keinen realen Ausgabenabbau bewirken, sondern lediglich das in den letzten Jahren ungestüme Ausgabenwachstum etwas bremsen.

Wir geben uns aber auch Rechenschaft darüber, dass wir zum Abbau der Defizite weitere Sparmassnahmen werden beschliessen müssen. Es ist daher zu begrüssen, dass der Bundesrat an seiner gestrigen Sitzung die Forderung der Finanzkommission aufgenommen und weitere gezielte Einsparungen in verschiedenen Ausgabenbereichen im Umfang von jährlich rund 1,5 Milliarden Franken beschlossen hat. Zu Recht schliesst der Bundesrat nun auch weitere Einsparungen im Personalbereich nicht mehr aus.

In der Tat ist es angesichts der relativen Arbeitsplatzsicherheit durchaus zu verantworten, wenn beim Teuerungsausgleich für das Bundespersonal eine differenzierte Lösung angestrebt wird. 1 Prozent weniger Teuerungsausgleich ermöglicht eine Einsparung von rund 200 Millionen Franken. Dass dabei die untersten Einkommensklassen ausgenommen werden, erscheint uns selbstverständlich. Ein solcher Entscheid würde auch in den Kantonen, Gemeinden und in der Privatwirtschaft Signale dafür setzen, dass Solidaritätsleistungen in dieser aussergewöhnlichen Lage von allen erbracht werden müssen.

2. Der Uebergang zur Mehrwertsteuer: Die CVP-Fraktion verlangt weiterhin mit Nachdruck einen raschen Uebergang zur Mehrwertsteuer, die auch eine Besteuerung der Dienstleistungen ermöglicht. Nur mit der Mehrwertsteuer werden wir die Bundesfinanzen auf lange Sicht wieder ins Lot bringen können. Nur die Mehrwertsteuer wird es uns ermöglichen, die seit den siebziger Jahren real eingetretenen Einnahmenausfälle bei den Zöllen und teilweise auch bei der Warenumsatzsteuer zu kompensieren.

3. Zur kurzfristigen Beschaffung von Mehreinnahmen: Es ist uns bewusst, dass die Einführung der Mehrwertsteuer nicht vor 1996 vollzogen werden kann. Die CVP-Fraktion steht daher dazu, dass wir neben den Sparmassnahmen kurzfristig auch Mehreinnahmen beschaffen müssen, wenn wir die Finanzierung der dringendsten Bundesausgaben sicherstellen wollen. Kurzfristig realisierbar ist die bereits seit langem diskutierte Treibstoffzollerhöhung. Eine Benzinpreiserhöhung von 25 Rappen pro Liter ist vertretbar. Sie richtet sich nicht gegen den Automobilisten, auch nicht gegen das Gewerbe; im Gegenteil. Die Treibstoffzollerhöhung ist wohl die einzige Massnahme, die nicht investitionshemmend, sondern investitionsfördernd wirkt. Das werden sich auch die Automobilverbände und die Auto-Partei merken müssen. Mit höheren Benzinpreisen können wir den darniederliegenden Tiefbau vor allem in der Westschweiz – wie Herr Chevallaz darlegte – rasch ankurbeln und daran anschliessend einen Beitrag an die Finanzierung der vom Volk so klar beigeahnten Neat erbringen.

Ich rufe Sie daher auf: Sagen Sie ja zu den Sparmassnahmen, sagen Sie ja zu einem raschen Uebergang zur Mehrwertsteuer, sagen Sie ja zur Treibstoffzollerhöhung; sagen Sie damit ja zu einem Paket, das sozial verträglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Zu einem Paket, das unseren Bundeshaushalt wieder ins Lot bringen kann.

On. Cavadini Adriano: Il momento finanziario è difficile e quindi alle proposte del Consiglio federale credo si debba guardare con prudenza, ma anche con disponibilità.

Per quanto riguarda il Cantone Ticino ed in particolare il sopradazio sui carburanti, occorre considerare che, nel Cantone Ticino una grossa fetta di questi introiti provengono dai dazi sui carburanti pagati dai pendolari della benzina stranieri, i quali oggi hanno, calcolando un cambio di 978 Lire per un franco, un risparmio di 45, 50 centesimi al litro. Un aumento eccessivo di 25 centesimi, come vorrebbero i socialisti, come

vorrebbero i verdi, ridurrebbe drasticamente questo vantaggio, per cui alla fine il risultato complessivo delle entrate per la Confederazione potrebbe essere ancora inferiore alle previsioni. E non va dimenticato che il rischio esiste, perché da un vantaggio di 45, 50 centesimi odierno scenderemmo a 20, 25 centesimi, e se poi la Lira dovesse ancora indebolirsi, ecco che l'interesse degli stranieri a venire a fare il pieno in Svizzera e quindi a contribuire alle nostre finanze diminuirebbe considerevolmente.

Per questo, il gruppo radicale ed io personalmente, siamo – tutto sommato – d'accordo di sostenere la proposta di 20 centesimi di aumento, destinandone però 12,5 alla rete autostradale. 25 centesimi creerebbero questo rischio di vedere ancora diminuire l'afflusso e – in un Cantone periferico come il Ticino – dei problemi supplementari per le attività commerciali di frontiera che vivono anche di questo afflusso di persone attirate dalla benzina a buon mercato.

Sostengo però questa misura non facile, sicuramente non popolare, perché ritengo che uno sforzo maggiore da parte della Confederazione a livello delle spese potrebbe colpire ancora più duramente il nostro Cantone. Il Ticino riceve oggi circa 500 milioni di franchi dalla Confederazione, tra cui anche i soldi per gli investimenti delle strade nazionali. Ora, uno sforzo di risparmio con tagli drastici potrebbe far mancare alle casse dello Stato decine di milioni di franchi. Allora vi è da chiedersi se è preferibile questo sforzo più diffuso di 20 centesimi sui carburanti alle entrate che non misure più drastiche che poi arrischierebbero di colpire ancora più duramente determinate regioni della Svizzera e in particolare il mio Cantone.

Non dimentichiamo poi che, destinando una parte preponderante di questo aumento dei dazi e alle strade nazionali, si potrebbe finalmente avviare quel processo di risanamento contro i rumori dell'autostrada del Gottardo, i cui crediti sono stati stralciati lo scorso anno da questo Parlamento e che, però, rappresentano una necessità non solo per il traffico in generale, ma particolarmente per le zone del Cantone Ticino che sono attraversate da questa autostrada internazionale e che sono sempre più danneggiate dai rumori provocati dal forte traffico dell'autostrada.

In definitiva un sì, ma anche un invito alla Confederazione non soltanto a tagliare sulle spese di trasferimento, ma a cercare di fare uno sforzo di contenimento nel suo personale. Sono convinto che su 35 000 dipendenti della Confederazione uno sforzo che porti alla non-sostituzione automatica di tutti i partenti possa pure dare dei risultati. Il Cantone Ticino ha fatto questo esercizio dieci anni fa in un momento finanziario difficile; anche la Confederazione, come l'economia, deve fare uno sforzo maggiore in questa direzione e non trasferire soltanto degli oneri supplementari ai Cantoni e alle altre collettività.

Bonny, Berichterstatter: Es ist eine nicht ganz leichte Aufgabe, auf dieses Multipaket von Nichteintretens- und Rückweisungsanträgen einzugehen. Ich danke Ihnen für die engagierte Auseinandersetzung. Wir haben auch die Kritiken gebührend zur Kenntnis genommen. Ich möchte aber ehrlicherweise sagen, dass es ganz einfach nicht möglich ist, in dieser Sache und bei dieser dramatischen Ausgangslage ein Paket zu schnüren, das allen Partikularwünschen entspricht. Entscheidend ist nun, dass wir etwas machen und nicht noch mehr Zeit mit der Sanierung verlieren, denn Zeit kostet in diesem Falle Geld, und zwar Geld in Milliardenhöhe.

Ich möchte nun zu den einzelnen Anträgen Stellung nehmen. Ich beginne mit dem Ordnungsantrag von Herrn Ernst Leuenberger. Er hat beantragt, dass wir mit den Vorlagen D und Dbis über die Treibstoffzollerträge die Beratung anfangen und dann die übrigen Vorlagen (A bis H) der Reihe nach behandeln sollen.

Da der Antrag in der Kommission nicht vorlag, kann ich keine Kommissionsmehrheit vertreten und gebe deshalb mein persönliches Urteil ab. Ich möchte eindeutig empfehlen, diesen Ordnungsantrag abzulehnen. Herr Ernst Leuenberger, Sie haben sich kritisch an die Adresse der bürgerlichen Bundesratsparteien gewandt, diese bekämen schon bei einem Hüsteln der Auto-Partei Angst und würden deshalb zur Vorlage D eine Reihe von Anträgen stellen.

Ich habe keine Angst vor dem Hüsteln der Auto-Partei, Herr Ernst Leuenberger, aber ich habe Respekt vor dem Husten des Volkes. Hier müssen wir nun doch realistisch bleiben. Das Volk – ich glaube, in diesem Sinn sind auch die Entscheide vom letzten Sonntag zu interpretieren, die es im Zusammenhang mit der Parlamentsreform gefällt hat – will nun einmal sehen, wie in diesem Hause, im Parlament, im Bundesrat, in der Bundesverwaltung gespart wird. Hier würden wir zuhanden des Volkes psychologisch ein falsches Signal geben, wenn wir damit anfangen, noch mehr Ausgaben zu beschliessen. Die Ausgaben werden auch in der Reihenfolge, die uns der Bundesrat vorgeschlagen hat, drankommen.

Ich bin kein Prognostiker, aber ich möchte immerhin bekanntgeben, dass der Nichteintretensantrag zum Bundesgesetz D bloss drei Stimmen auf sich vereinigt hat. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass der Nichteintretensantrag auch hier im Plenum abgelehnt wird, so dass wir diese Treibstoffzollvorlage behandeln werden. Beim dringlichen Bundesbeschluss war ja der Entscheid wesentlich knapper. Dort fiel er mit 10 zu 9 Stimmen aus.

Ich möchte Sie bitten, hier nicht mit einem taktischen Finassieren zu beginnen. Wir wollen ehrlich handeln. Ich fände es bedauerlich, wenn wir jetzt mit einer langen Debatte über die Reihenfolge der zu behandelnden Vorlagen Zeit verlieren würden. Die Debatte wird auch so – bei Ablehnung des Ordnungsantrages – lange dauern.

Zum Antrag Spielmann: Herr Spielmann hat ja bekanntlich Nichteintretens auf das ganze Paket beantragt. Wenn ich als Jurist formalistisch wäre, würde ich mich fragen, ob Ihr Antrag überhaupt zulässig sei. Ich darf daran erinnern, dass wir bei Eurolex einen andern Weg eingeschlagen haben. Aber lassen wir das beiseite.

Herr Spielmann hat vor allem für eine «politique de stabilité» plädiert. Das ist sehr schön, aber Tatsache ist doch – ich glaube, in diesem Punkt besteht Einigkeit in diesem Saal –, dass unser Finanzschiff auf falschem Kurs ist. Und wenn Sie den falschen Kurs eines Schiffes stabilisieren, dann kommt es, Herr Spielmann, nicht gut heraus. Dann geraten wir in ein «deficit spending», und das würde bedeuten, dass wir innert weniger Jahren bei einer Verschuldung von 90 Milliarden Franken – dem Doppelten von dem, was wir heute haben – landen würden.

Ich habe einfach Mühe zu begreifen, dass gerade von Ihrer Seite – der Sie doch ein Vertreter der kleinen Leute, der kleinen Einkommen, der sozialen Anliegen sein wollen – eine Politik verfolgt wird, die letzten Endes zwangsläufig dazu führt, dass die Inflation über das «deficit spending» der öffentlichen Hand massiv angeheizt wird, dass das Zinsgefüge ins Wanken kommt (höhere Kapitalzinsen) und dass letzten Endes unsere Währung, der Schweizerfranken, beeinträchtigt wird. Herr Spielmann, die Zeche für eine solche Politik werden in erster Linie die Arbeitnehmer mit kleineren Einkommen bezahlen müssen. Deshalb halte ich das für keine gute Politik.

Vielleicht noch ein Wort an die Adresse von Herrn Deiss. Er hat ein sehr kritisches, argumentatives Votum abgegeben. Ich habe gut zugehört. Ich muss Ihnen nur eines sagen: Ihr Votum ist in die kritische Frage ausgemündet, ob am Schluss noch einmal die Staatsquote erhöht würde. Eines ist für mich sicher: Wenn wir nein zu diesem Sanierungspaket sagen, dann wird eine Politik verfolgt, bei der die Staatsquote noch höher wird. Das ist die Alternative; die möchten wir alle zusammen nicht wählen.

Entscheidend bei diesem Sanierungspaket ist – das müssen wir bei der Frage des Eintretens berücksichtigen –: Wir stellen heute die Weichen für die Zukunft. Das haben die Kollegen Jaeger und Züger in ihren Voten klar aufgezeigt. Das sind die Tatsachen; an ihnen führt nichts vorbei.

Ich habe etwas Mühe. Es ist zwar Ihr gutes Recht, Einzelanträge zu stellen, aber genauso, wie ich das gestern bei der Verwaltung kritisiert habe, scheint mir auch hier in der Vielzahl der Einzelanträge ein Mangel an finanzpolitischer Gesamtsicht zum Ausdruck zu kommen.

Es nützt uns nichts, wenn wir von der Kommission und vom Bundesrat aus dieses Sanierungspaket verteidigen, es nützt nichts, dass es zig Voten gab, die mit dem schönen Bekenn-

nis anfingen: «Ja, wir sind für Eintreten, wir sind für dieses Sanierungspaket, aber» Mit dem «Aber» wird dann das Verfolgen einer ganzen Reihe von Partikularinteressen eingeleitet. Ich muss sagen, das Schwergewicht liegt nicht so sehr beim Ja, sondern beim Aber. So erreichen wir das nötige Resultat eben nicht. Hier liegt der Hund begraben, hier gilt es Farbe zu bekennen.

Noch eine letzte Ueberlegung: Dieses Sanierungspaket ist nur die erste Etappe in der Sanierung der Bundesfinanzen. Wenn wir jetzt versagen – ich sage bewusst: versagen –, nicht nur beim Eintreten, sondern auch durch eine weiche Haltung gegenüber den Abänderungsanträgen, brauchen wir eigentlich die weiteren Etappen gar nicht mehr in Angriff zu nehmen: Wir haben die Partie verloren. Die Schweiz bewegt sich dann von einem finanziell an sich immer noch gesunden Land schnurstracks in eine andere Richtung, so dass sie sich kaum mehr von den völlig überschuldeten Ländern, wie wir sie heute in Europa und in der Dritten Welt kennen, unterscheidet.

Ich bitte Sie im Sinne der klaren Mehrheit der Kommission – es lag kein Nichteintretensantrag vor, sondern nur ein Rückweisungsantrag –, den Antrag Spielmann abzulehnen.

Zum Rückweisungsantrag der Minderheit Dreher: Der Antrag wurde in der Kommission mit 22 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Herr Dreher verlangt ja, dass die Sanierung nur über Einsparungen erreicht werde. Dabei müssen Sie folgendes bedenken: Diese Einsparungen hätten von einem Ausgabentotal von 20 Milliarden Franken auszugehen, was letzten Endes dazu führen würde, dass man mit Kürzungssätzen von 20 Prozent operieren müsste, wollte man linear vorgehen. Dies würde meines Erachtens dazu führen, dass der politische Konsens gefährdet wäre, der in diesem Rat mehrheitlich vorhanden ist; und zwar wollen wir doch mehrheitlich ein Sanierungspaket mit Schwergewicht auf den Einsparungen präsentieren, aber auch im Bewusstsein, dass es eine Finanzierungslücke von mehreren Milliarden Franken gibt, die wir eben durch gezielte Erhöhungen der Einnahmequellen schliessen müssen.

Herr Dreher, eines ist ganz sicher: Eine Rückweisung mit dem Auftrag, eine neue Vorlage auszuarbeiten, brauchte sehr viel Zeit und hätte zur Folge, dass – wie ich bereits angetönt habe – nochmals auf dem bisherigen Kurs weitergefahren würde, mit der Konsequenz, dass man weiterer Milliarden Franken verlustig gehen würde.

Gestern habe ich den Bundesrat ziemlich hart kritisiert und gesagt, er habe in der Finanzpolitik zu wenig geführt. Heute möchte ich dem Bundesrat für die Beschlüsse, die er gestern gefasst hat, ein Kompliment machen. Ich möchte mich noch nicht im einzelnen festlegen, aber ich habe das Gefühl, dass gestern im Bundesrat bezüglich der Finanzpolitik so etwas wie ein Tauwetter stattgefunden hat.

Zu den einzelnen Nichteintretensanträgen. Treibstoffzoll: Hier nehme ich nur die Vorlage D dran, da die Dringlichkeit in der Detailberatung zu behandeln sein wird. An einer Erhöhung der Treibstoffzölle hat wohl niemand Freude. Wir waren in der Kommission auch nicht begeistert; trotzdem haben wir dem Prinzip zugestimmt, im Wissen darum, dass der Bundeshaushalt, wenn wir diese Quelle nicht erschliessen, innert kurzem in noch grössere Schwierigkeiten geraten wird. Im Wissen auch, dass vor allem die Gelder – da muss ich mich auch an die Vertreter der Landwirtschaft richten – nicht bereitstehen werden, die wir beispielsweise brauchen, um im Rahmen der Behandlung des Landwirtschaftsgesetzes abgegebene Versprechen – ich denke an die Direktzahlungen – zu erfüllen.

Schon aus diesem Grund ist ein Nichteintreten auf die Vorlage D nicht zu verantworten. Ich bin der Meinung, dass man nicht dramatisieren sollte. Tatsache ist, dass der Grundzoll seit 1936, seit mehr als 50 Jahren, nicht verändert wurde. Später kam allerdings der Treibstoffzollzuschlag dazu. Aber in der Botschaft wird richtigerweise ausgeführt, dass die Fiskalbelastung auf dem Treibstoff, verglichen mit 1936, real um rund die Hälfte zurückgegangen ist. Wir sehen das auch im Vergleich mit unseren Nachbarstaaten: Zurzeit, nach der Abwertung der Lira, ist beispielsweise das unverbleite Benzin bei Tessiner Tankstellen im Vergleich mit grenznahen italienischen Tankstellen 58 Rappen pro Liter billiger, das Super-Benzin 38 Rap-

pen. In Genf ist ebenfalls ein sehr deutlicher, wenn auch kleiner Unterschied zu Frankreich festzustellen: Er bewegt sich um die 25 bis 28 Rappen.

Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, es dürfe nicht übermacht werden. Wir dürfen keine Phantasie-Erhöhungen vorschlagen, die dann vom Volk nicht akzeptiert werden. Aber ich glaube, dass man dem Volk mit vernünftiger Argumentation verständlich machen kann, dass eine gewisse Heraufsetzung des Benzinpreises nötig und möglich ist.

Ich bitte Sie daher, die verschiedenen Anträge auf Nichteintreten auf die Treibstoffzollvorlage abzulehnen.

Zum Entwurf zum Nationalbankgesetz liegt ein Nichteintretensantrag von Herrn Eggly vor. Ich hatte Mühe mit diesem Antrag, vor allem mit dessen Begründung. Die Begründung lief eindeutig darauf hinaus, den Verteiler zu kritisieren. Herr Eggly hat nicht das Prinzip einer Abschöpfung kritisiert, sondern den Verteiler. Lieber Herr Eggly, Sie haben nicht – wie sonst üblich – die europäische Brille auf der Nase, nicht einmal die schweizerische, sondern Sie tragen in diesem Moment die Genfer Brille. Für einmal haben wir die Rollen getauscht!

Ich würde doch meinen, dass wir den Grundgedanken dieser Vorlage – die für mich einen ganz wesentlichen Baustein in diesem Sanierungspaket darstellt – berücksichtigen müssen: Wir brauchen diese 400 bis 600 Millionen Franken zur Verteilung, weil die Kantone durch unser Sanierungspaket zum Teil betroffen werden, das kann nicht bestritten werden. Die Grundidee ist, dass sie nicht durch dieses Sanierungspaket gleichsam zu Opfern der ganzen Uebung werden.

Die zweite Ueberlegung – vor allem dort hat Herr Eggly ange setzt – ist die Frage der Verteilung zwischen finanzstarken und -schwachen Kantonen: Tatsache ist, dass wir einen Finanzausgleich haben, dass im Rahmen dieses Finanzausgleiches die schwächeren Kantone mehr Subventionen bekommen – das ist Solidarität. Wenn Sie nun linear um 10 Prozent kürzen, führt das dazu, dass wir die finanzschwachen Kantone mehr schwächen als die finanzstarken. Das ist für mich nicht Politik, sondern Mathematik.

Wie wir die «Laubsägerei» durchführen, können wir in der Detailberatung noch besprechen. Aber das Prinzip, das dieser Vorlage E (Nationalbankgesetz) zugrunde liegt, ist richtig. Das ist mit ein Grund dafür, warum die Kommission stillschweigend darauf eingetreten ist.

Zur Spielbankenvorlage (F): Auch hier liegen mehrere Nichteintretensanträge vor. In der Kommission wurde mit 17 zu 3 Stimmen Eintreten beschlossen.

Dieser Bundesbeschluss liegt etwas speziell in diesem Paket. Zuerst einmal braucht er eine Verfassungsänderung; wegen der Verfassungsänderung kommt es zu einem obligatorischen Referendum, und das braucht Zeit: Er wird also im Gegensatz zu den anderen Vorlagen erst ungefähr 1996 wirksam. Auch die finanziellen Auswirkungen sind nicht so sicher. Man nimmt an, dass von den 200 Millionen Franken etwa 150 Millionen in die Finanzierung der AHV fließen würden. Das ist ein positiver Aspekt. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die heutige Regelung auf Verfassungsstufe mit den berühmten 5 Franken nicht gerade das Gelbe vom Ei ist. Man hat einmal von 2 auf 5 Franken erhöht. Dass die Tourismuskreise da eine gewisse Chance für sich sehen, ist absolut legitim. Wie weit moralische Ueberlegungen hineinspielen, ist eine offene Frage.

Ich persönlich – ich sage dies nicht im Namen der Kommission – war von verschiedenen kritischen Voten, die in diesem Zusammenhang abgegeben wurden, beeindruckt. Es war auch nicht glücklich – das ist unbestritten –, dass wir bei den Beratungen in der Kommission nicht über den Bericht Huber, der heute sehr stark verrissen wurde, verfügten. Herr Gygi, Direktor der Finanzverwaltung, trug damals auf Wunsch der Kommission die betreffenden Ausschnitte über die Problematik der Geldwäscherei im Zusammenhang mit den Spielkasinos vor.

Nachträglich hat sich herausgestellt, dass die Formulierung bezüglich der Spielautomaten nicht zutreffend ist. Ich bin froh, dass Herr Seiler Hanspeter diesbezüglich einen Antrag gestellt hat. Es gibt auch Probleme mit der Uebersetzung: Der italienische Text stimmt überhaupt nicht; der französische Text

kommt der Realität am nächsten; beim deutschen Text muss der Begriff des «Unterhaltungsspielautomaten» überprüft werden.

Aber, wie gesagt, es wird an Ihnen sein, zu entscheiden, ob Sie diesen Spielbankenbeschluss wollen oder nicht. Im Rahmen der Kommission war die Meinung ziemlich klar dafür.

Als zweitletzter Punkt die Frage der Ausgabenbremse: Hier liegt ein Minderheitsantrag auf Nichteintreten vor, vertreten von Frau Leemann.

Ich habe gestern in meinem ersten Votum schon gesagt, dass die Ausgabenbremse keine ideale Lösung ist. Da sind wir uns alle einig. Es wäre viel schöner, wenn wir ein Parlament hätten, bei dem die verschiedenen «Unfälle» nicht vorkommen und bei dem es vor allem – das scheint mir wichtig zu sein – nicht vorkommt, dass bei sehr schlechter Besetzung sehr weittragende finanzielle Beschlüsse gefasst werden.

Der Entscheid fiel in der Kommission mit 12 zu 10 Stimmen. Ich bin mit der Mehrheit der Kommission für diese Ausgabenbremse – ich habe sie gestern als eine institutionalisierte Selbstdisziplinierung des Parlaments bezeichnet –, obschon die Bedenken gegen die Ausgabenbremse nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sind.

Eines muss ich allerdings richtigstellen. Frau Leemann, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Lösung 1974 nicht funktioniert hat. Das ist eine Tatsache. Aber das Modell von 1974 war nicht das gleiche wie das heutige. Das Modell von 1974 war äusserst schwierig, weil eine Ausgabenbremse erst auf Antrag der vorberatenden Kommission oder der Finanzkommission oder eines Viertels des Rates zustande kommen konnte. Das hat natürlich die Sache ausserordentlich erschwert, vor allem noch im Zweikammersystem. So konnte es nicht gut kommen. Die heutige Lösung ist anders. Sie ist viel griffiger und einfacher.

Der Vorteil der Ausgabenbremse liegt meines Erachtens im Präventiven. Jeder Parlamentarier oder jede Fraktion ist sich – schon bevor er oder sie Anträge vorlegt – der Hürde des qualifizierten Mehrs bewusst. Dieses ist eigentlich ein Instrument, das die finanzpolitische Gesamtverantwortung fördert. Wenn ich die Flut von Einzelanträgen sehe, bin ich nicht ganz sicher, ob auch in dieser schwierigen Situation bei uns im Rate eine finanzpolitische Gesamtverantwortung vorhanden ist.

Der Minderheitsantrag Leemann bezieht sich auf einen Bundesbeschluss H, der neu in dieses Sparpaket aufgenommen werden soll. In der Kommission haben wir den Antrag mit 9 zu 8 Stimmen knapp abgelehnt.

Wir müssen aufpassen, dass wir das Militärdepartement nicht zum Prügelknaben der ganzen Sparpolitik machen. Das wäre allzu einfach. Ich darf daran erinnern, dass das nominelle Wachstum der EMD-Ausgaben in der Zeit von 1991 bis 1995 bei 1,4 Prozent liegt. Das bedeutet effektiv eine reale Reduktion um 2 bis 4 Prozent, je nachdem, wie der Teuerungsstand war bzw. sein wird.

Bei den Rüstungsausgaben – sie sind bei 2,7 Milliarden Franken plafonierte; die Minderheit schlägt 2,3 Milliarden Franken vor – hat ein Abbau von 20 Prozent stattgefunden. Erwähnen Sie das neue Flugzeug nicht mehr! Das ist ja eingebaut und wird intern im Rahmen der Rüstungsausgaben kompensiert. Ich bitte Sie also, auch hier der Mehrheit der Kommission zu folgen und den Minderheitsantrag Leemann für einen neuen Bundesbeschluss H abzulehnen.

M. Borel François, rapporteur: Dans la motion d'ordre de M. Leuenberger Ernst, il s'agit de savoir dans quel ordre nous devons prendre les différentes propositions qui vous sont faites. Je pense que nous continuerons demain, jusque tard dans la nuit, et j'espère que jeudi à l'aube nous en aurons terminé avec ce paquet. L'ordre dans lequel nous devons prendre les objets n'est pas très important, il s'agit plutôt de garder tout le contexte dans la tête, c'est-à-dire à la fois les aspects dépenses et les aspects recettes, chacun de nos votes étant influencé par ces deux aspects. La commission n'ayant bien sûr n'a pas pu prendre position sur cette motion d'ordre de M. Leuenberger, c'est à vous de décider de la manière dont vous voulez organiser vos travaux.

Concernant les propositions générales de renvoi et de non-

entrée en matière, M. Spielmann propose de refuser l'ensemble. On peut comprendre son point de vue lorsqu'il parle de véritables réformes de fond et de structures, ce qu'il souhaite. En un sens, je vous comprends, Monsieur Spielmann. Mais dans un autre sens, je me demande si vous n'oubliez pas dans quel Parlement vous siégez. Etes-vous sûr que les réformes de fond et de structures que vous souhaitez vont être votées par ce Parlement? Je me demande si votre intéressante intervention ne risque pas d'aboutir au contraire de ce que vous souhaiteriez.

M. Dreher veut renvoyer le tout en commission, de manière à augmenter encore les économies, et refuser toute augmentation de recettes. Tout d'abord, renvoyer le projet en commission, Monsieur Dreher, ce serait perdre du temps en décembre, parce qu'au moment du budget 1993 nous devrions refaire une partie de l'opération. Ce serait aussi perdre beaucoup d'argent, car, chaque année, tant et aussi longtemps que ce paquet de mesures n'entrera pas en vigueur, nous perdrons des milliards.

Refuser de nouvelles recettes fiscales, c'est oublier que la pression fiscale sur les citoyens a baissé ces dernières années, modérément, mais baissé malgré tout. De plus, renvoyer le tout en commission en demandant encore plus d'économies, mais sans présenter de propositions concrètes d'économies, manque de crédibilité, raison pour laquelle votre commission vous recommande de repousser la proposition de renvoi Dreher.

En ce qui concerne les mesures d'économie, il faut tout d'abord relever le fait que, contrairement aux autres objets, il n'y a pas de proposition de non-entrée en matière, ce qui signifie que, dans ce Parlement, tout le monde est d'accord pour économiser. Beaucoup admettent le principe d'économiser, mais refusent de le faire ici ou là. Le nombre de propositions déposées – je vous montre le début de la liste: 10 h 35, 11 h 40, 12 h 25, 18 h 35, 20 h 35, etc. – prouve bien que ces mesures font mal un peu partout; ce qui signifie aussi qu'un effort général est demandé à tous les secteurs. C'est pour cette raison que la commission vous recommande d'entrer en matière sur toutes ces mesures d'assainissement et de refuser toutes les propositions d'amendement.

Nous signalons en passant que, concernant ces mesures d'économie, une foultitude de propositions sont faites pour renoncer à telle ou telle. Il n'y en a que deux, figurant d'ailleurs sur le dépliant, qui vont dans le sens contraire et qui proposent des économies supplémentaires. Selon l'image que M. Dreher a donnée, il y a trop de gras, on peut en éliminer. En matière de diététique, on rencontre beaucoup de gens qui admettent comme moi que l'on peut éliminer un peu de gras, alors qu'en matière de politique, c'est toujours les autres qui ont trop de gras, jamais soi-même, jamais le secteur qui nous intéresse. Dans ce cas-là, on considère que l'on est juste au niveau suffisant et que toute coupure supplémentaire rendrait la mesure insupportable.

Je vous encourage donc, dans ce paquet de trois lois concernant les économies, à jouer au jeu «Je te tiens, tu me tiens par la barbichette», mais en sachant que le premier qui gagnera fera échouer tout le paquet. Je vous prie donc de voter contre toute proposition supprimant une économie dans tel ou tel secteur; il est normal que tous les secteurs participent à cet effort d'économie.

Des interventions concernant la proposition de non-entrée en matière sur l'augmentation des droits sur l'essence m'ont donné l'impression d'être l'expression typique d'un certain égoïsme. Certains ont dit: «Pourquoi ne pas payer un peu plus d'impôts? D'accord de payer un franc, mais en retour nous voulons des prestations et si possible des prestations qui ne valent pas 1 franc, mais au minimum 1,20 franc.» On fait semblant, parmi ceux qui refusent d'entrer en matière, d'oublier que certains impôts ne permettent pas de payer spécifiquement une prestation, mais qu'il y a des tâches générales qui sont dans l'intérêt général de notre société et qui doivent aussi trouver leur source de financement.

Il est facile de se prétendre défenseur des automobilistes. Nous sommes tous des défenseurs des automobilistes. D'ailleurs, nous sommes tous des automobilistes. Certes, mes en-

fants n'en sont pas, ils ne font que voyager dans ma voiture. Un certain nombre d'autres personnes, quelques personnes âgées, ne voyagent que dans les voitures des autres, mais si cet impôt ou cette augmentation d'impôt soulève autant de vagues – les médias parlent du plat de résistance de tout notre projet – s'il est impopulaire, c'est bien parce qu'il concerne beaucoup de monde, presque tout le monde. Je crois qu'il faut avoir le courage d'affirmer que parfois nous ne pouvons pas nous limiter à augmenter un impôt qui touche spécifiquement un tout petit secteur, mais que pour certaines tâches essentielles de l'Etat, nous sommes obligés de prélever des impôts qui touchent à peu près tout le monde.

Une très large majorité de votre commission vous propose d'entrer en matière et, pour entrer un tout petit peu dans la question de détail, de voter 20 centimes d'augmentation. Pourquoi? Parce que nous estimons que ces 20 centimes sont acceptables comparés aux prix payés à l'étranger. Dans les régions frontalières, en comparant les prix de l'essence sans plomb – soyons écologiques – on constatera qu'après ces 20 centimes d'augmentation l'essence sera à Bâle encore 6 centimes meilleur marché, à Kreuzlingen 10 centimes meilleur marché, au Tessin 38 centimes meilleur marché et à Genève 18 centimes meilleur marché que de l'autre côté de la frontière. Ce sont des chiffres qui datent de cette semaine, qui tiennent donc compte de la dévaluation de la lire et de la légère augmentation du franc par rapport à l'ECU. Cette augmentation est donc supportable par rapport aux prix pratiqués à l'étranger, mais aussi parce que, si en dix ans l'indice de l'essence est descendu de 100 à 85, les voitures elles, M. Frey Walter doit le savoir, de l'indice 100 ont passé à l'indice 127. Il ne faut pas oublier que, dans les dépenses des automobilistes, le 70 à 80 pour cent concerne la voiture elle-même et les frais de garage, le 20 ou 30 pour cent restant étant le carburant. La grosse augmentation est due à l'achat de voitures beaucoup plus chères qu'auparavant. Concernant justement cette proportion, on peut dire que les frais globaux, d'un automobiliste ayant une voiture d'une valeur de 20 000 francs et roulant 20 000 kilomètres par année, seront augmentés de 4 pour cent si nous augmentons de 20 centimes le prix de l'essence. Nous vous invitons donc à entrer en matière sur cet arrêté D. L'arrêté E est combattu par M. Eggly, qui veut en rester à une méthode un peu désuète de répartition entre cantons: la répartition par rapport au nombre d'habitants. Je comprends, Monsieur Eggly, pourquoi vous ne proposez pas une répartition selon les kilomètres carrés. Évidemment que le canton de Genève aurait à ce moment-là quelques problèmes à accepter cette proposition. M. Eggly a parlé des problèmes régionaux, c'est vrai que le canton de Genève assume un certain nombre de problèmes pour l'ensemble de la région. Sur le plan fiscal, il a eu un accord avec la France pour régler les problèmes frontaliers; il l'a négocié avec la France et j'avais cru comprendre à l'époque qu'il était satisfait du résultat des négociations. Si le canton de Genève n'est plus satisfait, peut-être doit-il s'en prendre aux anciens négociateurs et réouvrir les négociations. L'autre voisin, le canton de Vaud, peut aussi être éventuellement consulté pour voir s'il serait disposé à prendre en charge sa part. Je crois que les problèmes régionaux doivent être réglés au niveau régional.

M. Eggly a dit qu'il ne voulait pas remettre en cause la solidarité. Il espère en tout cas pouvoir compter sur la solidarité au sein de ce conseil des cantons de Zoug, Zurich, Bâle et Argovie. M. Eggly remet néanmoins en cause, par sa proposition, la solidarité entre les cantons. Cette mesure a pour objectif de rendre neutre pour les cantons l'ensemble du paquet. Or, une importante mesure est la réduction linéaire de 10 pour cent des subventions. Les cantons financièrement faibles sont évidemment, puisqu'ils touchent plus de subventions, plus fortement touchés que les cantons forts parce que cette réduction est linéaire.

Il convient donc, dans l'aspect correction de cet impact sur les cantons, de tenir également compte de la capacité financière des cantons, sinon des cantons comme Genève, financièrement forts, profiteraient des mesures d'assainissement des finances fédérales, alors que des cantons financièrement faibles verraienr leur situation encore aggravée. Il est vrai que les

cantons riches comme les pauvres rencontrent à l'heure actuelle des difficultés. Malgré tout, personne ne peut nier que les cantons dits financièrement forts ont des potentialités économiques qui devraient leur permettre, à long terme, de tenir le coup mieux que certains autres cantons.

Enfin, la proposition de M. Eggly permettrait au canton de Genève d'obtenir 11 millions supplémentaires. Ce canton se débat avec un déficit de l'ordre du demi-milliard; ce n'est pas ces 11 millions qui résoudront l'ensemble des problèmes. Par contre, nous risquons, pour un plat de lentilles de 11 millions, de renoncer au principe important de la solidarité entre les cantons. Je vous recommande, au nom de la commission, d'entrer en matière sur l'arrêté E.

En ce qui concerne l'arrêté G, instituant un frein aux dépenses, une minorité propose de refuser cette castration volontaire du Parlement. La majorité estime que ce n'est qu'un transfert partiel de compétences au Conseil fédéral. Et le Parlement est autorisé à transférer à qui il veut les compétences dont il dispose, surtout s'il se méfie de lui-même. Or, le Parlement a certaines raisons de se méfier de lui-même dans sa capacité de modérer sa propension à dépenser. D'autre part, la commission est non seulement entrée en matière, mais a encore limité ce frein aux dépenses à cinq ans, ce qui devrait ôter certaines hésitations à plusieurs députés. Nous vous recommandons d'entrer en matière sur l'arrêté G.

Les propositions concernant le Département militaire fédéral sont contenues dans l'arrêté H. Mme Leemann, par sa suggestion modérée de réduire de 2,7 à 2,3 milliards les crédits d'armement, a ébranlé la commission, puisqu'elle s'est prononcée par 9 non et 8 oui et un bon nombre d'abstentions.

Cependant, la majorité de la commission vous recommande de refuser cet arrêté H, tout d'abord, parce que – et cela est très clairement mentionné dans le message du Conseil fédéral – en usant de ses propres compétences, le gouvernement a, par rapport à la planification antérieure, réduit de 20 pour cent le budget de l'armement. Votre commission estime donc que ces 20 pour cent sont suffisants dans une première étape et qu'ils figurent dans ce paquet, même si cela est de la compétence du Conseil fédéral, ce qui ne signifie pas, et de loin, que, dans le milliard exigé dans le cadre de la motion, le Département militaire fédéral devrait être exempté d'un effort supplémentaire.

Un certain nombre de commissaires ont clairement fait savoir en séance qu'ils refusaient la proposition de Mme Leemann, mais que, par contre, il fallait mentionner explicitement, dans la motion de la commission réclamant un milliard d'économies supplémentaire, que cette somme devait toucher tous les départements, donc aussi le Département militaire fédéral. La réponse du Conseil fédéral à cette motion nous indiquera évidemment le sort qui sera fait à ce pauvre DMF!

J'en viens maintenant à la proposition concernant les casinos, qui a une portée un peu différente puisque le peuple sera obligatoirement amené à se prononcer sur cet objet. Est-il moral de jouer dans les casinos? Est-il moral, de plus, que l'Etat préleve des impôts sur ces activités éventuellement immorales? J'aurais envie d'ajouter: est-il moral de charger un calviniste neuchâtelois de défendre un tel dossier? Mais ce rapporteur calviniste se rappelle aussi qu'il vient d'un canton où la séparation entre l'Eglise et l'Etat est absolue. Il me paraît juste de relever que l'Etat n'a pas à dicter sa morale aux citoyens. Dès lors, la plupart des arguments avancés contre l'entrée en matière, émanant de MM. Scherrer Jürg, Aguet, Jäggi Paul, Hafner Rudolf, Zwygart tombent d'eux-mêmes. Nous n'avons pas, ici, à faire de la morale.

Votre commission a tenu compte du vote du mois de janvier. En effet, nous nous sommes prononcés sur une motion Cotti et, par presque deux voix contre une, nous avons décidé du principe. Et maintenant il s'agit d'introduire ce principe à l'échelon constitutionnel.

M. Bonny l'a dit, dans le détail il y a des questions de traduction et on pourrait peut-être apporter un certain nombre d'améliorations de détail à l'article constitutionnel lui-même. Nous laisserons au Conseil fédéral la responsabilité de défendre cet article dans le détail, mais sur le principe la commission n'a pu que constater le vote du mois de janvier de notre

Parlement et elle a considéré qu'il ne fallait pas revenir en arrière quelques mois plus tard.

Cet article constitutionnel nécessitera l'élaboration d'une loi et tous les dangers, que voient un certain nombre d'orateurs dans l'application de détail après l'installation de ces casinos en Suisse, pourront être écoutés par cette loi.

Il manquait une proposition, je la fais. Puisqu'il s'agit de casinos, nous pourrions utiliser une pièce – c'est une pièce de cinq francs, je vous garantis, Monsieur Scherrer, c'est donc autorisé en Suisse – et jouer le sort des casinos à pile ou face. Il paraît que ce n'est pas une proposition compatible avec notre règlement. J'y renoncerai donc et vous engage à entrer en matière également sur cette proposition à l'arrêté F.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

M. Spielmann: Je voudrais très brièvement rectifier ce que disait M. Bonny, rapporteur, lorsqu'il interprétait tout à l'heure que je préconise une politique de stabilité dans le déficit. Il ne s'agit bien évidemment pas du tout de cela. Lorsque j'ai parlé de politique de stabilité, c'était au niveau conjoncturel. Je considère que ces arrêtés arrivent à un mauvais moment parce qu'ils relancent l'inflation alors qu'il faudrait la freiner, parce qu'ils freinent les investissements alors qu'il faudrait les relancer, que l'ensemble de ce paquet contient tous les ingrédients d'une mauvaise politique conjoncturelle et financière et que, plus tard, nous paierons beaucoup plus cher les quelques économies que nous pourrions faire aujourd'hui. Enfin, cette politique est désastreuse parce qu'elle ne s'attaque pas au fond du problème et ne tient pas compte de la nécessaire restructuration de l'Etat.

Tels sont les arguments que j'avais développés, une rectification était nécessaire.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

M. Aguet: M. le rapporteur de langue française vient de prétendre que j'avais défendu des thèses selon lesquelles il n'était pas moral d'aller jouer au casino et que, de surcroît, les autorités devaient intervenir dans ce sens. C'est faux, car j'ai appuyé M. Cotti, en disant que je n'avais pas à juger si c'était un péché ou non d'aller jouer au casino, et j'ai dit que ma conception de la liberté individuelle «ne nous permet pas de juger s'il est moral ou non d'aller jouer son argent dans les casinos». Il ne faut pas prétendre le contraire. Par contre, et c'est cela qui est important, les autorités ont la responsabilité de faire en sorte qu'il y ait un minimum d'éthique dans les lois édictées ainsi que dans l'organisation et le développement des activités humaines. Il ne s'agit pas d'encourager ce qui n'est pas bon pour l'ensemble de la population.

Bundesrat Stich: Finanzminister zu sein ist nicht immer einfach. In früheren Jahrhunderten war das noch gefährlicher, und damals hatte man auch noch relativ einfache Methoden. Man hat die Finanzminister entweder gevierteilt, gehängt oder geköpft. Das geht wahrscheinlich auf eine Tradition in der Antike zurück, wonach man den Ueberbringer schlechter Nachrichten hinrichtete.

Aber ich kann Ihnen eines versichern: Auch mit der Hinrichtung eines Finanzministers hat man nie erreicht, dass der Haushalt saniert worden ist oder dass der Staat besser dagestanden wäre. Es wäre eine Illusion, das anzunehmen.

Heute sind die Sitten etwas feiner. Schliesslich leben wir ja im Zeitalter der Menschenrechte. Da ist es dann einzelnen Journalisten, einzelnen Verlegern und einzelnen Parlamentariern vorbehalten, den Finanzminister zu kritisieren.

Das ist das gute Recht eines jeden. Es hat gegenüber den früheren Methoden immerhin einen grossen Vorteil: Der Finanzminister überlebt dabei, und er kann Ihnen weiterhin schlechte Nachrichten überbringen.

Aber bevor ich zu den schlechten Nachrichten komme, möchte ich Herrn Scherrer Jürg trösten. Er hat gestern kritisiert, dass ich nicht aufmerksam gewesen sei. Herr Scherrer Jürg, wenn ich etwas hören will, dann höre ich es schon. (Heiterkeit)

Aber ich möchte Ihnen sagen, ich habe auch gehört, dass Sie von der Bundesverfassung gesprochen haben. Das muss ich nicht zusätzlich aufnehmen. Ich kenne die Bundesverfassung; ich kenne den Artikel 36ter. Aber ich möchte Ihnen doch empfehlen, in der Verfassung einmal bis zum Artikel 42bis weiterzulesen. Dort steht auch etwas Interessantes, das vielleicht auch hier von Bedeutung ist: Artikel 42bis verlangt nämlich vom Bund, dass er das Defizit abbaut.

Zu den schlechten Nachrichten: Dieses Sanierungsprogramm haben wir vor einem Jahr gemacht. Damals waren die Aussichten nicht ganz so schlecht wie heute. Heute sind sie bedeutend schlechter. Sie wissen: Wir haben Ihnen einen Vorschlag mit 2,5 Milliarden Franken Defizit vorgelegt. Das ist der Vorschlag des Bundesrates. Sie haben die Möglichkeit, diesen Vorschlag zu verschlechtern. Wenn Sie beim Benzinoll der Dringlichkeit nicht zustimmen, bedeutet das für das Defizit plus 0,8 Milliarden Franken, also 800 Millionen mehr. Das ergibt dann bereits ein Defizit von 3,3 Milliarden Franken. Man kann annehmen, der Finanzminister würde in einem solchen Fall dem Bundesrat vorschlagen, die Strassenausgaben entsprechend zu kürzen. Ob das in der heutigen Zeit sinnvoll ist oder nicht, ist dann eine ganz andere Frage. Diese müssen Sie beantworten, wenn Sie über die Frage der Dringlichkeit entscheiden. Wenn Sie diese gewähren, können wir vielleicht auf ein Defizit von 3 Milliarden Franken kommen.

Sie wissen auch, dass die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz gestiegen ist. Die schlechte Nachricht: Bis Ende November 1992 ist der Fonds für die Arbeitslosenversicherung erschöpft. Er war 1990 auf dem Stand von 2,4 Milliarden Franken, Ende 1991 auf dem Stand von 2 Milliarden. Im Moment geben wir pro Monat etwa 300 Millionen Franken für Arbeitslosenunterstützung aus. Das bedeutet, dass der Fonds im November erschöpft ist. Auch wenn auf den 1. Januar 1993 die Arbeitslosenversicherungsprämien erhöht werden, werden wir bis im März trotzdem 1 Milliarde Franken brauchen.

Die Kantone wissen dabei noch nichts von ihrem Glück. Aber nach Gesetz müssen sie dazu die Hälfte, nämlich 500 Millionen, beitragen. Ob sie das können, ob sie das in ihren Vorschlägen vorgesehen haben? Ich nehme es nicht an. Auf jeden Fall wird der Bund das Geld vorschreiben müssen, d. h., wir werden im nächsten Jahr nicht ein Defizit von 3 Milliarden Franken, sondern ein Defizit von 3,5 bis 4 Milliarden Franken haben.

Das ist aber nicht das Ende, wie Sie alle sehr genau wissen: Es gibt noch einen Nachtrag I und einen Nachtrag II. In diesem Jahr ist der Nachtrag II schätzungsweise höher als letztes Jahr; der Nachtrag I ist etwas tiefer. Das heisst, wir werden auch in diesem Jahr die Defizitgrenze von 2 Milliarden Franken ganz klar überschreiten; ich glaube nicht, dass wir sehr viele Kredite haben, die nicht ausgenutzt worden sind.

Wenn Sie zu den 4 Milliarden den Anteil der Nachtragskredite nehmen – auch wenn es nur 1 Milliarde ist –, sind wir im nächsten Jahr bei einem Defizit von 5 Milliarden Franken. Bekanntlich sagt die Finanzrechnung noch nicht alles. Es gibt noch eine Erfolgsrechnung, und die hat in den letzten Jahren immer mit Defiziten abgeschnitten. Das bedeutet also, dass wir auch dort einen Vermögensverzehr haben, und das heisst in aller Regel, dass wir dieses Geld wieder vorschreiben müssen. Praktisch heisst das, dass wir Ende nächsten Jahres mit einem völlig unannehbaren Defizit rechnen müssen.

Da stelle ich Ihnen nun die Frage: Möchten Sie dafür Ende des Jahres 1993 die Verantwortung übernehmen? Ich denke nicht. Dann müssen Sie jetzt handeln.

Damit ist allerdings immer noch nicht alles gesagt. Denn wenn wir beispielsweise ein Defizit von 5 Milliarden Franken haben, bedeutet das nach heutiger Rechnung im folgenden Jahr zusätzlich 350 Millionen Franken für die Verzinsung. Sie können sagen, die Zinssätze würden vielleicht etwas sinken. Mit den Bankspesen, die wir bezahlen müssen, werden es sicher 7 Prozent sein, also 350 Millionen Franken. Dann stellt sich schon wieder die Frage: Wie wollen wir diese 350 Millionen Franken – um nicht von den 5 Milliarden Franken zu sprechen – finanzieren? Wir haben verschiedene Möglichkeiten: Wir können sie eine Zeitlang durch Schuldvermehrung finanzieren. Aber wenn man das zu oft macht, kommt es nicht

gut heraus. Es ist heute morgen gesagt worden: Wir werden, wenn wir gar nichts unternehmen, jeden Monat etwa 1 Milliarde Franken aufnehmen müssen, abgesehen natürlich von den Sommerferien, von Weihnachten und Ostern.

Da kann man sich dann fragen, ob man den Landsleuten hilft und ob man sich für die Stabilität einsetzt. Denn diese Geldaufnahmen wirken zinstreibend und wirken zuungunsten der Schweiz und zuungunsten der schweizerischen Wirtschaft. Bis heute haben wir immer tiefe Zinssätze gehabt; das war ein Konkurrenzvorteil der schweizerischen Wirtschaft. Die Stabilität ist ein Konkurrenzvorteil des schweizerischen Finanzplatzes. Auf diese Vorteile sollten wir nicht verzichten; wir sollten sie nicht von Staates wegen zerstören, nur weil wir unfähig sind, unsere Probleme zu lösen.

Man kann nicht dauernd mit Geldaufnahmen funktionieren. Das ist übrigens auch eine Erkenntnis der Institutionen von Bretton Woods, welche die schwache Wirtschaftslage im wesentlichen darauf zurückführen, dass die Industrieländer ihre Haushalte nicht in Ordnung gehalten haben. Es ist seltsam, wenn die Industrieländer dann anderen sagen, was sie zu tun haben, wenn sie sich selber nicht an die Grundprinzipien halten.

Gerade wenn wir daran denken, dass die Probleme nicht spezifisch schweizerisch sind, sondern weltweit auftreten, darf man nicht annehmen, wir hätten nur ein konjunkturelles Problem zu lösen; wir kämen im Moment in eine kleine Talsohle, nachher gehe alles wieder gut und alles sei erledigt – man brauche nichts zu tun. Vor diesem Irrtum möchte ich Sie warnen, denn vermutlich werden wir noch einige Zeit mit einer solchen Situation rechnen müssen; wir werden deshalb trotz allem den Haushalt sanieren müssen, damit es nicht noch schlimmer wird. Ich möchte Sie daran erinnern: Wenn wir nichts tun, werden wir schon 1995 etwa 36 Milliarden Franken mehr Schulden haben.

1995 sind wieder Nationalratswahlen. Da sollten Sie sich heute schon überlegen, mit welchem Leistungsausweis Sie alle – Bundesratsparteien und andere – vor das Volk treten wollen. Glauben Sie, es sei eine besondere Leistung, wenn Sie innerhalb von vier Jahren die Schulden des Bundes verdoppelt haben? Ich denke, das ist kein Leistungsausweis. Sie sollten dafür sorgen, dass wir etwas tun können.

So gesehen, muss man sagen, ist es zwingend, dass man dringlich handelt, dass man diese Massnahmen, die der Bundesrat vorgeschlagen hat, wirklich durchsetzt. Dies zeigen auch die gestrigen grundsätzlichen Beschlüsse des Bundesrates: Die bis jetzt getroffenen Massnahmen genügen nicht; es ist noch einmal eine Anstrengung nötig, die mindestens den gleichen Effekt hat.

Wir haben immerhin beschlossen, dass man in der Zukunft 1,5 Milliarden Franken weniger ausgeben und etwa 1 Milliarde Franken mehr hereinbringen sollte. Damit sehen Sie auch, dass man nicht einfach sagen kann: Es ist der Automobilist, der zur Kasse gebeten wird. So einfach ist es nicht; es werden alle zur Kasse gebeten. Ganz abgesehen davon, dass die meisten Leute ohnehin irgendwie mit Autos verbunden sind.

Es hilft auch nichts, wenn Sie sagen, man sollte zur Mehrwertsteuer übergehen, und es hilft nichts, wenn Sie dem Finanzminister sagen, er solle endlich für die Mehrwertsteuer eintreten. Die Mehrwertsteuer kann nach unserer Auffassung frühestens 1997 in Kraft treten, vielleicht mit allen Anstrengungen 1996. Aber es ist mit einer Vernehmlassung zu rechnen; diese müssen wir durchführen. Und es ist damit zu rechnen, dass sich verschiedene Betriebe darauf einstellen müssen; auch das geht nicht von heute auf morgen.

Vor allem müssen Sie sich eines bewusst sein: Auch wenn Sie die Mehrwertsteuer beschliessen, tritt diese erst 1996 in Kraft. Aber 1996 haben wir, wenn wir nichts tun, 36 Milliarden Franken mehr Schulden. Das bedeutet, dass wir bis 1996 im Jahr schätzungsweise 2 Milliarden mehr für Zinsen bezahlen müssen.

Frage: Ist es sinnvoll, so zu handeln? Von mir aus gesehen ist es nicht sehr sinnvoll, sondern man muss rechtzeitig etwas tun.

Dazu kommt ein Zweites: Auch wenn Sie die Mehrwertsteuer beschliessen, können Sie sie nicht mit Steuersätzen, wie wir

sie heute haben, beschliessen; das bringt zuwenig. Sie müssen gleichzeitig dem Volk sagen: Wir kommen aber im nächsten Jahr mit einer Steuererhöhung. Wie hilfreich das für die Annahme der Mehrwertsteuer sein wird, können Sie sich selber ausrechnen. Also wenn schon, dann müssen wir höhere Sätze haben, sonst haben wir vermutlich eben nichts.

Nun zu den einzelnen Nichteintretensanträgen: Herr Spielmann, Ihre Anträge sind für gar nichts. Sie haben insofern recht, als Sie dank Ihren Anträgen nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, dass Sie für irgend etwas gewesen sind. Sie können weiterhin sagen, dass unsere Politik völlig falsch sei; Sie haben aber nicht mitgeholfen, sie zu verbessern.

Herr Spielmann, ich würde, wenn ich Sie wäre und wenn ich vor Ihre Wähler treten müsste, Ihren Nichteintretensantrag zurückziehen und sagen: Ich vertrete ja Leute, die darauf angewiesen sind, dass der Bund Geld hat. Ihre Wähler leben wahrscheinlich auch nicht nur von den Zinsen. Sie sind kaum daran interessiert, dass der Bund mehr Schulden macht, damit sie mehr Zinsen bekommen. Ich würde Ihnen empfehlen, Ihre Nichteintretensanträge zurückzuziehen. Das wäre im Interesse Ihrer Wähler das Beste.

Ich komme zu den Anträgen zum Treibstoffzoll. Da gibt es die grosse Illusion, dass die Grundzölle dazu da seien, dass wir Schweizer Strassen bauten. Das ist ein Irrtum: Historisch gesehen hat der Bund von Anfang an immer und als einzige generelle Einnahmequelle die Zölle für sich beansprucht, und zwar nicht für bestimmte Zwecke. Das ist erst etwa in den sechziger Jahren mit dem Nationalstrassenbauprogramm gekommen.

Ich erinnere mich noch gut an diese Debatte; ich war damals mit einer Schulklassen auf der Tribüne, als man über 5 oder 7 Rappen Benzinzzollzuschlag diskutierte. Nachher hat mich ein Schüler gefragt: Herr Doktor, sprechen die über 2 Rappen immer so lange?

Aber bis dahin waren die Zölle frei verfügbare Mittel. Das ist das Ziel, das man sich für die Zukunft wieder setzen muss: wegkommen von der Zweckbindung, denn Zweckbindungen führen nicht zu einem optimalen Einsatz der Mittel, auch nicht im Strassenbau. Man könnte vermutlich auch im Strassenbau Geld sparen, aber man hat es, und es muss ausgegeben werden. Aber vielleicht ist das eine Frage, die man in Zukunft lösen kann.

Nur, was haben wir für eine Alternative zu diesen Treibstoffzöllen, die im nächsten Jahr 1,6 Milliarden Franken einbringen sollen und noch eine Kleinigkeit an Warenaumsatzsteuer? Was haben wir als Alternative? Wo können wir kürzen? Sie haben gehört, wie heute argumentiert worden ist. Ueberall ist beklagt worden, wir machten es am falschen Ort. Da muss man sich fragen: Wo sollen wir denn eigentlich sparen? Wo sollen wir kürzen?

Man kann natürlich auch gegenüber der 10prozentigen Kürzung kritisch sein. Die 10prozentige globale Kürzung ist nicht eine besonders gescheite Idee; das haben wir nie behauptet. Wir wären sehr froh gewesen, wir hätten es anders machen können. Man denkt nur an die Widerstände, an die Briefe, die Ihnen geschickt werden! Ja, es gibt sogar Hilfswerke, die sich nicht mehr darauf verlassen, dass ihre Vertreter die Kritik hier anbringen, sondern die sich durch Inserate mitteilen. Ich persönlich denke immer, diese Leute täten besser daran, Aufrufe für die Hilfe im Ausland zu machen, statt Geld für Inserate gegen die Politik des Bundes auszugeben, der ihnen ja am meisten Geld gibt.

Ich weiss auch, dass man im Urteil nicht so hart sein sollte. Zu bedenken ist, dass Teile von dem, was an die Hilfswerke geht – gleich wie bei den Mischkrediten und bei den anderen Krediten –, im Lande bleiben und wieder ins Land zurückkommen. Das möchte ich all denjenigen sagen, die immer glauben, man müsse nur unbedingt dort streichen und dort kürzen. Wenn Sie sehen, welche Schwierigkeiten die Leute in gewissen Ländern haben, müssen Sie zugeben, dass es für uns trotz allem noch relativ einfach ist, unsere Probleme zu lösen, vorausgesetzt, dass wir dazu bereit sind.

Zum Treibstoffgrundzoll gibt es keine Alternative. Es ist auch keine Alternative, wenn Sie sagen, Sie möchten den Zollzu-

schlag erhöhen. Es verwundert mich immer wieder, wenn Leute, die grundsätzlich gegen eine höhere Staatsquote sind, eine Erhöhung des Zollzuschlags vorschlagen. Durch eine Erhöhung des Zollzuschlags beschliesst man gleichzeitig die Erhöhung der Staatsquote – gleichzeitig und unausweichlich, denn es sind ja zweckgebundene Gelder. Sie nehmen doch wohl an, dass wir diese Gelder, wenn wir sie einnehmen, auch wieder ausgeben – aber dadurch wird die Staatsquote erhöht. Das ist für viele gelegentlich etwas widersprüchlich.

Sie sollten auch daran denken, dass Sie ja wieder vor Ihre Wähler treten und Stellung nehmen müssen; da sollten Sie sich nicht in solche Widersprüche verwickeln. Vor allem aber hilft dieses Geld, das ja zweckgebunden ist, nicht der Sanierung des Bundeshaushaltes. Wenn Sie beim Benzin nein sagen oder nur 20 Rappen wollen, muss man Sie fragen: Wo wollen Sie das Geld sonst herholen? Bei der Warenumsatzsteuer, über die Aufhebung der Freiliste, über die Besteuerung der Nahrungsmittel? Ist das denn so viel besser? Es betrifft auch alle.

Ich bin mir zwar durchaus bewusst, dass die Benzinpreiserhöhung für viele Menschen eine Belastung darstellt. Es gibt Behinderte, es gibt Leute, die einen weiten Arbeitsweg haben – da sind sie vielleicht selber schuld, aber nicht immer –, es gibt Leute, die in einer abgelegenen Gegend wohnen. Für sie kostet es etwas mehr; aber sie haben dafür andere Vorteile, denn der Bund kann ihnen auf andere Art helfen. Wahrscheinlich nützt das mehr, als wenn er darauf verzichtet, den Benzinpreis zu erhöhen und nachher ihre direkten Anteile kürzt.

Es hat mir heute morgen auf dem Markt einer gesagt: Sehen Sie, wenn Sie den Benzinpreis jetzt erhöhen, dann muss ich nachher den Anhänger selber ziehen. Da habe ich ihm gesagt: Sehen Sie mich an, ich komme jetzt schon zu Fuss – so einfach ist das. Man kann sich anpassen. Man kann auch weniger Auto fahren; das ist vielleicht für den Finanzminister etwas widersprüchlich – ich weiß es, Herr Frey Walter –, aber Sie behaupten ja immer, es spielt keine Rolle. Ich nehme an, ich bekomme gleich viel Geld: Auch wenn einzelne etwas weniger Auto fahren – vernünftigerweise –, gibt es sicher andere, die dafür etwas mehr fahren. Also haben wir hier immerhin eine gute Chance, zu Geld zu kommen.

Abgesehen davon stellt sich die Frage, wo man sonst sparen soll. Es hat in bezug auf das Sparen verschiedene Vorschläge gegeben. Man hat gefragt, warum ich nicht mit Vorschlägen betreffend Teuerungsausgleich und Stellenabbau komme. Das hat aber mit diesem Sparprogramm nichts zu tun. Genausowenig hat es mit dem Sparen im eigenen Bereich zu tun, Herr Deiss. Wenn der Bundesrat für die Verwaltung weniger Geld ausgeben will, muss er nicht zu Ihnen kommen, dann kann er das selber tun; er hat es in den letzten Jahren auch getan, und zwar im Umfang von etwa 2,7 Milliarden Franken.

Die Frage betreffend Stellenabbau werden wir ganz sicher wieder beim Budget behandeln, da müssen Sie sich keine Sorgen machen; dort kommen Sie ohnehin wieder zu Wort.

Man hat hier heute wiederholt das Militärdepartement in Schutz genommen und gesagt, andere Departemente würden aufstocken und es gebe Nachtragskredite, weil die Fluktuation zurückgegangen sei; das ist richtig. Aber auch das Militärdepartement liegt im Moment noch mit etwa 60 Stellen über dem Durchschnitt; dies aus dem gleichen Grund: weil die Fluktuation zurückgegangen ist und die Leute nicht mehr aus dem Bundesdienst austreten, sondern eine sichere Stelle haben wollen. Ueber Stellenabbau können wir dann also immer noch diskutieren.

Zum Teuerungsausgleich möchte ich Ihnen im jetzigen Zeitpunkt eines sagen – das Thema kommt dann auch beim Budget 1993 wieder –: Der Bundesrat schlägt im Budget 1993 vor, die Sonderzulage um 900 Franken zu kürzen. Das sind immerhin 1,8 bis 2 Prozent weniger Lohn, auch für die unteren Einkommen, und zwar für zwei Drittel der Bundesbeamten. Die vorgeschlagene Massnahme betrifft nicht alle. Die Randregionen haben diese Sonderzulage nicht bekommen. Betroffen werden die Städter. Hier also wird auch gespart.

Etwas Weiteres darf man auch nicht übersehen, wenn man von Teuerungsausgleich spricht: Nächstes Jahr wird die Arbeitslosenversicherungsprämie 0,8 Prozent höher sein. Das

heisst: Der Arbeitnehmer wird zusätzlich 0,8 Prozent weniger Einkommen in seiner Tasche haben. Auch der Arbeitgeber muss zusätzliche 0,8 Prozent bezahlen. Auch das ist eine Belastung.

Deshalb sind wir alle daran interessiert, dass wir den Haushalt sanieren können, und deshalb ist vom Teuerungsausgleich – wenn Sie 2 Prozent und 0,8 Prozent abzählen – nicht mehr sehr viel übrig; denn ich nehme an, dass der Teuerungsausgleich nicht allzu hoch sein wird. Die Teuerung geht zurück. Vor allem wenn man das Defizit reduzieren bzw. beseitigen kann, besteht auch die Chance, dass die Zinssätze weiter nachgeben. Das hat dann eben auch eine Auswirkung auf die Teuerung.

Ich beantrage Ihnen, diese Nichteintretensanträge abzulehnen, auch den Antrag von Herrn Eggy zur Nationalbankvorlage (E). Ich habe mich gewundert, dass Sie sich schon so weit durchgerungen haben, sich überhaupt einverstanden erklären zu können, für den Kanton Genf vom Bund und von der Nationalbank Geld entgegenzunehmen. Ich habe immer gemeint, das widerspreche Ihren heiligsten Prinzipien! Aber ich sehe jetzt: es geht nur noch um die Verteilung. Bei der Verteilung ist der Bundesrat der Meinung, man solle die Verteilung im Prinzip am Schluss, auf Verordnungsstufe, festlegen; das ist das Zweckmässigste, und man sollte nicht jetzt schon einen Verteilschlüssel wählen.

Herr Eggy beantragt Nichteintreten, weil dann der Verteilschlüssel gegeben ist: Dann wird das Geld einfach nach Köpfen verteilt. Das ist der Hauptzweck seines Nichteintretensantrags. Ich sehe, der Kanton Genf würde dadurch natürlich viel, viel mehr bekommen als mit jedem anderen Verteilschlüssel. Wir haben diese Verteilschlüssel exakt ausgerechnet, und wir haben gesehen: Es sind immer ungefähr die Hälfte der Kantone, die profitieren, und die Hälfte der Kantone, die etwas verlieren. Aber insgesamt muss man halt trotz allem sagen – auch wenn sich verschiedene Kantone über diese Behandlung beklagt haben –: Mit diesem Programm fahren die Kantone nicht schlecht; sie können sich nicht darauf berufen, der Bund habe sie geschröpft, sie hätten eine Budgetverschlechterung wegen dem Bund. Das können sie nicht, denn insgesamt bekommen sie mehr, als ihnen genommen bzw. gekürzt wird. Das ist auch ein Vorteil dieses Projektes.

Ich bitte Sie, den Nichteintretensantrag Eggy zur Vorlage E abzulehnen und die Frage, wie die Verteilung erfolgen soll, dann noch zu diskutieren.

Zum Problem der Spielkasinos: Ich begreife ja alle, die eine sehr hohe ethische Einstellung, eine sehr hohe Moral haben. Ich selber bin Finanzminister, und Sie wissen: Die Finanzminister sind die tolerantesten Leute, die es gibt – sie nehmen das Geld von allen.

Aber was ich vor allem sagen möchte: Wir leben in einer freien Gesellschaft. Wir gehen eigentlich davon aus, dass der Bürger, die Bürgerin selbstständig denken können, dass sie für sich selber verantwortlich sind und dass man nicht mit Verboten reagieren soll. Verbote sind in dieser Hinsicht keine guten Wegweiser. Sie sollten auch bedenken, dass Sie in einer bis maximal zwei Stunden Entfernung von jedem Ort in der Schweiz aus ein ausländisches Spielcasino zur Auswahl haben. Das ist also nicht eine Frage der Moral, sondern nur die Frage, wo man spielt, ob in der Schweiz oder im Ausland. Aber mit Moral hat das herzlich wenig zu tun. Es muss jeder mit sich selber ausmachen, ob er sein Geld im Kasino ausgeben will oder nicht.

Man muss auch sehen: Es gibt heute sehr viele Einrichtungen, wo der Spieltrieb genährt wird. Warum sollen wir ihn in einem Sektor einschränken? Wir kennen den Spieltrieb beim Sport-Toto, beim Lotto – und wie diese Einrichtungen alle heißen –; wir kennen ihn – verzeihen Sie den Vergleich – an der Börse; wir kennen ihn bei «future options» usw. Man kann natürlich auch sagen, diese Instrumente seien eine Versicherung. Wenn das behauptet wird, würde mich das sehr interessieren, denn Versicherungen sind im Prinzip stempelsteuerpflichtig. Es gibt also die Möglichkeit, andere Überlegungen zu machen, oder man kann, wenn es ein Spielbetrieb ist, auch direkte Einnahmen haben. Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt.

Aber sicher ist es falsch, wenn man von vornherein sagt: keine Kasinos. Das ist falsch. Man muss sich vielleicht hier bewusst sein: Es geht um einen Grundsatzentscheid, um die Verfassungsänderung. Nachher muss auch ein Gesetz geschaffen werden. Dieses Gesetz wird in die Vernehmlassung gehen, und Sie haben dort dann noch einmal die Möglichkeit, Stellung zu nehmen und zu sehen, was alles gut ist und was schlecht ist.

Aber ich möchte auch folgendes ganz klar zur Geldwäscherie sagen – ja, ich sehe Herrn Ziegler Jean nirgends mehr; das geht auch Herrn Hafner Rudolf an; er hat immer in der Vergangenheitsform gesprochen, und auch das Grundlagen- oder Hintergrundpapier, das er geschrieben und verschickt hat, ist in der Vergangenheitsform geschrieben –: Grundsätzlich kann bei jeder Unternehmung jeder eine Rolle spielen. Die Frage ist, woher das Geld kommt und von wem die Unternehmung beherrscht wird. Hier, bei den Spielkasinos, ist es ganz selbstverständlich, dass man eine sehr strenge Kontrolle durchführen muss, genauso wie wir auch bei den grossen Bauaufträgen, die zu vergeben sind, eine strenge Kontrolle einrichten werden.

Aber das ist kein Argument, sonst müssten Sie sämtliche Betriebe und sämtliche Banken einfach schliessen, wenn Sie jedes Risiko ausschliessen wollen. Leben hat nun einmal etwas mit Risiko zu tun. Deshalb ist das wirklich kein Argument. Sie können sicher sein, dass wir hier alle Vorsicht walten lassen. Ueber die Verteilung der Gelder können wir nachher in der Detailberatung sprechen. Ich will Sie nicht länger hinhalten.

Zum Nichteintretensantrag der Minderheit Leemann zum Beschluss G, zur Ausgabenbremse: Wir haben schlechte Erfahrungen gemacht, Frau Leemann, insbesondere beim Budget für das Jahr 1991, wo ein reines Ueberbieten stattgefunden hat. Ich bin mit Ihnen durchaus einig und einverstanden – wenn das auch nicht gegen alles hilft.

Wenn die Ausgabeneuphorie wieder ausbricht, werden auch solche Limiten überschritten werden, darüber bin ich mir im klaren. Aber es soll ein kleiner Hinweis sein, dass man versucht, das Schlimmste zu vermeiden; vor allem zu vermeiden, dass bei wenigen Anlässen viel zuviel Geld ausgegeben wird. Wenn man es nachher korrigiert, ist es ähnlich wie bei der Verwaltung, denn dort heisst es auch immer: Bei uns ist um so und so viel gekürzt worden. Sie haben an sich recht, aber sie haben vorher zu hohe Forderungen gestellt. Deshalb werden wir beim nächsten Programm nicht von Kürzungen sprechen, sondern von Zuwachsräten, und wir werden diese wenn möglich begrenzen.

Bei allem Jammern, das ich hier gehört habe, muss ich noch einmal sagen: Mit Ausnahme des Militärdepartementes gibt es im nächsten Budget nirgendwo eine negative Wachstumsrate, trotz aller Sparübungen. Was wir getan haben, ist immer noch der Versuch, den Zuwachs zu bremsen.

Wenn Sie die globalen Zahlen ansehen: Ausgabenwachstum 7 Prozent, Wirtschaftswachstum generell 5 Prozent oder vielleicht etwas tiefer, Einnahmen um 4 Prozent. Da müssen wir feststellen, dass wir bei einer Teuerung von 3 Prozent noch einen Zuwachs des realen Ausgabenwachstums von 3 bis 4 Prozent haben; das sollten Sie nicht vergessen.

Deshalb kann man nicht sagen, man könne nicht sparen. Man kann den Ausgabenzuwachs begrenzen, und ich bitte Sie, das zu tun. Darum ist auch der Minderheitsantrag Leemann abzulehnen, er ist eine Vorsichtsmassnahme; was er bringt, ist aber eine andere Frage. Aber auch die Rückweisungsanträge von Herrn Dreher und Herrn Zisyadis sind abzulehnen.

Der Bundesrat hat beschlossen, Ihnen ein neues Programm mit weiteren Kürzungen und weiteren Einnahmenbeschaffungen vorzulegen. Sie können sich darauf verlassen, dass Sie einen Zusatzbericht bekommen werden. Er wird nicht angenehmer sein als die Botschaft, die wir jetzt zu verkünden hatten; er wird vielleicht noch etwas schmerzlicher sein. Deshalb sollten Sie nicht schon im voraus allzu sehr jammern.

Ich bitte Sie also, alle Nichteintretens- und Rückweisungsanträge abzulehnen und dem Bundesrat zuzustimmen.

Stimmen Sie auch nachher immer für den Bundesrat. Wenn Sie glaubwürdig bleiben wollen, wenn Sie zeigen wollen, dass Sie sparen wollen, wenn Sie wirklich mithelfen wollen, eine

starke Schweiz zu erhalten, die nicht einfach alles ausufern lässt, dann müssen Sie jetzt den Bundesrat unterstützen und nicht in drei Jahren jammern, die Regierung habe nichts getan.

Bitte unterstützen Sie den Bundesrat.

Präsident: Wir stimmen über den Ordnungsantrag Leuenberger Ernst, den generellen Nichteintretensantrag Spielmann und den generellen Rückweisungsantrag der Minderheit Dreher ab.

Die Rückweisungs- und Nichteintretensanträge zu den einzelnen Beschlüssen behandeln wir beschlussweise.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Leuenberger Ernst	69 Stimmen
Dagegen	102 Stimmen

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (Eintreten)	offensichtliche Mehrheit
Für den Antrag Spielmann (Nichteintreten)	Minderheit

Präsident: Nun folgt die Abstimmung über den Rückweisungsantrag.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	Minderheit
Dagegen	offensichtliche Mehrheit

A. Bundesgesetz über den Abbau von Finanzhilfen und Abgeltungen

A. Loi fédérale sur la réduction d'aides financières et d'indemnités

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I Introduction

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 11

Antrag der Kommission
Art. 10bis Abs. 1; 17 Abs. 1; 64
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Luder

Art. 10bis Abs. 1
Unverändert
Art. 64
Entfällt

Eventualantrag Savary

Art. 10bis Abs. 1
(falls der Antrag Luder abgelehnt wird)
.... Diese entspricht der Menge an inländischem Brotgetreide, erhöht um zwei Drittel der im Durchschnitt der beiden vorangegangenen Jahre durch die Handelsmühlen verarbeiteten Menge an ausländischem Brotgetreide (ohne Hartweizen).

Art. 64
Entfällt

Ch. 11

Proposition de la commission
Art. 10bis al. 1; 17 al. 1; 64
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Luder
Art. 10bis al. 1
Inchangé
Art. 64
Caduc

Proposition subsidiaire Savary

Art. 10bis al. 1
(si la proposition Luder est rejetée)

.... par récolte. Celle-ci équivaut à la quantité moyenne de blé panifiable indigène augmentée des deux tiers de la quantité transformée de céréales panifiables étrangères (blé dur excepté) transformée par les moulins de commerce au cours des deux années précédentes.

Art. 64
Caduc

Art. 10bis Abs. 1; 64 – Art. 10bis al. 1; 64

Luder: Herr Bundesrat, nun kommt es halt doch, das Nichteinverständensein mit bündesrätlichen Vorschlägen in diesem Sanierungsprogramm.

Ich beantrage, die Änderung von Ziffer 11 Artikel 10bis Absatz 1 des Bundesgesetzes über den Abbau von Finanzhilfen und Abgeltungen zu streichen. Wenn man diesem Streichungsantrag zustimmt, entfällt auch der Artikel 64 (die Übergangsbestimmung).

Artikel 10bis Absatz 1 will die Uebernahmemenge bei Brotgetreide, die der Bund pro Erntejahr übernehmen will, neu regeln. Die letzte Änderung dieses Artikels fand in der Junisession 1991 anlässlich der Verabschiedung der Lenkungsmassnahmen im Pflanzenbau statt. Nach den damaligen Beschlüssen legten wir die Brotgetreidemenge auf 100 Prozent der Landesversorgung oder auf 450 000 Tonnen fest. Liefern die Produzenten zusätzliches Brotgetreide, tragen sie die Verwertungsverluste. Die zu übernehmende Brotgetreidemenge und die Verwertungskosten wurden nach Rücksprache mit den Produzentenorganisationen festgelegt. Aus den Beschlüssen resultierte z. B. eine Abgabe von 58 Millionen Franken, die sich die Bauern 1991 vom Getreidegeld abziehen lassen mussten.

Es ist ein Verstoss gegen Treu und Glauben, wenn nun ohne Rücksprache mit den Betroffenen die letztjährige Regelung abgeändert wird. Neu soll die Uebernahme der Brotgetreidemenge nur noch 85 Prozent eines Jahresbedarfs oder 380 000 Tonnen betragen. Der heutige 15prozentige Import wird nicht mehr mitgerechnet. Dabei hat dieser Import nur noch eine Begründung: Aufrechterhaltung von Handelsbeziehungen. Für die Brotgetreidequalität und für die Landesversorgung braucht es ihn nicht mehr.

Es ist auch immer schwerer zu begreifen, warum unser eigenes Getreide immer mehr zu einem Uebel abgestempelt wird; auf der anderen Seite verhungern aber Hunderte oder Tausende, weil sie zu wenig oder kein Brot haben.

Herr Bundesrat, nach meiner Interpretation verstösst der beinanderte Artikel 10bis des Getreidegesetzes gegen Artikel 23bis Absätze 1 und 2 der Bundesverfassung. In Absatz 1 steht: «Der Bund unterhält die zur Sicherung der Versorgung des Landes nötigen Vorräte von Brotgetreide»; in Absatz 2 «Der Bund fördert den Anbau von Brotgetreide im Inland»

Eine Frage an Sie, Herr Bundesrat: Wie bringen Sie Artikel 23bis Absätze 1 und 2 der Bundesverfassung in Einklang mit einer nur noch 85prozentigen Landesversorgung mit Inlandsgetreide?

Um die Bundesfinanzen wieder ins Lot zu bringen, braucht es beides: Sparen und Mehreinnahmen. Aber hier wird an einem unmöglichen Ort gespart. Es geht um die Landesversorgung und um die Versorgungssicherheit.

Der Schweizerische Bauernverband spricht eine klare Sprache, wenn er sagt, die Uebernahmegarantie für Brotgetreide dürfe nicht geschmälerert werden. Er zeigt aber auch den Weg, den wir Bauern bei der Sanierung der Bundesfinanzen einschlagen wollen: Die Landwirtschaft hat ein Interesse an einer

raschen Verbesserung auf der Einnahmeseite, d. h., die Einnahmen sollen gemäss dem Vorschlag des Bundesrates erhöht werden.

Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag zuzustimmen.

M. Savary: Ma proposition étant une proposition subsidiaire, j'accepte de biffer dans un premier temps l'article 10, alinéa premier, car parmi toutes les mesures qui vous sont proposées, celle-ci est la seule qui touche directement le revenu d'une catégorie de citoyens.

Ce désengagement de la part de l'Etat est une véritable gifle aux producteurs de céréales, et le mot n'est pas trop fort! Avec cette disposition, le revenu de plusieurs milliers de familles paysannes va baisser de 5 à 15 pour cent suivant la charge des céréales sur l'exploitation. C'est à la fois injuste et inopportun: injuste parce qu'il y a quelques années, on a massivement encouragé le secteur des céréales pour décharger les productions laitière et animale. Ceux qui ont suivi les recommandations de Berne, les bons élèves en quelque sorte, sont aujourd'hui pénalisés. Inopportun parce que notre Parlement acceptait il y a moins d'une année une nouvelle loi sur le blé, qui exige déjà un effort énorme de la part des agriculteurs. Des économies importantes ont pu être réalisées par la Confédération, grâce à la taxe de coresponsabilité rendue nécessaire pour écouter le surplus des céréales. Vouloir changer en quelques mois les règles du jeu sans consulter les intéressés, sans prévoir des mesures de compensation, portera un coup terrible à la classe paysanne déjà en proie à de graves difficultés. Cette proposition, si elle est acceptée, comprometttrait aussi la crédibilité des responsables de la défense de la profession, qui se sont engagés l'année dernière pour proposer des solutions à la charge des paysans, ainsi des économies importantes ont déjà pu être réalisées.

La semaine dernière, j'ai constaté combien était grande votre volonté de prendre des mesures en matière de sous-enchère sur les salaires. Ce que vous faites pour les uns, vous devez aussi le faire pour les autres. Les agriculteurs ne demandent pas la pleine compensation du renchérissement. Ils ne demandent qu'à être traités avec équité et que vous teniez vos engagements. Ils ont accepté de produire moins, de manière plus écologique; ne les découragez pas et ne les incitez pas à chercher des solutions dans des productions massives et désordonnées. Je vous demande de suivre la proposition Luder. Si toutefois la proposition de biffer n'obtient pas la majorité, je vous prierai de suivre ma proposition subsidiaire.

La mesure que je vous soumets est un compromis entre la proposition du Conseil fédéral et celle de M. Luder. Ma proposition reprend en fait ce qui est prévu dans les dispositions transitoires pour 1993. Quelques chiffres sont nécessaires à la compréhension du texte. Avec la loi sur le blé, acceptée, je vous le rappelle, l'année dernière, la Confédération s'engage à prendre en charge chaque année et à un prix fixé par le Conseil fédéral, environ 450 000 tonnes de blé. Le solde de la production part comme céréales fourragères, avec un prix diminué de près de 40 pour cent.

Selon la proposition que le Conseil fédéral a présentée aujourd'hui, ce n'est plus 450 000 tonnes qui seront prises en charge, mais seulement 380 000 tonnes. En d'autres termes, ou avec d'autres chiffres, on peut dire que la Confédération économisera 30 millions de francs. Ces derniers seront à la charge des producteurs de céréales qui verront leur revenu diminuer d'autant.

Mesdames et Messieurs, accepteriez-vous, au nom de l'austérité, au nom de l'assainissement des finances fédérales, une baisse de votre revenu de 5, de 10, voire de 15 pour cent? Certainement pas! C'est pourtant le sort que vous réservez à quelques milliers de familles paysannes. Ne me dites pas pour vous excuser que les paiements directs viendront compenser ce manque à gagner. Ceux-ci visent d'autres objectifs et viendront compenser des prestations avant tout écologiques.

Ma proposition subsidiaire tend à corriger la rigueur de cette mesure. En prenant en compte les deux tiers des céréales panifiables étrangères, on arrive à une prise en charge d'environ 430 000 tonnes. La Confédération économisera ainsi environ 10 millions de francs chaque année. Aller au-delà et charger

encore les producteurs, c'est dépasser la limite du supportable; c'est aussi rompre la confiance entre les autorités et les paysans.

Pour terminer, je m'adresse à ceux qui ont décidé d'être fermes et rigoristes jusqu'au bout sur l'ensemble du paquet: je dis qu'ils peuvent voter ma proposition, car elle ne fait que prolonger en 1994 et 1995 les économies prévues pour 1993.

Suter: Wir müssen die Bundesfinanzen vor die eigenen Interessen stellen. Das gilt auch für den Agrar- und Forstbereich. Alle müssen Opfer bringen. Für die Landwirtschaft – ich weiß es – ist das nicht einfach. Trotzdem dürfen wir jetzt keine Steine herausbrechen; das Sparprogramm muss als Ganzes durchgebracht werden, auch wenn es wehtut. Das übergeordnete Interesse verlangt nun einfach den Tatbeweis für unseren Sparwillen.

Die Einkommenseinbussen im Landwirtschaftsbereich werden teilweise – ich betone: teilweise – durch die Bewirtschaftungsbeiträge, die Flächenbeiträge und die künftigen Direktzahlungen kompensiert. Der Bundesrat hat mit der Vorlage A gezielte Sparmassnahmen vorgeschlagen. Es geht um schrittweise Einsparungen, die bis 1995 den Bundeshaushalt um rund 134 Millionen Franken entlasten sollen. Wir müssen diese eingestandenermassen unpopulären Sparvorschläge integral übernehmen, sonst wird die Opfersymmetrie nicht gewahrt, und wir riskieren dann Ausnahmen und Anschlussbegraben.

Die von den Herren Luder und Savary bekämpfte Reduktion der garantierten Brotgetreidemenge ist neben den Einsparungen im Schlachtviehbereich und in der Forstwirtschaft die gewichtigste Massnahme im Sparkorb A. Es geht immerhin um Einsparungen von 30 Millionen Franken.

Warum diese Massnahme? Im Verlaufe der vergangenen Jahre erhöhte sich die Inlandproduktion und überstieg den von den Handelsmühlen benötigten Bedarf an Inlandgetreide. Daher mussten bedeutende Mengen Brotgetreide dem Futtermittelsektor zugeteilt werden, woraus sich für den Bund hohe Aufwendungen ergaben. Diese Aufwendungen sollen nun schrittweise verringert werden, indem noch zwei Drittel der im Jahr 1993 verarbeiteten Menge an ausländischem Brotgetreide bzw. noch ein Drittel dieser Menge im Jahr 1994 ange rechnet werden. Erst im Jahr 1995 kommen die Entlastungen voll zum Tragen.

Wir halten diese schrittweise Sparmassnahme für verkraftbar. Auch unsere Getreideproduzenten und Müller müssen zum Wohle des Ganzen den Gürtel enger schnallen.

Ich bitte Sie daher namens der überwiegenden Mehrheit der FDP-Fraktion, die Anträge Luder und Savary abzulehnen und dem Bundesrat, dem Ständerat und der Finanzkommission zu folgen.

Präsident: Die SP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie der Kommission zustimmen wird.

Binder: Zuerst ein Wort zu Herrn Suter, solange er noch hier ist. Es ist natürlich nicht richtig, dass wir im Brotgetreidesektor Anbauprämi en oder Bewirtschaftungsbeiträge erhalten. Wir haben in diesem Haus letztes Jahr sogar die Anbauprämi en für Futtergetreide gestrichen.

Unser Fraktionspräsident hat gestern gesagt, der Bund befindet sich in einer misslichen finanziellen Lage, deshalb tue man gut daran, keine einzelnen Bausteine aus diesem Sanierungsprogramm herauszubrechen. Ich und mit mir sicher die ganze SVP-Fraktion teilen diese Auffassung. Tatsächlich wollen wir nicht das Fundament der Gesundung unserer Bundesfinanzen untergraben, das Sparhaus zum Wanken oder gar zum Einsturz bringen. Das ist aber nicht der Grund, weshalb ich das Wort ergreife. Der Grund ist, dass ich Sie auffordern muss, den Antrag von Fraktionskollege Paul Luder zu unterstützen und ihm zuzustimmen.

Wenn wir von der misslichen Lage der Bundesfinanzen sprechen, gilt Gleichtes auch für die Landwirtschaft. Der Rückgang der Einkommen der Bauern in den letzten Jahren ist alarmierend. Die Produzentenpreise sind tendenziell stagnierend und real sogar sinkend.

Die Produktionskosten steigen unvermindert an. Dies führt dazu, dass die Differenz zwischen Lohnanspruch und Arbeits verdienst mit jedem Tag grösser wird. Im Juni 1991 haben Sie durch einen auf fünf Jahre befristeten Bundesbeschluss das Landwirtschaftsgesetz und das Getreidegesetz geändert. Dabei wurde die Garantiemenge für Brotgetreide auf 450 000 Tonnen pro Jahr festgelegt. Dies bedeutet, dass der Bund jährlich 30 Millionen Franken an die Getreiderechnung bei steuert.

Zunächst ist es äusserst fragwürdig und dem Vertrauen in den Staat – vor allem in die Regierung, letztlich aber auch ins Parlament – absolut nicht förderlich, wenn ein Entscheid für fünf Jahre bereits nach einem Jahr revidiert wird. Alle in diesem Haus sprechen von der Unsicherheit, von der Ungewissheit für die Landwirtschaft. Sie, Herr Bundesrat, fördern mit solchen Eskapaden die wilde Saat zur wilden Ernte.

Wir Bauern sind uns seit jeher gewohnt und betrachten es auch als unseren Auftrag, Verantwortung gegenüber unserem Staat zu übernehmen. Dies beweist im konkreten Fall die «Mitverantwortungs-Abgabe» der Getreideproduzenten von 58 Millionen Franken für 1991. Die Getreidebauern sind bereit, diese Mitverantwortung auch weiterhin zu übernehmen.

Nun soll aber die Basis geändert werden; d. h., die Garantiemenge soll reduziert werden. Die Basis soll sich neu nur noch auf die Inlandproduktion beziehen, wobei der Durchschnitt der vorangegangenen zwei Jahre für die Menge des folgenden Jahres massgebend sein soll. Mit diesem System werden wir den Launen der Natur ausgesetzt. Nach einem schlechten Jahr würden wir im folgenden und im nächstfolgenden Jahr bestraft. Die Garantiemenge wird sinken, der Verbrauch bleibt stabil; das Resultat: mehr Import. Die Schweizer Landwirtschaft wird weiter eingeschränkt. Wir müssten uns in diesem Haus zusätzlich über Direktzahlungen unterhalten. Das Resultat dieser Diskussionen kennen Sie.

Die Jahresteuierung liegt im Moment bei 3,6 Prozent. Die Landwirtschaft liegt betreffend Teuerungsausgleich heute schon massiv zurück. Wenn ich an die Diskussionen denke, die wir hier schon über den Teuerungsausgleich zugunsten des Bundespersonals geführt haben; wenn ich mir die Diskussionen vorstelle, die in Kantonen und Gemeinden über das gleiche Problem auch bevorstehen, habe ich für solche Massnahmen kein Verständnis. Unter diesen Umständen ist es geradezu verantwortungslos, im Bereich einer einkommens schwachen Berufsgruppe Kürzungen, und zwar echte Kürzungen, zu beschliessen.

Ich bitte Sie im Namen der Fraktionsmehrheit, dem Antrag Luder zuzustimmen.

Präsident: Die liberale Fraktion lässt mitteilen, dass sie der Kommission zustimmt.

Bonny, Berichterstatter: Jetzt ist die Zeit der schönen allgemeinen Erklärungen beendet; wir kommen zu den Fakten. Jetzt kommt es darauf an, ob wir uns in dieser Prüfung bewähren oder nicht.

Ich möchte nicht etwa die Voten der Bauernvertreter gering schätzen. Sie wehren sich für ihre Sache, und das ist ihr gutes Recht. Aber es geht jetzt um eine Frage der Prioritäten. Mit jedem Antrag können nun Voten kommen, in denen an sich gute Gründe angeführt werden, und am Schluss steht das Bauwerk des Sanierungsprogramms, das wir mit Mühe und grossem Aufwand zusammengezimmert haben, nicht mehr. Die sehr schwerwiegenden Folgen, die ich schon genannt habe – Inflation, höhere Zinsen und Währungszerfall –, werden auch die Bauern sehr stark zu spüren bekommen, Herr Binder.

Worum geht es? Es geht darum, dass nach heutiger Regelung die von den Handelsmühlen verarbeitete Menge an ausländischem Brotgetreide an die Garantiemenge angerechnet wird. Die Garantiemenge ist jene Menge, welche dem Bauern zum vollen Preis bezahlt wird. Es geht um die Ausklammerung des ausländischen Brotgetreides und des Hartweizens für die Bestimmung dieser Garantiemenge.

Ich habe etwas Mühe, Herr Luder, zu begreifen, weshalb man sagt, der Vorschlag des Bundesrates richte sich vor allem gegen das inländische Getreide. Es ist klar, dass es je nach Ern-

ten Schwankungen geben wird; es ist das Schicksal der Bauern, stark mit der Natur verbunden zu sein. Das ist das eine. Der Bundesrat hat eine Lösung vorgeschlagen, die nicht abrupt ist; er schlägt bis ins Jahr 1995 einen gestaffelten Abbau der Finanzhilfe – in drei Schritten – vor. Tatsache ist auch, dass nach heutiger Regelung – das hat den Bund sehr viel Geld gekostet – bedeutende Mengen von Inlandgetreide dem Futtermittelsektor zugeführt werden mussten.

Wenn wir dem Antrag von Herrn Luder folgen würden, gäbe es einen Ausfall von 30 Millionen Franken. Herr Savary hat einen Eventualantrag gestellt. Er ist im Prinzip für den Antrag Luder; für den Fall, dass dieser nicht durchkommt, stellt Herr Savary einen Eventualantrag, der ein bisschen weniger weit geht; das würde bedeuten, dass nicht ein Ausfall von 30 Millionen, sondern einer von 20 Millionen Franken entstehen würde.

Das sind die Gründe, weshalb ich Ihnen beantragen muss, dass wir auf der Linie der Kommission bleiben. Es ist eine sehr wichtige Abstimmung, weil sie Signalwirkung für das ganze Paket hat. In der Kommission, in der auch Bauern vertreten waren, wurde kein Antrag im Sinne der Anträge Luder und Savary gestellt; dem Beschluss des Bundesrates wurde stillschweigend zugestimmt. Auch der Ständerat hat diese Haltung eingenommen.

Ich bitte Sie, den Antrag Luder und den Eventualantrag Savary abzulehnen.

M. Borel François, rapporteur: Voilà le premier cas où nous vous invitons fermement à refuser les propositions de MM. Luder et Savary. Evidemment, une mesure d'économie touche un certain nombre de gens, en l'occurrence des agriculteurs, et ceux-ci se porteraient mieux si elle n'était pas décidée. Toutefois, ce sera le cas pour toutes les propositions, et entrer en matière sur ce sujet signifierait en quelque sorte que nous n'entrons en matière sur aucune proposition d'économie.

Concrètement, la proposition Luder correspond à renoncer à une économie de 10 millions de francs pour l'année prochaine, de 20 millions pour l'année suivante et de 30 millions par la suite. La proposition Savary vous suggère une économie de 10 millions de francs et pas davantage. Dans un cas, c'est donc une perte à terme de 20 millions de francs et dans l'autre de 30 millions, selon que vous suivez M. Savary ou M. Luder.

On prétend que la situation des agriculteurs en Suisse s'est péjorée, que leur revenu a diminué. C'est juste, mais, d'un autre côté, il faut malgré tout insister sur le fait qu'en revanche les efforts de la Confédération pour aider et soutenir cette branche de l'économie ont fortement augmenté. Par exemple, de 1986 à 1991, les dépenses concernant l'agriculture, ne serait-ce que celles qui dépendent directement de l'Office fédéral de l'agriculture et de l'Administration fédérale des blés, ont passé d'environ 1,9 milliard à 2,7 milliards, ce qui représente une augmentation de 42 pour cent, c'est-à-dire nettement plus que l'augmentation du coût de la vie durant cette même période. Pour les budgets à venir, il est prévu d'augmenter les paiements directs, en 1993 de 250 millions, en 1994 de 500 millions et en 1995 de 750 millions, ce qui aura pour conséquence, malgré les mesures que nous vous soumettons dans les différents domaines qui touchent l'agriculture, d'octroyer dans l'ensemble aux agriculteurs davantage de moyens financiers provenant de la Confédération.

Bien sûr, M. Savary l'a souligné, c'est pour d'autres activités et cela peut toucher d'autres paysans, mais c'est là aussi une composante de la politique agricole. Or, une certaine politique agricole a été envisagée par ce conseil, bien qu'elle n'ait pas été déterminée de manière définitive puisque la loi sur l'agriculture n'est pas encore sous toit, mais la tendance est claire: plus de paiements directs et moins de paiements par l'intermédiaire du soutien des prix des produits.

C'est dans le cadre de cette logique que nous vous invitons à refuser les deux propositions de MM. Luder et Savary. La commission a accepté les propositions du Conseil fédéral de façon tacite; personne n'a imaginé qu'il ne convenait pas d'effectuer cette économie de 30 millions à terme.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie auch, den Antrag Luder und den Eventualantrag Savary abzulehnen.

Herr Luder hat mich gefragt, wie das mit dem Verfassungsartikel 31bis Absatz 3 Buchstabe e (Landesversorgung) zu vereinbaren sei. Die Landesversorgung ist davon nicht tangiert, denn heute haben wir – das ist das Leide und das Teure – sehr, sehr grosse Ueberschüsse an Brotgetreide. Das Kostspielige ist die Ueberschussverwertung: das Brotgetreide als Brotgetreide zu übernehmen und es dann als Futtergetreide weiterzugeben. Das ist das Teure. Hier müssen wir dafür sorgen, dass etwas weniger Futtergetreide produziert und abgeliefert wird.

Der Bundesrat hat hier ja auch eine Uebergangslösung vorgeschlagen. Im Verlaufe der nächsten drei Jahre wird dieser Teil reduziert, indem man – wie die beiden Kommissionsreferenten ausgeführt haben – nur noch den Durchschnitt der beiden letzten Jahre an abgeliefertem inländischem Brotgetreide nimmt und das ausländische für die Handelsmühle nicht mehr dazuzählt. Das gibt natürlich eine Reduktion, das ist selbstverständlich. Aber insgesamt haben wir eben zuviel, und deshalb muss abgebaut werden.

Sie sagen, damit werde der Bauer natürlich ausgeliefert, weil er von der Natur abhängt. Das ist richtig; das ist schon heute so, er ist auch heute von der Natur abhängig. Aber die Natur war ihm in den letzten Jahren eigentlich immer sehr wohlgesinnt, denn wir haben nicht nur die 360 000 Tonnen, die wir gebrauchen können, sondern 450 000 bis 500 000 Tonnen gehabt. Das ist des Guten zuviel.

Umgekehrt gibt es möglicherweise Schwankungen, wenn einmal ein schlechtes Jahr dabei ist. Aber dafür wirken die guten Jahre in der anderen Richtung. Hier muss tatsächlich etwas geschehen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Er macht für den Bund immerhin 30 Millionen Franken aus; vielleicht auch für die Landwirtschaft, ich weiss es nicht. Beim Antrag Savary sind es dann 20 Millionen.

Das Entscheidende an einem Sanierungsprogramm ist – so leid einem das im Einzelfall tut –, dass im Grunde genommen alle betroffen werden. Es werden also auch die Bauern betroffen; nicht nur die Autobahnen und die Konsumenten, sondern wirklich alle.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Luder und den Eventualantrag Savary abzulehnen.

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Kommission	102 Stimmen
Für den Antrag Luder	32 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Kommission	99 Stimmen
Für den Antrag Savary	31 Stimmen

Art. 17 Abs. 1 – Art. 17 al. 1

Angenommen – Adopté

Ziff. 12

Antrag der Kommission

*Art. 9 al. 2 let. c und d, Abs. 5, 6; Art. 10
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

Ch. 12

Proposition de la commission

*Art. 9 al. 2 let. c et d, al. 5, 6; art. 10
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Angenommen – Adopté

Hier wird die Beratung dieses Geschäfts unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.50 Uhr

La séance est levée à 12 h 50

Bundeshaushalt. Sanierungsmassnahmen 1992

Finances fédérales. Mesures d'assainissement 1992

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.038
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.09.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1801-1825
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 606